

Eine breite Zivilgesellschaft unter Druck

Situations- und Ressourcenanalyse für den Lokalen
Aktionsplan gegen Rechtsextremismus Erfurt /
Partnerschaft für Demokratie (PfD)

Stand: 29.09.2025



Dezernat Soziales, Bildung und Jugend
Stabstelle Projektmanagement

Vorwort

Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse für die Partnerschaft für Demokratie der Stadt Erfurt ist mehr als eine Bestandsaufnahme – sie ist ein Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen, ein Warnruf angesichts demokratiegefährdender Tendenzen und zugleich ein Plädoyer für zivilgesellschaftliches Engagement. In einer Zeit, in der rechtsextreme Strukturen zunehmend Raum gewinnen und demokratische Akteur*innen unter Druck geraten, braucht es klare Analysen, fundierte Erkenntnisse und vor allem gemeinsame Strategien.



Erfurt steht exemplarisch für die Herausforderungen und Chancen demokratischer Stadtentwicklung, wo sich Polarisierung, gesellschaftliche Fragmentierung und die Normalisierung menschenfeindlicher Einstellungen verdichten. Die Analyse zeigt, wie sich diese Entwicklungen lokal manifestieren – in Wahlergebnissen, in Angriffen auf engagierte Menschen, in der Raumnahme durch extrem rechte Gruppen. Doch sie zeigt auch die Stärke und Vielfalt der demokratischen Zivilgesellschaft, die sich diesen Tendenzen entgegenstellt. Erfurt verfügt über engagierte Akteur*innen und funktionierende Netzwerke – doch es braucht Mut, Ressourcen und klare Haltung, um die demokratische Kultur nachhaltig zu schützen und zu stärken.

Diese Studie verbindet wissenschaftliche Methodik mit lokalem Erfahrungswissen. Sie gibt Einblick in die Lebensrealitäten marginalisierter Gruppen, beleuchtet die Herausforderungen zivilgesellschaftlicher Arbeit und formuliert konkrete Handlungsempfehlungen für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Sie ist damit nicht nur ein Werkzeug zur Orientierung, sondern auch ein Impulsgeber für die Weiterentwicklung demokratischer Strukturen in Erfurt.

Allen Beteiligten, die mit ihrer Expertise, ihrem Engagement und ihrer Offenheit zu dieser Analyse beigetragen haben, gilt unser besonderer Dank. Möge diese Arbeit dazu beitragen, die demokratische Kultur, das zivilgesellschaftliche Zusammenwirken in Erfurt zu stärken: durch Austausch, Vernetzung und eine klare Haltung gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit.

Erfurt, im August 2025

Heike Langguth
Bürgermeisterin

Zusammenfassung

Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse für die Partnerschaft für Demokratie Erfurt untersucht mit wissenschaftlichen Methoden, wie die politische Kultur Erfurts ausgeprägt ist und welche demokratiegefährdenden Tendenzen festzustellen sind. Daneben wird die Situation der demokratischen Zivilgesellschaft analysiert, Ressourcen und Bedarfe festgestellt. Darauf aufbauend werden Handlungsempfehlungen für zivilgesellschaftliche Strukturen selbst, aber auch für die Kommunalverwaltung- und –politik formuliert, die zur Diskussion über die gemeinsame demokratiefördernde Arbeit anregen sollen.

Im sogenannten „Superwahljahr 2024“ stand die Thüringer Landeshauptstadt Erfurt häufig im Fokus der – auch bundesweiten und internationalen – Berichterstattung. Grund dafür ist, dass die *„massive rechtsextreme Landnahme“* (Kamuf und Helmert 2024b) hier besonders sichtbar wurde. Das betrifft nicht nur die Wahlkampfauftritte und Wahlerfolge der rechtsextremen Thüringer Alternative für Deutschland, sondern auch die Präsenz neonazistischer Strukturen, die Anzahl rechtsextrem motivierter Angriffe, aber auch Fälle von Alltagsdiskriminierung. Die vorliegende Studie zeigt auf, dass diese demokratiegefährdenden Tendenzen in Erfurt sehr ausgeprägt sind und sich gegenseitig bedingen. Zum Schutz der demokratischen Kultur und von Betroffenen der rechtsextremen Ideologie müssen alle demokratischen Akteur*innen der Stadt gemeinsam handeln.

Daneben weist Erfurt jedoch auch eine aktive demokratische Zivilgesellschaft auf, die von demokratischen Initiativen, Beratungsangeboten bis hin zu aktiver Stadtteilarbeit reicht. Eine zentrale Akteurin in dieser Landschaft ist die Erfurter Partnerschaft für Demokratie, welche Angebote fördert und ermöglicht und die Akteur*innen vernetzt. Auf diesen Ressourcen kann die Demokratiewerk in Erfurt aufbauen. Das demokratische Engagement steht jedoch zunehmend unter Druck. Neben begrenzten zeitlichen und finanziellen Kapazitäten sind vor allem Angriffe und Bedrohungen durch rechtsextreme Akteur*innen sowie fehlende Anerkennung des Engagements und auch zu geringe Unterstützung durch weite Teile der Gesellschaft und zum Teil auch der Kommunalverwaltung ursächlich.

Um diesen Hemmnissen demokratischen Engagements entgegenzuwirken, wurden in der Studie Handlungsempfehlungen formuliert. Zentral dabei ist die klare Positionierung für eine demokratische Kultur und gegen rechtsextreme Einstellungen sowie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aller Erfurter Akteur*innen, von der Zivilgesellschaft über Unternehmen bis zu Stadtverwaltung und –politik. Ein weiterer Handlungsbedarf ist es, die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und der Stadtverwaltung zu verstetigen und auszubauen, zum Beispiel in Form regelmäßiger Bündnistreffen der verschiedenen Akteur*innen. Außerdem sollten die bestehenden demokratiefördernden Strukturen und Initiativen langfristig abgesichert und neue ermöglicht werden. Auch die Etablierung von Schutzkonzepten für demokratisch Engagierte ist vor dem Hintergrund rechtsextremer Angriffe und Bedrohungen notwendig.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort	3
Zusammenfassung.....	5
1 Einleitung	8
1.1 Definitionen	9
1.1.1 Zivilgesellschaft.....	9
1.1.2 Gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsideologien und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.....	9
1.1.3 Marginalisierte Gruppen.....	10
1.1.4 Rechtsextremismus	10
1.1.5 Rechtspopulismus	10
2 Methodik.....	12
2.1 Analyseschema	12
2.2 Forschungsmethoden	13
2.2.1 Medien- und Sekundäranalyse	14
2.2.2 Expertise-Interviews.....	14
2.2.3 Fokusgruppendifkussion	15
3 Raumkontext.....	16
3.1 Soziodemografische und -ökonomische Situation der Stadt Erfurt	16
3.2 Stadtgebiete von Erfurt	18
3.2.1 City.....	19
3.2.2 Gründerzeit Südstadt.....	20
3.2.3 Gründerzeit Oststadt	20
3.2.4 Großohnsiedlung Nord.....	21
3.2.5 Großohnsiedlung Südost	21
3.2.6 Dörfliche Stadtteile.....	22
3.3 Politische Einstellungsmuster	22
3.4 Wahlen und Wahlverhalten in Erfurt	23
4 Situation des Rechtsextremismus.....	30
4.1 Formelle Strukturen	31
4.1.1 Alternative für Deutschland (AfD)	31
4.1.2 „Die Heimat“ (früher Nationaldemokratische Partei Deutschlands - NPD).....	34
4.1.3 Der „III. Weg“	34
4.1.4 „Neue Stärke Partei“ (NSP)	35
4.2 Informelle Strukturen und aktuelle Entwicklungen	35
4.2.1 Rechtsextreme Jugendkultur.....	35
4.2.2 Proteste gegen den Moscheebau in Marbach	37
4.3 Populistisch-heterogenes Protestmilieu der „Montagsdemonstrationen“	38
4.4 Rechtsextreme Räume und Raumnahme	39
4.4.1 „Nationalrevolutionäres Zentrum“ und „Kammwegklausen“ im Erfurter Südosten	40
4.4.2 Bedrohungen und Angriffe auf Zivilgesellschaft.....	42
4.5 Zwischenfazit zur Situation des Rechtsextremismus	43
5 Situation gesellschaftlich marginalisierter Gruppen.....	45

5.1	Segregation und Partizipation	45
5.2	Diskriminierung und Gewalt im Alltag	47
6	Situation und Herausforderungen der Zivilgesellschaft.....	52
6.1	Die Partnerschaft für Demokratie Erfurt	52
6.2	Engagementstrukturen	53
6.3	Fragmentierung und fehlender Raum für Austausch	54
6.4	Kapazitätsgrenzen und Personenzentriertheit	54
6.5	Sicherheit von Engagierten	57
6.6	Zusammenarbeit und Umgang mit der Stadtverwaltung	58
6.7	Finanzielle Ressourcen	61
6.8	Normalisierung rechtsextremer Positionen und Nicht-Positionierung der Bevölkerung	62
6.9	Handlungsbedarfe aus Sicht der lokalen Zivilgesellschaft	62
7	Ressourcenanalyse	65
7.1	Orte für Engagement	65
7.2	Ehrenamtliches Engagement und Zusammenarbeit der Initiativen	66
7.3	Jugend	67
7.4	Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung	68
8	Handlungsempfehlungen	69
8.1	Zivilgesellschaft	69
8.2	Umgang kommunaler Institutionen und der Öffentlichkeit	71
8.3	Soziale Teilhabe und Integration	72
8.4	Bildung	72
8.5	Politik: Bund, Länder und Kommunen	73
9	Literaturverzeichnis.....	74
	Abbildungsverzeichnis.....	88
	Anhang.....	89
	Impressum.....	91

1 Einleitung

Erfurt ist als Landeshauptstadt und zugleich bevölkerungsreichste Stadt Thüringens auch das funktionale Zentrum des Freistaates. Hier befinden sich der Landtag und sämtliche Ministerien sowie der Hauptsitz vieler thüringenweit aktiver Organisationen, Verbände, Vereine, Kulturinstitutionen oder Stiftungen. Zudem ist Erfurt ein beliebter Wohn- und Lebensort und eine der wenigen Regionen in Thüringen, der eine zumindest leicht wachsende Bevölkerung bis 2040 prognostiziert wird.

Aber auch die Landeshauptstadt steht vor Herausforderungen wie Segregation, alternder Bevölkerung oder der Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenlebens – Themen, die auch die Stadtbevölkerung beschäftigen (vgl. Landeshauptstadt Erfurt o. J.; Wetzel 2023; Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt 2020). Zudem stellen Rechtsextremismus und seine Auswirkungen seit vielen Jahren ein Problem Erfurts dar. Die Landeshauptstadt hat kontinuierlich eine Hochzahl an rechtsextremen Straftaten zu verzeichnen und gilt trotz des Images als weltoffene Landeshauptstadt als rechtsextremer Hotspot in Thüringen (vgl. ezra 2024b, 2023, 2022, 2021). Gleichzeitig existiert in Erfurt eine Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Organisationen, Bündnissen, Initiativen und Gruppierungen, die rechtsextreme Bestrebungen und Aktivitäten nicht unwidersprochen lassen und sich für Vielfalt, Weltoffenheit und Demokratie engagieren. Im Jahr 2024 entfaltete die demokratische Zivilgesellschaft besonders im Vorfeld der Kommunalwahl im Mai, der Europawahl im Juni und der Landtagswahl im September ein breites Spektrum an Aktivitäten. Dennoch signalisieren die Wahlergebnisse – wie auch im gesamten Freistaat – eine „*massive rechtsextreme Landnahme*“ (Kamuf und Helmert 2024b), die sich nicht nur auf die Parlamente begrenzt, sondern sich auch in einer gesellschaftlichen Normalisierung rechtsextremer Positionen zeigt. Diese Entwicklung ist zwar in ganz Thüringen sichtbar, sie ist lokal jedoch sehr unterschiedlich ausgeprägt. Dementsprechend lohnt ein Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung in einzelnen Landkreisen und Städten und darauf, auf welchen rechtsextremen Strukturen sie dort aufbauen kann. Gleichmaßen gilt es, die lokale demokratische Zivilgesellschaft, ihre Organisation, ihr Potenzial und ihre Ressourcen näher zu betrachten.

Ein Mittel, eine solch individuelle und zielgerichtete Betrachtung eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt durchzuführen, stellt die Situations- und Ressourcenanalyse (SRA) dar, welche die obenstehenden Fragestellungen mittels wissenschaftlicher Methoden untersucht. Die vorliegende SRA befasst sich mit der Situation der kreisfreien Stadt Erfurt und zielt darauf ab, der demokratischen Zivilgesellschaft vor Ort, insbesondere der lokalen Partnerschaft für Demokratie, Handlungsoptionen für ihre künftige Arbeit aufzuzeigen. Dafür werden sozialwissenschaftliche Befunde mit Erfahrungswerten lokaler Expert*innen verbunden. Als Datenbasis dienen:

- 1) Qualitative und inhaltsanalytisch ausgewertete Interviews mit 23 Personen der demokratischen Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung,
- 2) Öffentliche Quellen (Medienbeiträge, Wahlauswertungen, Literatur, Parlamentsdokumente) und
- 3) Daten aus teilnehmender Beobachtung von Wahlkampfauftritten, Demonstrationen/Kundgebungen und anderen Veranstaltungen.

Damit stellt die vorliegende SRA keine repräsentative Bevölkerungsstudie dar, sondern bildet die mit wissenschaftlichen Methoden erhobenen und ausgewerteten Perspektiven zentraler Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Kommunalverwaltung und -politik ab, die mit Daten und Befunden aus öffentlich zugänglichen Quellen abgeglichen wurden.

Nach einer Einordnung der zentralen Begriffe wird im zweiten Kapitel die Methodik der Analyse vorgestellt, bevor in Kapitel 3 auf den Raumkontext der Stadt Erfurt und ausgewählter Ortsteile eingegangen wird. Im anschließenden vierten Kapitel wird die Situation des Rechtsextremismus in Erfurt im Hinblick auf formelle und informelle Strukturen und rechts-extreme Raumnahme dargestellt. Kapitel 5 beleuchtet die Situation von Menschen aus marginalisierten Gruppen und Kapitel 6 die Situation der demokratischen Zivilgesellschaft. Aufbauend auf den vorherigen Erkenntnissen werden schließlich in den Kapiteln 7 und 8 Ressourcen für zukünftiges Engagement und Handlungsempfehlungen in Erfurt aufgezeigt. Die Handlungsempfehlungen sind als Anregungen für die Diskussion der lokalen demokratischen Akteur*innen konzipiert.

1.1 Definitionen

Im Folgenden werden die zentralen Begriffe des vorliegenden Forschungsberichtes definiert. Da die Definitionen übergreifend für die verschiedenen SRA des IDZ gelten, sind die Definitionen vergangenen SRA entnommen (Treidl et al. 2023; Richter und Salheiser 2021).

1.1.1 Zivilgesellschaft

Die *Zivilgesellschaft* ist ein häufig diffus verwendeter und normativ besetzter Begriff (Jessen et al. 2004). In dieser Arbeit wird er weit gefasst: als freiwilliges Engagement für das Gemeinwohl „[...] jenseits von Staat, Markt und Privatsphäre“ (Grande et al. 2021, S. 13). Der Handlungsraum der Zivilgesellschaft ist damit primär die Öffentlichkeit, wobei die in dieser Definition festgeschriebene Trennung von privater und öffentlicher Sphäre zurecht auch kritisiert wird (vgl. Sauer 2017). Wenn in dieser Analyse von der „Zivilgesellschaft“ gesprochen wird, so umfasst sie im weitesten Sinne alle nicht staatlichen und nicht profitorientierten Organisationen, Vereine, Initiativen, Gruppen, Bündnisse und Einzelpersonen, die sich für Demokratie, Vielfalt, Toleranz und gesellschaftlichen Zusammenhalt engagieren.

1.1.2 Gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsideologien und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsideologien sind Einstellungsmuster, die gesellschaftliche Gruppen abwerten und auf verschiedenen Ebenen diskriminieren. Darunter fallen Ideologien wie Rassismus, Antisemitismus, Heterosexismus, Ableismus¹, Ageismus² etc. Da es sich dabei um historisch verankerte Ideologien handelt, haben diese meist nicht nur eine individuelle Dimension, sondern wirken auch institutionell und strukturell (vgl. Dieckmann et al. 2022).

¹ Ableismus ist die Ungleichbehandlung wegen körperlicher oder psychischer Behinderung.

² Ageismus ist die Diskriminierung aufgrund von Alter.

Auf solchen gesellschaftlichen Ungleichwertigkeitsideologien beruhen auch unterschiedliche Ausdrucksformen der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*. Diese umfasst die gelebte Realität von vorurteilsgeleiteter Diskriminierung, Herabwürdigung und Ausgrenzung marginalisierter Gruppen, inklusive negativer Stereotype und Vorurteile (vgl. Zick et al. 2021). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird im Vergleich zu gesellschaftlichen Ungleichwertigkeitsideologien weniger auf struktureller als auf individueller Ebene verstanden (vgl. Dieckmann et al. 2022).

1.1.3 Marginalisierte Gruppen

Unter *Marginalisierung* versteht man den „[...] Prozess, bei dem Personen, Gruppen, soziale Kategorien (z. B. Arme, ethnisch-religiöse Minderheiten) an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden und dadurch ihre gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Teilhabe erschwert oder verhindert wird“ (Endruweit et al. 2014, S. 280). Wie in dieser Analyse deutlich wird, hat Marginalisierung sowohl eine soziale als auch eine räumliche Komponente und ist damit eng an den Begriff der Segregation geknüpft – die Spiegelung sozialer Verhältnisse in der Geografie von z. B. einer Stadt (vgl. Häußermann 2007).

1.1.4 Rechtsextremismus

Unter dem Begriff *Rechtsextremismus* werden Einstellungsmuster subsumiert, deren gemeinsamer Nenner Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind. Diese drücken sich im Bereich des Politischen durch eine Nähe zu autoritären oder diktatorischen Regierungsformen aus (vgl. Best und Vogel 2022). Rechtsextreme Einstellungsmuster gehen von einer rassistisch oder ethnisch begründeten Ungleichheit der Menschen aus und streben demnach nach ethnischer Homogenität innerhalb der eigenen Gemeinschaft. Dabei überhöhen Personen die eigene Nation chauvinistisch. Sie lehnen liberale Gleichheitsvorstellungen ab und betonen stattdessen den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum. Häufig sind sie geprägt durch antisemitische und antifeministische Denkmuster (vgl. Jaschke 2001). Rechtsextreme Einstellungen sind nicht auf die Ränder der Gesellschaft beschränkt, sondern finden sich in allen gesellschaftlichen Gruppen und häufig auch in der sogenannten „Mitte“ der Gesellschaft (vgl. Decker et al. 2010).

1.1.5 Rechtspopulismus

Der Begriff *Rechtspopulismus* bezeichnet nach dem von Mudde und Kaltwasser (2017) vorgeschlagenen Verständnis solche politischen Parteien, Bewegungen bzw. Strategien, die sich einer „antagonistischen Logik [bedienen], die auf der vertikalen Dimension einen Gegensatz zwischen ‚dem guten, moralisch reinen Volk‘ und den ‚schlechten, korrupten Eliten‘ konstruiert, auf der horizontalen Dimension einen Gegensatz zwischen einem ‚Wir‘ und ‚den Anderen‘“ (Küpper et al. 2019, S. 178). In der politikwissenschaftlichen Forschung umstritten ist allerdings, ob der Rechtspopulismus eine eigenständige politische Strömung darstellt oder ob es sich dabei nicht vielmehr um eine Diskurs- und Aktionsstrategie radikal rechter und rechtsextremer Akteur*innen handelt, mit dem diese versuchen, über ihr Stammklientel hinausgehende Wähler*innen- bzw. Anhänger*innenpotenziale zu erschließen und diese mittels vermeintlich demokratischer Programmatik zu mobilisieren. Die sogenannte „Neue Rechte“, die sich seit Ende des Zweiten Weltkriegs in ihrer Außendarstellung um eine Ab-

grenzung gegenüber dem Nationalsozialismus bemüht, diskutiert in diesem Zusammenhang durchaus kontrovers eine Tendenz zur „Selbstverharmlosung“ (Kubitschek 2017) – d. h. die instrumentelle, rhetorische Verschleierung, graduelle Abschwächung oder endgültige Abkehr von einzelnen ideologischen Inhalten und politischen Zielen, u. a., weil diese Wahlerfolge verhinderten, der weiteren gesellschaftlichen Normalisierung im Weg stünden und staatliche Repressionen hervorriefen.

2 Methodik

2.1 Analyseschema

Die Frage nach der Entstehung und Manifestation rechtsextremer Einstellungen, d. h. den Umständen, welche dazu führen, dass sich diese mancherorts rasant ausbreiten und anderenorts gesellschaftlich eher irrelevant bleiben, hat zu vielen verschiedenen Ansätzen und Theorien geführt. Sie versuchen zu klären, welche Bedingungen und Ursachen die Verbreitung solcher Einstellungen begründen und was das mit dem Verständnis von Demokratie und Mitbestimmung zu tun hat. Richter und Salheiser (2021, S. 13) stellen dazu fest:

„Relativ große Einigkeit besteht, trotz fortbestehender Differenzen, zumindest darüber, dass radikal rechte Einstellungsmuster aus einem komplexen Ursachengeflecht individueller, situations- und kontextbezogener Faktoren entstehen und sich in Abhängigkeit von den regionalspezifischen Gegebenheiten in unterschiedlichem Umfang im öffentlichen Raum artikulieren und verstetigen können.“

Quent und Schulz (2015) standardisierten mittels eines Schemas die Analyse dieses „komplexen Ursachengeflechtes“ und seiner verschiedenen „kontextbezogenen Faktoren“. An ihrem bewährten Analyseschema orientiert sich diese SRA, obgleich einige Anpassungen vorgenommen wurden. Insbesondere wurde das Analyseschema anknüpfend an die Überarbeitung durch Dieckmann et al. (2022) und Treidl et al. (2023) um diskriminierende Vorfälle und aktuelle Problemlagen marginalisierter Gruppen ergänzt. Somit fokussiert die Analyse des lokalen Kontextes in dieser SRA auf folgende drei Bereiche (siehe Abbildung 1):

1. **Raumkontext:** Dieser umfasst neben Demografie und lokaler sozioökonomischer Situation die Berücksichtigung von Segregation sowie das politische Klima vor Ort, das insbesondere über Wahlverhalten und politische Einstellungsmuster erfasst wird (siehe Kapitel 3).
2. **Situation Diskriminierung und Rechtsextremismus:** Zur Bestimmung der Situation werden formelle wie informelle rechtsextreme Strukturen und deren Angebote betrachtet. Ergänzt wird die Erfassung durch rassistische und allgemein diskriminierende Aktivitäten sowie aktuelle Problemlagen marginalisierter Gruppen in der Region (siehe Kapitel 4 und 5).
3. **Zivilgesellschaft und lokales Handlungsumfeld:** Es werden zivilgesellschaftliche Strukturen, deren Aktivitäten und Kooperationen sowie lokale Solidaritätsstrukturen in den Blick genommen. Dies inkludiert auch das Engagement von Selbstorganisationen und Partizipations-, Inklusions- und Integrationsstrukturen. Darüber hinaus werden Herausforderungen der Zivilgesellschaft, welche mitunter aus 2. resultieren, sowie vorhandene Potenziale und Ressourcen betrachtet (siehe Kapitel 6 bis 7).

Aus dem Schema wird deutlich, dass die drei Bereiche wechselseitig aufeinander einwirken und nicht losgelöst voneinander betrachtet werden können. Gleiches gilt für die Wechselbeziehung zwischen dem lokalen Kontext, der Mittelpunkt dieser Analyse ist, und Ereignissen auf überregionaler oder gar internationaler Ebene. Für die vergangenen Jahre sind hier insbesondere die Corona-Pandemie oder der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine als Faktoren der internationalen Ebene zu nennen, die Einfluss auf den lokalen Kontext nahmen.

Zuletzt sind es die Vorgänge und Strukturen des lokalen Kontextes, die auf eine Reproduktion und Normalisierung von Ungleichwertigkeitsideologien, Diskriminierung sowie rechts-extreme Raumgewinne einwirken.

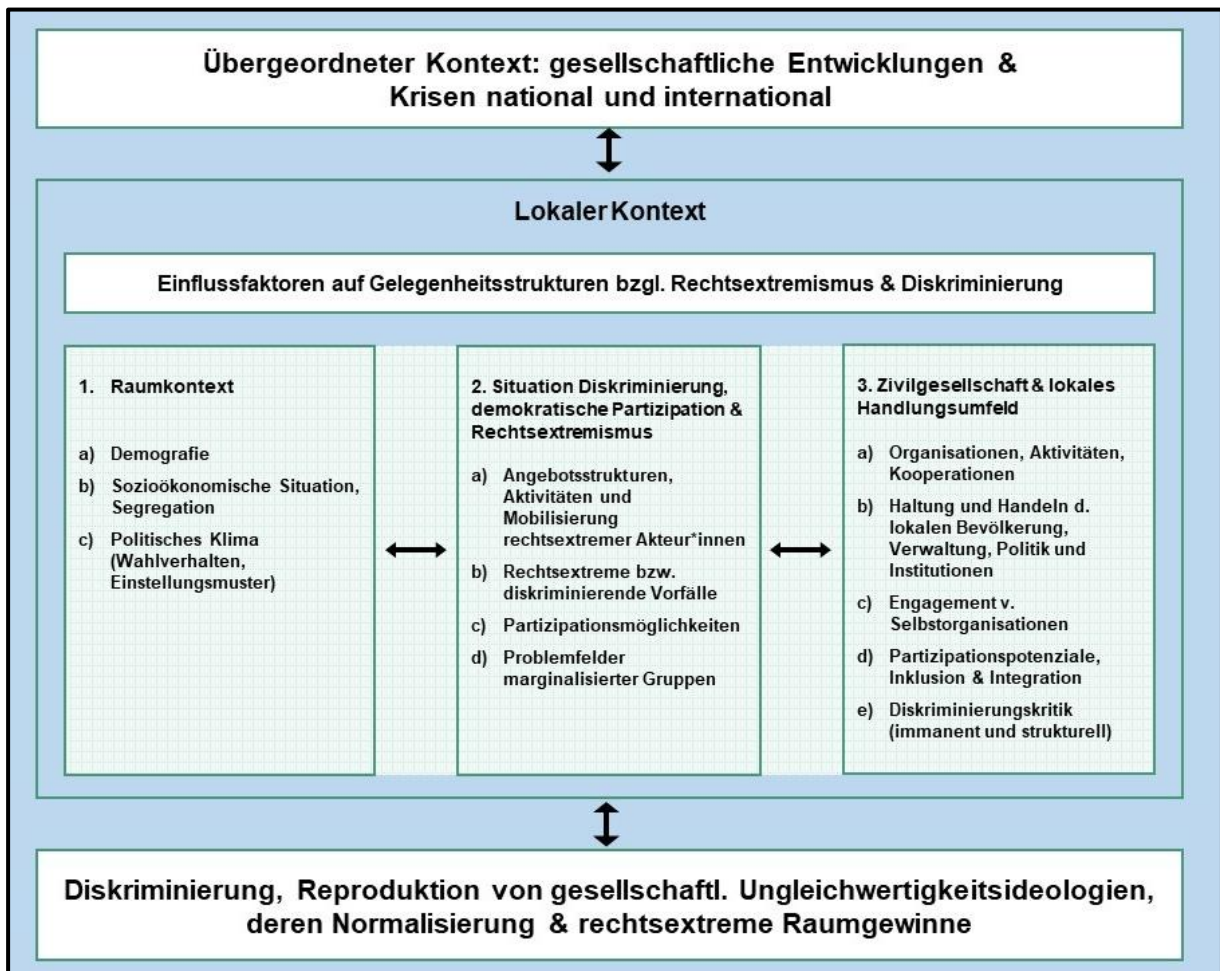


Abbildung 1: Adaptiertes Analyseschema nach Quent und Schulz (2015), Dieckmann et al. (2022) und Treidl et al. (2023).

2.2 Forschungsmethoden

In der SRA kommen verschiedene qualitative Forschungsmethoden zum Einsatz, um durch eine „Triangulation“ eine möglichst umfassende und realitätsnahe Analyse zu gewährleisten (vgl. Flick 2011). Der zu untersuchende Sachverhalt bzw. die im vorherigen Kapitel genannten Untersuchungsgegenstände werden mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen und unter Berücksichtigung verschiedener Perspektiven in den Blick genommen. Dadurch können nicht nur Erkenntnisse validiert oder infrage gestellt, sondern auch Stärken und Schwächen einzelner Methoden ausgeglichen werden. Die folgenden Unterkapitel stellen die herangezogenen Forschungsmethoden dar.

2.2.1 Medien- und Sekundäranalyse

Im Zuge der Medien- und Sekundäranalyse wurden amtliche Statistiken, Wahlergebnisse, Chroniken, wissenschaftliche Berichte, Medienartikel und kleine Anfragen aus dem Thüringer Landtag herangezogen. Während Statistiken überwiegend der Herausarbeitung der soziodemografischen und -ökonomischen Situation dienten, wurden durch die Chroniken rechter Gewalt und Entwicklungen von den Thüringer Beratungsstellen MOBIT³, ezra⁴ und RIAS Thüringen⁵ Schwerpunkte rechtsextremer Strukturen, Gewalt und Raumergreifung sowie Problemfelder marginalisierter Gruppen deutlich. Der Thüringen-Monitor und die Topografie des Rechtsextremismus des KomRex⁶ der Universität Jena ergänzten als wissenschaftliche Analysen politischer Einstellungen und rechtsextremer Strukturen die herangezogenen Quellen. Die mithilfe der Medien- und Sekundäranalyse identifizierten Themenschwerpunkte der Region wurden anschließend im Sinne der Triangulation in die Expertise-Interviews eingebracht, um sie multiperspektivisch zur Diskussion zu stellen.

2.2.2 Expertise-Interviews

Wesentliche Grundlage der Analyse sind 14 leitfadengestützte Expertise-Interviews, die zwischen Januar und September 2024 geführt wurden.⁷ Interviewpartner*innen wurden entweder anhand der Vorgespräche mit den Koordinator*innen der PfD in Erfurt oder der Sekundäranalyse, die eine Identifikation wichtiger Institutionen und Akteur*innen ermöglichte, ausgewählt. Zudem ergaben sich aus bereits geführten Interviews Hinweise auf weitere relevante Interviewpartner*innen. Die Expertise der Gesprächspartner*innen wird in Anlehnung an Gläser und Laudel (2009, S. 12) verstanden als „[...] Quelle von Spezialwissen über die zu erforschenden sozialen Sachverhalte“. Die Gesprächspartner*innen verfügten über entsprechendes Wissen aus verschiedenen Bereichen: engagierte Personen aus der Zivilgesellschaft, Vertreter*innen von Vereinen, Initiativen und Bündnissen sowie aus Interessen- und Selbstvertretungen marginalisierter Gruppen, Lokalpolitiker*innen sowie Angestellte und Mitarbeitende aus der Kommunalverwaltung und (Sozial-)Projekten. Um bereits bei der Auswahl der interviewten Personen eine sozialräumliche Perspektive (siehe Kapitel 3.2) zu inkludieren, wurden Expert*innen aus verschiedenen Stadtgebieten interviewt. Der die Interviews strukturierende Leitfaden (siehe Anhang 1) umfasste folgende Themenblöcke:

- a. Umschreibung der Aktivitäten, Kooperationen und demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten,

³ MOBIT (Mobile Beratung in Thüringen): <https://mobit.org>.

⁴ ezra (Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen): <https://ezra.de>.

⁵ RIAS Thüringen (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus): <https://report-antisemitism.de/rias-thueringen>.

⁶ KomRex - Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration: <https://www.komrex.uni-jena.de>.

⁷ An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Befragten aus Vereinen, Initiativen, Verwaltung sowie bei den engagierten Personen und Lokalpolitiker*innen aus Erfurt bedanken, die diese Studie mit ihrer Perspektive und ihrem Wissen bereichert und unterstützt haben.

- b. Aktuelle Herausforderungen und Bedrohungen im Kontext des Engagements, der Arbeit und darüber hinaus (darunter Themen wie die Situation rechtsextremer Raumergreifung, aber auch Zusammenarbeit innerhalb der Zivilgesellschaft und mit der Lokalpolitik sowie der Verwaltung etc.) und
- c. Potenziale und Ressourcen in Erfurt (insbesondere bezogen auf die Begegnung der Herausforderungen und Bedrohungen).

Alle geführten Interviews wurden aufgenommen, transkribiert (teilweise mit Unterstützung durch datenschutzkonforme Transkriptionsprogramme) und computergestützt mittels MAXQDA nach dem Schema der Inhaltsanalyse nach Mayring (2022) codiert sowie ausgewertet. Die Erkenntnisse wurden zum einen mit den Sekundärquellen in Verbindung gesetzt, insbesondere zur Konkretisierung und Rekonstruktion des gesellschaftspolitischen Lagebildes. Zum anderen wurden sie als Grundlage für die Fokusgruppendifkussion herangezogen, in der gezielt spezifische Problemlagen und Handlungsempfehlungen den Diskussions-schwerpunkt bildeten.

2.2.3 Fokusgruppendifkussion

Um die Ergebnisse der Expertise-Interviews und der Sekundäranalyse zu validieren und um zusätzliche Perspektiven zu erweitern, wurden diese im Juni 2024 einer Fokusgruppe zur Diskussion gestellt. Für die Fokusgruppendifkussion wurden gezielt Perspektiven einbezogen, die in den bisherigen Interviews weniger Beachtung gefunden hatten. Dementsprechend erfolgte die personelle Zusammenstellung der Fokusgruppe anhand von Perspektiven relevanter großer aktivistischer Bündnisse sowie kleinerer Initiativen und Vereine aus den Bereichen Jugend, Migration, Erinnerungsarbeit und Sport. Die zweistündige Diskussion mit neun Personen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen ermöglichte eine produktive Diskussion hinsichtlich Herausforderungen der Zivilgesellschaft, Lösungsstrategien und Handlungsempfehlungen.

3 Raumkontext

3.1 Soziodemografische und -ökonomische Situation der Stadt Erfurt

Die Landeshauptstadt Erfurt ist mit rund 216.000 Einwohner*innen (Stichtag 31.12.2023) die größte Stadt Thüringens.⁸ Der kreisfreien Stadt gehören 53 Stadtteile an (vgl. Landeshauptstadt Erfurt 2024b). Im Zuge einer Bevölkerungsprognose aus dem Jahr 2021 wurden die Stadtteile durch die Stadtverwaltung zu Prognosegebieten zusammengefasst (siehe Abbildung 2). Entsprechend dieser Gliederung teilt sich das Stadtgebiet in 8 Innenstadtbezirke, 5 Großwohnsiedlungen in Erfurter Norden, 3 Großwohnsiedlungen in Süd/Ost und 37 dörfliche Stadtteile (Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt 2021a). In der Prognose wird angenommen, dass die Landeshauptstadt bis 2040 nicht signifikant Einwohner*innen verlieren wird – in einer von zwei Prognosevarianten wird gar ein leichter Bevölkerungszuwachs erwartet (vgl. Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt 2021a). Beachtenswert ist dies da außer für Erfurt und Jena von einer – zum Teil sehr starken – Verkleinerung der Bevölkerung in den anderen Städten und Landkreisen Thüringens ausgegangen wird.

Ende 2023 waren knapp 51 % der Stadtbevölkerung weiblich. Der Anteil ausländischer Bevölkerung, d. h. Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft lag 2023 bei 12,1 % und damit knapp unter dem Durchschnitt der Thüringer kreisfreien Städte mit 12,6 %, aber über dem Thüringer Durchschnitt von 8,3 % Ausländeranteil. Das Durchschnittsalter in Erfurt lag zum Jahresende 2023 bei 44,7 Jahren und wird entsprechend den Prognosen bis 2040 nur geringfügig auf 45,3 Jahre ansteigen. 24 % der Stadtbevölkerung sind jünger als 25 Jahre (Durchschnitt Thüringen 22 %) und 23 % der Erfurter*innen sind älter als 65 Jahre (Durchschnitt Thüringen 27 %). Im Jahr 2023 betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der Landeshauptstadt 6,1 %. Die jährliche Arbeitslosenquote in Erfurt liegt seit einigen Jahren über dem Durchschnitt im Freistaat; 2022 und 2023 war die Differenz mit 0,2 Prozentpunkten jedoch besonders gering.

Die Schulabschlussquoten im Schuljahr 2022/23 lagen in Erfurt weitestgehend nahe des Durchschnittes der kreisfreien Städte in Thüringen, es verließen in Erfurt nur etwas mehr Menschen das Schulsystem mit einem Realschulabschluss (42,7 % in Erfurt / 38,9 % Durchschnitt der Thüringer kreisfreien Städte) und etwas weniger Menschen als in anderen Thüringer kreisfreien Städten legten die allgemeine Hochschulreife ab (36,4 % in Erfurt / 39,3 % Durchschnitt der Thüringer kreisfreien Städte). An den vier Erfurter Hochschulen studierten im Wintersemester 2023/24 etwa 106.000 Studierende, in 2022/23 waren es noch rund 97.000 gewesen, in 2021/22 rund 85.000. Seit dem Wintersemester 2019/20 und der Eröffnung der Internationalen Hochschule ist Erfurt die Thüringer Hochschulstadt mit den meis-

⁸ Die soziodemografischen und -ökonomischen Daten für die Stadt Erfurt sind, soweit nicht anderweitig kenntlich gemacht, den Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik (2024a) entnommen.

ten Studierenden. Mit dem Start der Internationalen Hochschule stieg auch die Zahl der ausländischen Studierenden stark an – im Wintersemester 2023/24 lag der Anteil ausländischer Studierender in der Landeshauptstadt bei rund 15 %.⁹

Der Städtetourismus in Erfurt hat wie auch der Tourismus in anderen Reisegebieten des Landes 2023 noch nicht den Stand vor der Pandemie erreicht (vgl. Thüringer Landesamt für Statistik 2024b). Erfurt verzeichnete mit 16,2 % mehr Übernachtungen als 2022 jedoch den größten Zuwachs im Freistaat (vgl. ebd.). Im ersten Halbjahr 2024 übernachteten bereits rund 45.000 mehr Menschen in der Landeshauptstadt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (vgl. Thüringer Landesamt für Statistik 2024c). Damit trägt Erfurt zusammen mit Weimar zu einer positiven Entwicklung der Tourismuszahlen in Thüringen bei (vgl. ebd.).

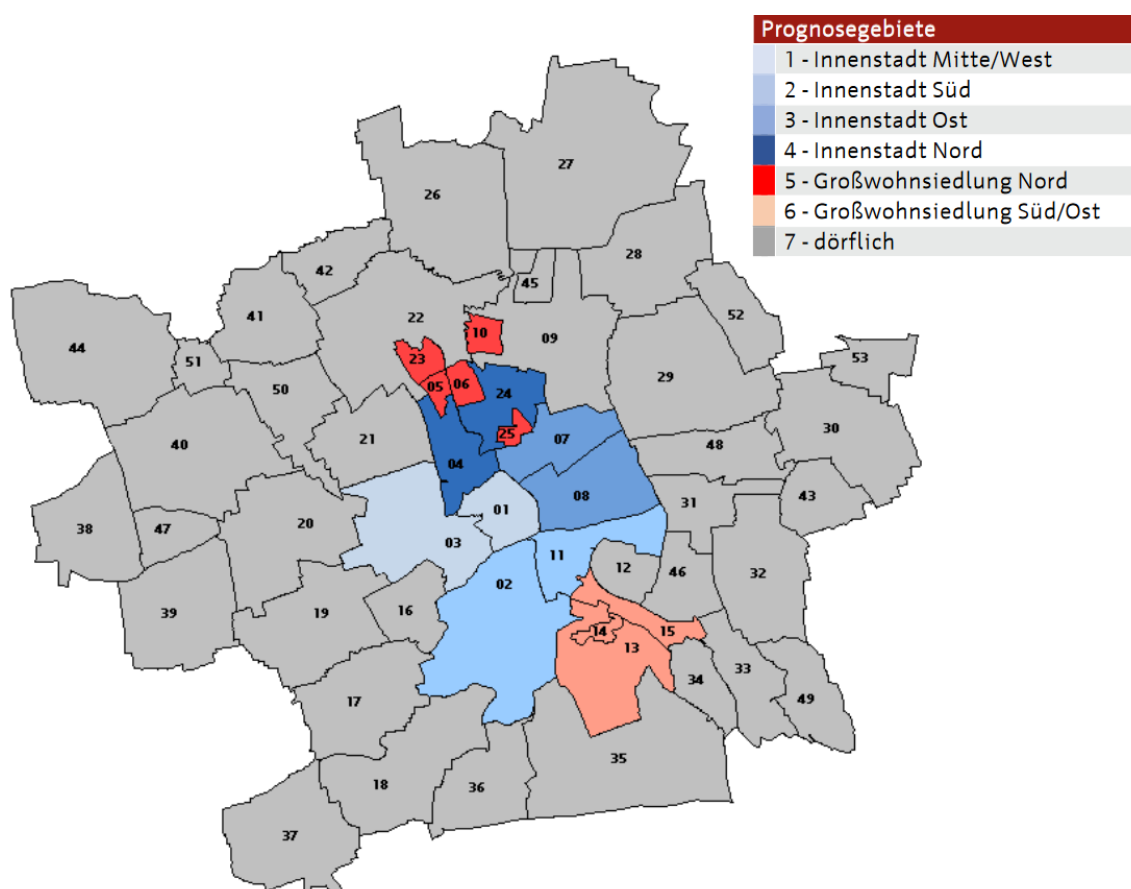


Abbildung 2: Prognosegebiete der Stadt Erfurt in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung, [Darstellung der Stadtverwaltung](#). Landeshauptstadt Erfurt (2021), S. 9.

Im Gesamtbild der betrachteten sozialstrukturellen Daten hebt sich Erfurt nur wenig von anderen kreisfreien Städten in Thüringen ab. Allerdings weisen die einzelnen Stadtteile mitunter große Unterschiede in ihrer soziodemografischen und -ökonomischen Situation auf,

⁹ Da die Internationale Hochschule vor allem duale Studiengänge und Studieren im Fernstudium anbietet (vgl. Internationale Hochschule 2024), ist jedoch zu erwarten, dass sich die Studierenden der Hochschule während ihres Studiums nicht dauerhaft in der Landeshauptstadt aufhalten.

weshalb im Folgenden ein näherer Blick auf die einzelnen Stadtgebiete der Landeshauptstadt geworfen wird.

3.2 Stadtgebiete von Erfurt

Die Stadt Erfurt teilt sich in verschiedene Stadtgebiete, die historisch gewachsen sind. Der Sozialstrukturatlas der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Erfurt (2020), der auf Grundlage von statistischen Daten aus den Jahren 2012–2017 die Lebenslagen der Erfurter Bevölkerung in den unterschiedlichen Ortsteilen abbildet, zeigt teilweise starke Segregationstendenzen innerhalb Erfurts auf. Dies bestätigt sich für den damaligen Analysezeitraum auch im deutschlandweiten Vergleich: Wie zahlreiche weitere ostdeutsche Städte weist Erfurt sehr hohe soziale Segregationswerte auf (vgl. Helbig und Jähnen 2019). Und auch bei der Segregation ausländischer Einwohner*innen ist das Level in der Landeshauptstadt eines der höchsten bundesweit (vgl. Rüttenauer 2022).

Die Stadtverwaltung Erfurt arbeitet in ihrer Sozialstrukturanalyse mit den Planungsräumen der örtlichen Jugendarbeit und ordnet diesen entsprechend die einzelnen Stadtteile 6 Gebieten zu (siehe Abbildung 3):

- City (Altstadt, Andreasvorstadt)
- Gründerzeit Südstadt (Löbervorstadt, Brühlervorstadt, Daberstedt)
- Gründerzeit Oststadt (Johannesvorstadt, Krämpfervorstadt, Ilversgehofen, Johannesplatz)
- Großwohnsiedlung Nord (Berliner Platz, Rieth, Roter Berg, Moskauer Platz)
- Großwohnsiedlung Südost (Melchendorf, Wiesenhügel, Herrenberg)
- Dörfliche Stadtteile (restliche Stadtteile)

Die Planungsräume weisen in weiten Teilen Überschneidungen mit den Prognoseräumen der Bevölkerungsentwicklung (Kapitel 3.1) auf und ihre Zusammensetzung bestimmt sich anhand von „praktikablen Anforderungen sowie aus [...] bau- und siedlungsstrukturellen Gesichtspunkten“ (Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt 2020, S. 25). Anhand ihrer Analyse stellt die Stadtverwaltung Erfurt verschiedene planungsraumspezifische Bedarfe der einzelnen Gebiete im Hinblick auf eine integrierte Sozialraumplanung fest.

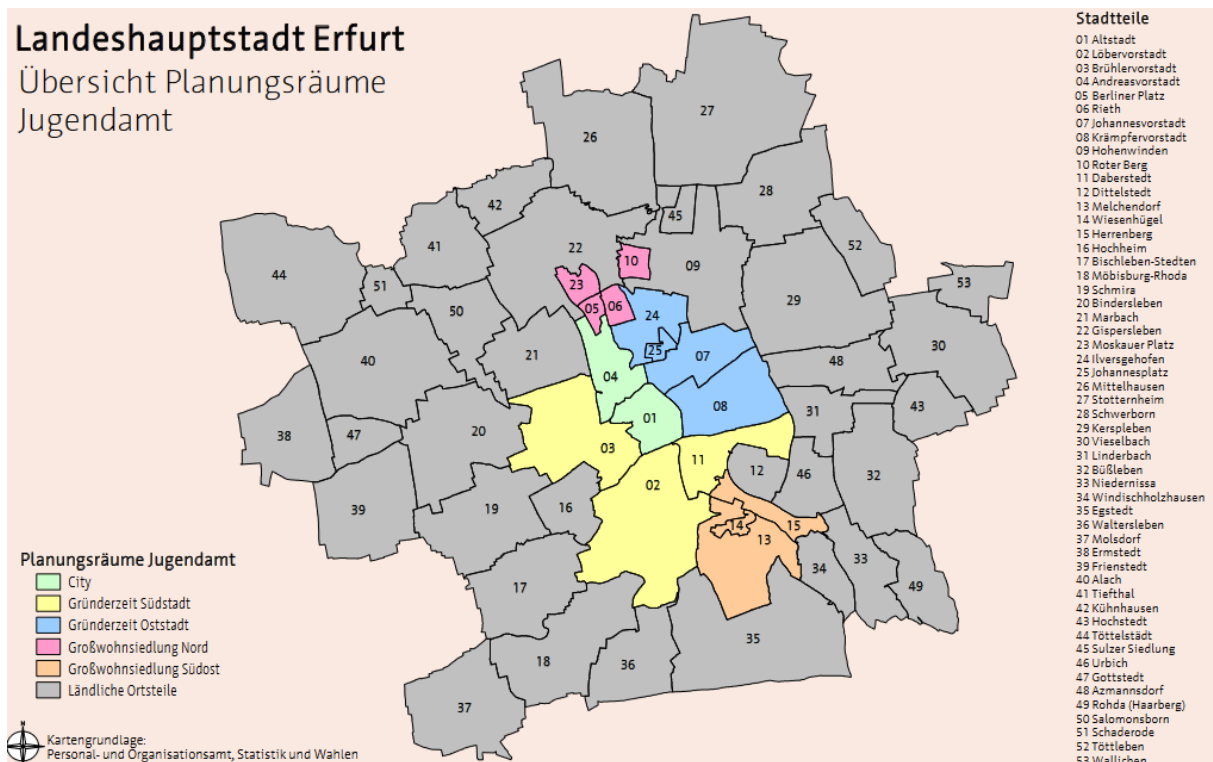


Abbildung 3: Planungsräume der Jugendarbeit in Erfurt, Darstellung der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Erfurt (2020), S. 25.

Die folgende Kurzbeschreibung der Stadtgebiete bezieht sich teilweise auf den Sozialstrukturatlas 2020, den damals erfassten Sozialindex sowie die zu dessen Ermittlung herangezogenen Indikatoren, die den Stand von 2017 darstellen. Wo vorhanden, werden aktuellere Daten genutzt, diese liegen jedoch auf Ebene der Stadtteile nur für einzelne Indikatoren vor.

3.2.1 City

Hinsichtlich der Siedlungsstruktur unterscheiden sich die beiden Innenstadtteile Altstadt und Andreasvorstadt: Während die Andreasvorstadt durch eine überwiegend gründerzeitliche Wohnbebauung geprägt wird, finden sich in der Altstadt Wohngebäude verschiedener Bauepochen neben einem hohen Anteil an öffentlich und geschäftlich genutzten Gebäuden wieder (vgl. Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt 2020, S. 130). Dennoch ist die Altstadt mit rund 8.000 Einwohner*innen pro Quadratkilometer noch dichter besiedelt als die Andreasvorstadt mit etwas unter 6.000 Einwohner*innen auf nur etwas größerem Raum. Der Anteil ausländischer Einwohner*innen lag 2023 in der Altstadt bei 29 %, in der Andreasvorstadt nur bei 10 %. Das Durchschnittsalter der Anwohner*innen in der Altstadt lag Ende 2023 mit 42,3 Jahren etwas unter dem Durchschnitt Erfurts. Mit durchschnittlich 40,9 Jahren gehörte die Andreasvorstadt zu den jüngsten Stadtteilen der Landeshauptstadt.

Die Erfurter Altstadt gehört zu den größten Altstadt-Kernen Deutschlands (Touristinformation Erfurt o. J.). Wie üblich für Stadtkerne finden sich in der Erfurter Altstadt mehrere zentrale Plätze mit viel Personenverkehr, beispielsweise Anger und Domplatz, die in einigen wenigen Interviews in Bezug auf die Frage, wie und von wem der öffentliche Raum genutzt wird, thematisiert werden (Interview 11, Fokusgruppe). Der überwiegende Teil der Protest- und Demonstrationsereignisse, die in der SRA Erwähnung finden, fand auf den genannten Plätzen im Stadtzentrum statt.

3.2.2 Gründerzeit Südstadt

Die Stadtteile der Südstadt sind durch hochwertige gründerzeitliche Bebauung charakterisiert (vgl. Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt 2020). Die historischen Vorstädte Löbervorstadt und Brühlervorstadt waren mit rund 1.000 bzw. 2.000 Einwohner*innen/km² Ende 2023 weitaus weniger dicht besiedelt als die Andreasvorstadt. In Daberstedt lebten zum Stichtag etwas unter 4.000 Menschen auf einem Quadratkilometer. Löbervorstadt und Brühlervorstadt liegen mit 46,1 und 45,3 Jahren nahe des Altersdurchschnittes der Landeshauptstadt. Daberstedt ist mit 49 Jahren der Innenstadtteil mit den im Durchschnitt ältesten Einwohner*innen. In allen drei Innenstadtteilen leben anteilig wenige Ausländer*innen (Anteil an der Stadtteilbevölkerung von 4-6 %).

3.2.3 Gründerzeit Oststadt

Anders als die Südstadt weisen die Stadtteile der Oststadt eine verhältnismäßig einfache Bebauung aus der Gründerzeit auf (vgl. Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt 2020). Heraus sticht der Stadtteil Johannesplatz, der mit rund 12.800 Einwohner*innen pro km² die größte Einwohner*innendichte in Erfurt aufweist und daher bei der Bevölkerungsprognose der Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt (2021a) auch entsprechend dem Siedlungstyp (Plattenbauweise) den Großwohnsiedlungen im Erfurter Norden zugeteilt wird. Er gehört wie die anderen Plattenbau-Stadtteile laut dem Sozialstrukturatlas zu den Gebieten mit dem niedrigsten Sozialindex der Landeshauptstadt (vgl. Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt 2020). Ilversgehofen und Krämpfervorstadt weisen mit 4.500 und 3.500 Einwohner*innen pro km² eine für die Innenstadtgebiete mittlere Bevölkerungsdichte auf. Die Johannesvorstadt ist mit rund 2.000 Einwohner*innen auf einem Quadratkilometer etwas weniger dicht besiedelt als die beiden Stadtteile.

Die Johannesvorstadt war 2023 der Stadtteil mit dem geringsten Altersdurchschnitt von 36,2 Jahren, d. h. knapp zehn Jahre unter dem Durchschnitt der Landeshauptstadt. Auch die Krämpfervorstadt mit 40,1 Jahren und Ilversgehofen mit 42,5 Jahren sind hinsichtlich des Altersdurchschnitts eher junge Stadtteile. Der Johannesplatz liegt zum Ende des letzten Jahres mit 45,8 Jahren nahe dem Gesamtdurchschnitt der Stadt. Für die Johannesvorstadt und Krämpfervorstadt wird in der Prognose der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt (2021a) im Gegensatz zu den meisten anderen Stadtteilen eine positive Bevölkerungsentwicklung bis 2040 vorhergesagt (+12,3 % im Vergleich zu 2019). Der Anteil ausländischer Einwohner*innen lag 2023 in Ilversgehofen und der Johannesvorstadt bei 19 bzw. 18 %, in der Krämpfervorstadt nur bei 10 %. Im Plattenbaugebiet Johannesplatz ist der Anteil mit 23 % überdurchschnittlich hoch in Bezug auf die Gesamtstadt.

Das Gebiet „Magdeburger Allee“ im Programm „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier“, das die Städtebauförderung „Soziale Stadt“ fortentwickelt, liegt in Teilen der Andreas- und Johannesvorstadt sowie von Ilversgehofen. Im Programm angesiedelt ist das sogenannte Quartiersmanagement, das mit seiner hauptamtlichen Stelle unter anderem das folgende Handlungsfeld hat:

„Anlaufstelle in der Nachbarschaft sowie Schnittstelle zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und sonstigen Quartiersakteurinnen und -akteuren, [...] Aktivierung, Beteiligung und Vernetzung der Bewohnerinnen und Bewohner sowie weiterer lokaler Akteurinnen und -

akteure, [...] Koordinierung und Bündelung der Angebote und Maßnahmen im Quartier.“ (Quartiersmanagement Magdeburger Allee 2023)

Ilversgehofen wird in den geführten Interviews mehrmals wegen seiner Soziokultur (vgl. Kapitel 7.1) und rechtsextremer Raumnahme (vgl. Kapitel 4.4), gegen die sich eine zivilgesellschaftliche Bewegung formierte (vgl. Kapitel 7.2), erwähnt.

3.2.4 Großwohnsiedlung Nord

In den Plattenbau-Stadtteilen im Erfurter Norden leben zusammen auf rund 1 % der Stadtfläche etwa 26.000 Menschen, d. h. etwa 12 % der Stadtbevölkerung (vgl. Landeshauptstadt Erfurt 2024a). Der Stadtteil Berliner Platz wies 2023 die zweitgrößte Einwohner*innen-dichte (rund 12.500 Einwohner*innen/km²) der Landeshauptstadt auf. Aber auch im Rieth, dem Moskauer Platz und Roter Berg leben jeweils rund 8.000 bis 9.000 Menschen pro Quadratkilometer. Die Stadtteile wurden wie die Großwohnsiedlungen in Südost „Mitte der 1990er Jahre besonders stark von den für diese Zeit prägenden demografischen, sozioökonomischen und baulichen Entwicklungen erfasst, was noch bis in die heutige Zeit Nachwirkungen entfaltet“ (Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt 2020, S. 130). Rieth, Berliner Platz und Roter Berg gehörten 2021 zu den Stadtteilen mit dem höchsten Anteil ausländischer Bevölkerung in Erfurt (28,1 bis 18,6 %) (vgl. Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt 2021b). Alle drei Stadtteile wiesen 2020 mit die höchsten Sozialindexwerte der Landeshauptstadt auf (vgl. Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt 2020). Entsprechend wurden die Großwohnsiedlungen im Erfurter Norden auch in einzelnen Interviews in Bezug auf Herausforderungen in der Eltern- und Sozialarbeit erwähnt (Interview 3 & 8).

Alle vier Stadtteile des Erfurter Nordens weisen zum Stichtag 2023 mit 44,2 (Roter Berg) bis 48,2 Jahren (Moskauer Platz) einen Altersdurchschnitt nahe des Stadtdurchschnittes auf. Für die Großwohnsiedlungen in Nord wird in der Bevölkerungsprognose der Landeshauptstadt eine negative Bevölkerungsentwicklung bis 2040 vorhergesagt (Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt 2021a).

3.2.5 Großwohnsiedlung Südost

Melchendorf, Herrenberg und Wiesenhügel bilden als Gebiete mit ebenfalls überwiegender Plattenbauweise knapp unter 3 % der Stadtfläche ab. In den drei Stadtteilen leben mit rund 24.000 Menschen etwa 11 % der Stadtbevölkerung (Stichtag 31.12.2023). Hinsichtlich ihrer Bevölkerungsdichte unterscheiden sich die Stadtteile jedoch stark: Während in Wiesenhügel rund 12.000 Menschen pro km² leben, sind es in Herrenberg „nur“ rund 4.500 Einwohner*innen auf entsprechender Fläche. Der Stadtteil Melchendorf enthält neben Plattenbauten auch ein Gebiet mit dörflichem Charakter, sodass hier etwas unter 2.000 Anwohner*innen je Quadratkilometer leben. Die Stadtteile Herrenberg und Wiesenhügel zählen zu den Stadtteilen mit den höchsten Sozialindexwerten in Erfurt (Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt 2020). Wie die Großwohnsiedlungen in Nord liegen die Altersdurchschnitte der drei Stadtteile im Südosten nahe dem Durchschnitt der Landeshauptstadt, der Ausländer*innenanteil bei 18 bis 20 %.

Bis 2026 läuft ein Stadtentwicklungsprojekt, das mit 50 Millionen Euro durch Bund, Land und Stadt im „Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung“ finanziert

wird (Quartiersmanagement Erfurt-Südost 2024). Wie im Gebiet „Magdeburger Allee“ gibt es für die Stadtteile im Erfurter Südosten ein Quartiersmanagement.

Aufgrund langjähriger rechtsextremer Aktivitäten, die unter anderem mit einer angemieteten Immobilie im Stadtteil Herrenberg zusammenhängen (vgl. Kapitel 4.4), wurde das Stadtgebiet häufig in den geführten Interviews erwähnt.

3.2.6 Dörfliche Stadtteile

Im Zuge der Gebietsreform 1994 wurden zahlreiche dörfliche Stadtteile, die vorher dem Kreis Erfurt-Land angehörten, in die Landeshauptstadt eingemeindet, sodass die Anzahl der Stadtteile von 25 auf 44 anwuchs (vgl. Landeshauptstadt Erfurt 2024b). Die heutige Zahl von 53 Stadtteilen geht auf weitere Neugliederungen der ländlichen Stadtteile in den Jahren 2000–2004 zurück (ebd.). Insgesamt zählen 37 Stadtteile zu den ländlich bzw. dörflich geprägten Gebieten der Landeshauptstadt, die von etwa 21 % der Stadtbevölkerung bewohnt werden.

Die Zusammenfassung im Planungsraum „Ländliche Ortsteile“ erfolgte auf Grundlage der Jugendhilfeplanung. Hinsichtlich ihrer soziodemografischen und baulichen Merkmale unterscheiden sich die Ortsteile jedoch (vgl. Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt 2020). Auch in Bezug auf die Zahl ihrer Einwohner*innen gibt es große Unterschiede zwischen den im Planungsraum zusammengefassten Stadtteilen (von Gispersleben mit 4.477 Einwohner*innen bis Wallichen mit 168 Einwohner*innen zum 31.12.2023). Die Bevölkerungsdichte variiert dementsprechend zwischen rund 50 Einwohner*innen/km² (Egstedt und Töteltstätt) bis zu knapp unter 1.000 Einwohner*innen/km² (Hochheim, Sulzer Siedlung).

Die Anteile ausländischer Einwohner*innen sind in den dörflichen Stadtteilen geringer als in den innerstädtischen Stadtteilen. Die höchsten Werte finden sich in Bindersleben (16 %, ca. 1.700 Einwohner*innen), Gispersleben (8 %, ca. 4.500 Einwohner*innen) und Windischholzhausen (7 %, ca. 2.000 Einwohner*innen). Der durchschnittliche Anteil für alle 37 dörflichen Stadtteile liegt bei 3,5 % und damit unter dem Durchschnitt der Thüringer Landkreise (ohne kreisfreie Städte) von 6,9 %.

Die Stadtteile mit der durchschnittlich ältesten Bevölkerung zum Ende 2023 waren alle Teil der ländlichen Stadtgebiete: Hohenwinden (54,4 Jahre), Sulzer Siedlung (51,9 Jahre), Tiefthal (51,7 Jahre) und Schaderode (51,6 Jahre). Daneben liegt in einigen wenigen ländlichen Stadtteilen der Altersdurchschnitt von 2023 unter dem Gesamtschnitt der Landeshauptstadt. Die niedrigsten Altersdurchschnitte für die dörflichen Stadtteile weisen Frienstedt (43,5 Jahre), Schwerborn (43,9 Jahre) und Alach, Bindersleben und Waltersleben (jeweils ca. 44 Jahre) auf.

3.3 Politische Einstellungsmuster

Zur Beschreibung der politischen Einstellungen der Bevölkerung Erfurts wird auf die Daten des *Thüringen-Monitors* und der *Topografie des Rechtsextremismus in Thüringen* zurückgegriffen. Im Thüringen-Monitor des KomRex der Friedrich-Schiller-Universität Jena werden

seit 2000 die politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus auf Grundlage repräsentativer Befragungsdaten untersucht, um u. a. Aussagen zur Entwicklung der politischen Kultur im Freistaat im Zeitverlauf zu treffen (vgl. Reiser et al. 2024). Die Topografie des Rechtsextremismus, ebenfalls vom KomRex u. a. in Form einer Online-Topografie (2024) und regelmäßiger Projektberichte (z. B. Koch et al. 2023a, 2024) bereitgestellt, bietet eine Aufbereitung öffentlich zugänglicher Daten aus den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Laut der Topografie des Rechtsextremismus in Thüringen (2024) stimmten im Zeitraum 2012 bis 2022 13 % der Bevölkerung Erfurts rechtsextremen Einstellungen zu (Thüringer Gesamtwert: 19 %).¹⁰ Der Anteilswert neo-nationalsozialistischer Einstellungen liegt in Erfurt bei 5,3 % (Thüringer Gesamtwert: 8 %). Ethnozentrische Einstellungen finden bei 33 % Zustimmung (Thüringer Gesamtwert: 39 %). Im thüringenweiten Vergleich gehört Erfurt damit zu den Landkreisen und Städten mit den geringsten Zustimmungswerten bei neo-nationalsozialistischen, rechtsextremen und ethnozentrischen Aussagen. Die Anteilswerte für alle drei Einstellungsphänomene haben sich in Erfurt seit 2021 kaum verändert (ebd.). Sie waren im gesamten Freistaat in den letzten Jahren leicht angestiegen, nachdem sie aber zuvor seit 2018/2019 gefallen waren. In der thüringenweiten Betrachtung weisen Koch et al. (2023b, S. 10) darauf hin, „dass rechtsextreme Einstellungen und ihre Komponenten zu Beginn der 2000er-Jahre deutlich ausgeprägter waren als heute“. Ethnozentrische Einstellungen waren im entsprechenden Zeitraum stabiler und neo-nationalsozialistische Einstellungen gingen deutlich zurück (ebd.).

3.4 Wahlen und Wahlverhalten in Erfurt

Stadtratswahl 2024

In der 2024er-Stadtratswahl konnten AfD, CDU und die Fraktion Mehrwertstadt Sitze dazugewinnen: Die AfD¹¹ erhielt 20,4 % der Stimmen und damit 5,5 Prozentpunkte mehr als 2019. Die CDU konnte mit 5,2 Prozentpunkten einen ähnlichen Stimmenzuwachs verzeichnen und erreichte 24,8 % der Wähler*innenstimmen. Der Stimmenanteil der Mehrwertstadt stieg von 7,3 % im Jahr 2019 auf 10,1 % im Jahr 2024. Die meisten Stimmenanteile verloren Die Grünen (-4,3 Prozentpunkte auf 7,5 % in 2024), gefolgt von der FDP (2024: 2,5 %) und Freie Wähler (2024: 2,1 %), die beide 2,9 Prozentpunkte im Vergleich zur vorherigen Wahl verloren. Leichte Stimmeneinbußen gab es auch bei Die Linke, die mit 14,8 % (-1,7 Prozentpunkte), und der SPD, die mit 16,2 % (-0,9 Prozentpunkte) im Stadtrat vertreten sind. Beide Parteien hatten jedoch schon 2019 erhebliche Stimmenanteile verloren: 2014 erreichte Die Linke noch 22 %, die SPD sogar mit 28,7 % die meisten Stimmen.

¹⁰ Die Erhebung der Einstellungen der Thüringer Bevölkerung erfolgt im Thüringen Monitor repräsentativ für Gesamthüringen, aber nicht für die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte, weshalb die hier dargestellten Daten nicht repräsentativ für die Landeshauptstadt sind (Koch et al. 2023b). Die aufgeführten Anteilswerte geben den Datenquerschnitt der Jahre 2012-2022 aus der Topografie des Rechtsextremismus in Thüringen (2024) wieder.

¹¹ Zur Einordnung der Partei siehe Kapitel 4.1.1.

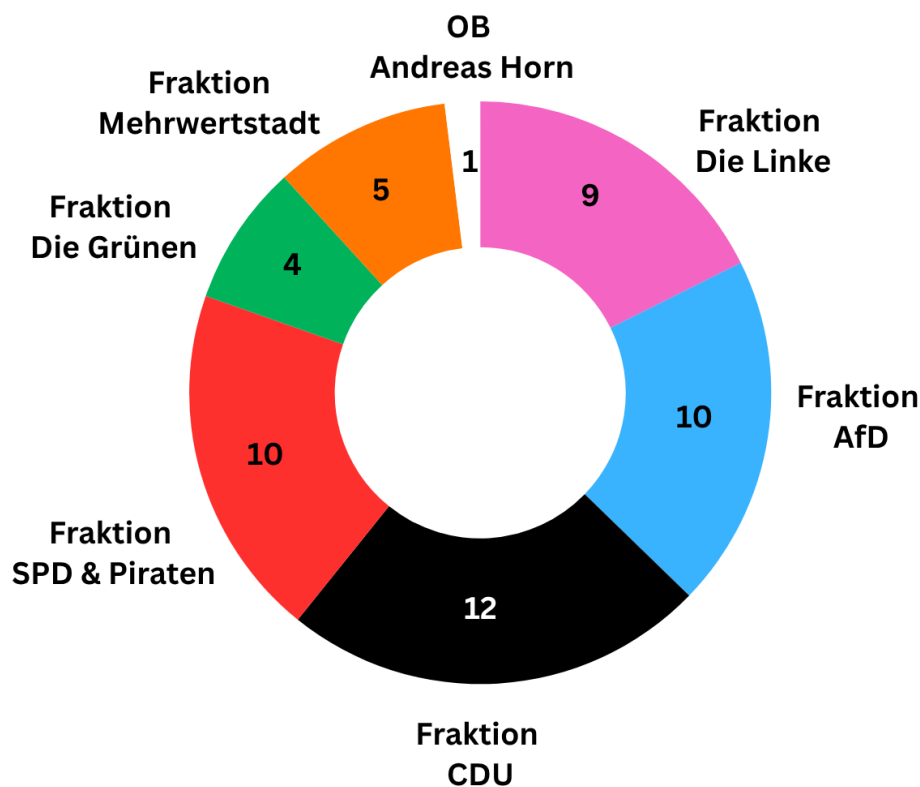


Abbildung 4: Aktuelle Zusammensetzung des Erfurter Stadtrats. Eigene Darstellung. Datenquelle: Erfurt.de 2024.

Bei den Stadtratswahlen 2024 konnte die AfD im Vergleich zu 2019 drei Sitze dazu gewinnen. Bei der Europaparlamentswahl 2024 zeigte sich noch deutlicher, dass die AfD in Erfurt auf starken Rückhalt bei Teilen der Wähler*innen bauen kann. Der Zuspruch der Wähler*innen für die AfD war in den Ortsteilen sehr unterschiedlich verteilt. Die Ergebnisse reichten hier von 14,7 % in der Brühlervorstadt bis zu 42,2 % in Schwerborn. Insbesondere in den Innenstadtteilen war die Partei weniger erfolgreich als in anderen Stadtgebieten. Die höchsten Stimmenanteile erhielt sie in dörflichen Gemeinden (vgl. Landeshauptstadt Erfurt 2024 f.).

Andere rechtsextreme Parteien haben in Thüringen und auch in Erfurt dagegen stark an Bedeutung verloren (vgl. Kamuf und Helmert 2024a). 2014 hatte die rechtsextreme Partei NPD (heute „Die Heimat“) mit 2,5 % der Stimmen einen Sitz im Erfurter Stadtrat gewonnen. 2019 erhielt die rechtsextreme Kleinstpartei „III. Weg“ (vgl. Kapitel 4.1.3) zwar 0,6 % der Stimmen, konnte damit aber keinen Sitz erlangen. Einen Erfolg konnte der Kleinstpartei „III. Weg“ 2024 jedoch mit der Wahl Nick Schwiderskis in den Ortsteilrat Wiesenhügel erreichen (vgl. Kapitel 4.1.3).

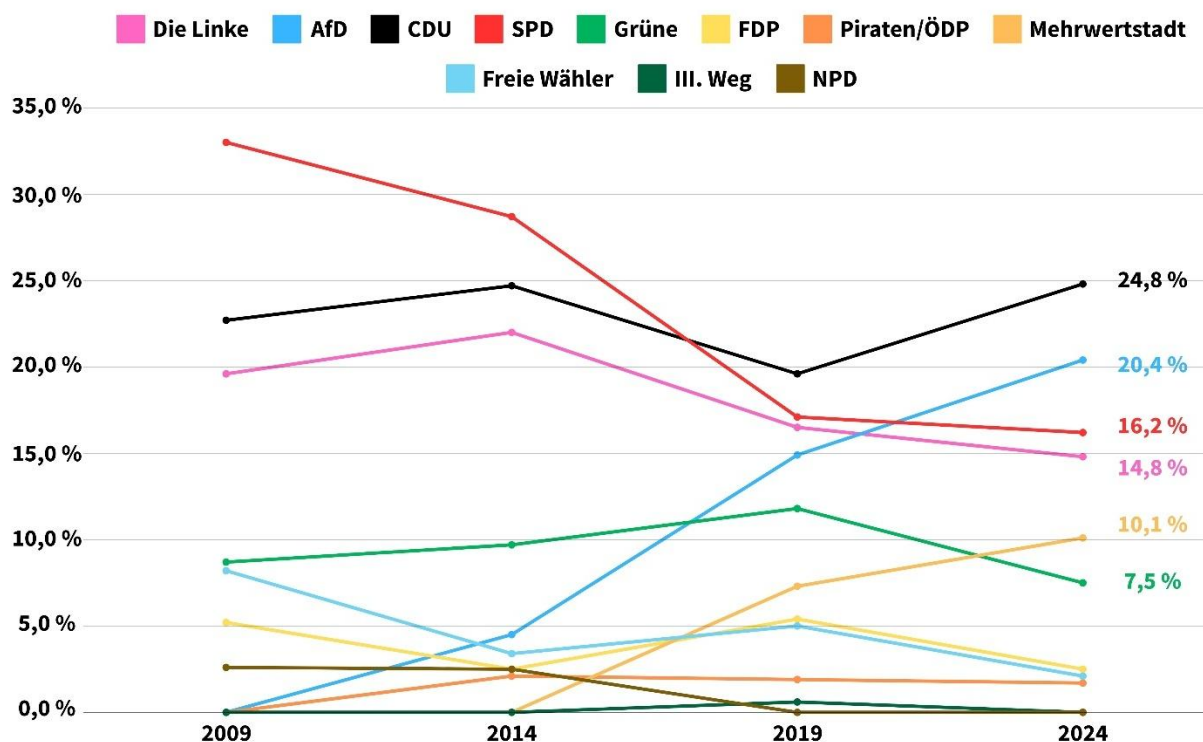


Abbildung 5: Stimmenanteile bei Stadtratswahlen in Erfurt (Zeitverlauf 2009 bis 2024), eigene Darstellung. Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik (2024e).

Die meisten Stimmen (ohne Berücksichtigung der Briefwahlstimmen) erhielt die AfD in den Stadtteilen Scherborn (42,2 %), Kühnhausen (40,6 %), Dittelstedt (36,7 %), Herrenberg (36,5 %) und Moskauer Platz (36,5 %). Die schlechtesten Ergebnisse verzeichnete die AfD in den Innenstadtbezirken Altstadt (15,7 %), Löbervorstadt (15,5 %) und Brühlervorstadt (14,7 %).

Die Wahlbeteiligung lag 2014 nur bei 47,3 %, stieg 2019 auf 58,4 % und 2024 auf 59,2 % an. Damit liegt sie im Durchschnitt unter der thüringenweiten Wahlbeteiligung (2023: 62,6 %, 2019: 60,3 % und 2014: 51,4 %).

Oberbürgermeisterwahl 2024

Zur Wahl des*der Oberbürgermeister*in 2024 traten sechs Kandidat*innen an:

1. Andreas Bausewein (SPD)
2. David Maicher (Die Grünen)
3. Andreas Horn (CDU)
4. Matthias Bärwolff (Die Linke)
5. Jana Rötsch (Fraktion Mehrwertstadt)
6. Stefan Möller (AfD)

Im ersten Wahlgang konnte Andreas Horn (CDU) die meisten Stimmen auf sich vereinen (28,4 %), gefolgt vom SPD-Amtsinhaber Andreas Bausewein mit 22,7 % der Stimmen. Der

AfD-Kandidat Stefan Möller verpasste mit 19,4 % den Einzug in die Stichwahl. Möller ist seit 2014 als Sprecher Mitglied im Vorstand des Landesverbandes der AfD Thüringen und zog auch im gleichen Jahr als Abgeordneter in den Thüringer Landtag ein. Bausewein hatte 18 Jahre das Amt des Oberbürgermeisters inne und wurde 2024 auch von der FDP unterstützt, die keinen eigenen Kandidaten aufstellte (dpa 2024a). Bausewein wurde nach der BSW-Gründung mit dem BSW in Verbindung gebracht, schlug das Angebot eines Parteiwechsels jedoch aus (Wetzel 2024a). In der Stichwahl setzte sich der CDU-Kandidat Horn mit 64,2 % deutlich gegen den Amtsinhaber Bausewein mit 35,8 % durch.

Bundestagswahl 2021

Bei der Bundestagswahl 2021 erhielt der SPD-Wahlkreiskandidat Carsten Schneider mit 24,4 % deutlich die meisten Erststimmen im Wahlkreis Erfurt – Weimar – Weimarer Land II. Seine Partei konnte in der Stadt Erfurt mit 24,2 % auch die meisten Zweitstimmen für sich gewinnen. Zweitstärkste Partei wurde die AfD mit 16,5 % der Stimmen und verzeichnete damit den größten Zuwachs von 10,1 Prozentpunkten gegenüber der Wahl 2017. Die CDU erlitt als drittplatzierte Partei mit 14,2 % einen enormen Stimmenverlust von 20 Prozentpunkten im Vergleich zur vorherigen Wahl, gefolgt von Die Linke mit 13,9 % im Jahr 2021 im Vergleich zu 19,6 % der Stimmenanteile im Jahr 2017 (-5,7 Prozentpunkte). Die Grünen erreichten 2021 12,5 % der Stimmen (2017: 7 %), die FDP erhielt 9,6 % der Stimmen (2017: 8,6 %). Die Wahlbeteiligung lag 2021 bei 76,2 % (thüringenweit 74,9 %), 2017 war sie mit 75,8 % nur unwesentlich geringer.

Europawahl 2024

Bei der Europawahl am 9. Juni 2024 lag die CDU in Erfurt mit 22 % knapp vor der AfD mit 20,6 %. Das BSW erreichte bei seiner ersten Europawahl 13,6 % der Stimmen. Die SPD erhielt 10,4 %, Die Linke 8,7 % und Die Grünen 8,4 % der Erfurter Stimmen (vgl. Abbildung 6). Die drei letztgenannten Parteien erlitten im Vergleich zur Europawahl 2019 Stimmverluste, die meisten mit 7,1 Prozentpunkten Die Linke, gefolgt von 6,4 Prozentpunkten die Grünen und 1,8 Prozentpunkten bei der SPD. Den größten Stimmenzuwachs erreichte die AfD mit 3,8 Prozentpunkten. Die CDU erhielt 2,3 Prozentpunkte mehr als noch 2019. Im Vergleich zur Europawahl 2014 verzeichneten insbesondere SPD (2014: 21,7 %) und Die Linke (2014: 24 %) in den letzten beiden Wahlen starke Verluste. Die AfD erreichte 2014 7,2 % der Stimmen. Die Wahlbeteiligung in Erfurt lag 2014 nur bei 48 %, 2019 stieg sie auf 60,7 % an und lag 2024 bei 63,1 %.

Die meisten Stimmen (ohne Berücksichtigung der Briefwahlen) erhielt die AfD in den Stadtteilen Schwerborn (48,6 %), Kühnhausen, (40 %), Mittelhausen (38,6 %), Töttelstädt (37,7 %) und Dittelstedt (37,3 %). Wie bei der Stadtratswahl erreichte die AfD die geringsten Stimmenanteile in den Innenstadtteilen Brühlervorstadt (16 %), Andreasvorstadt (16,8 %) und Löbervorstadt (16,8 %). Die rechtsextreme Kleinstpartei „Die Heimat“ (vormals NPD, vgl. Kapitel 4.1.2) erhielt in den meisten Stadtteilen maximal 0,3 % der Stimmen, lediglich Egstedt mit 0,4 %, Schwerborn mit 0,6 % und Hochstedt mit 0,7 % der Stimmen stellen hier eine Ausnahme dar.

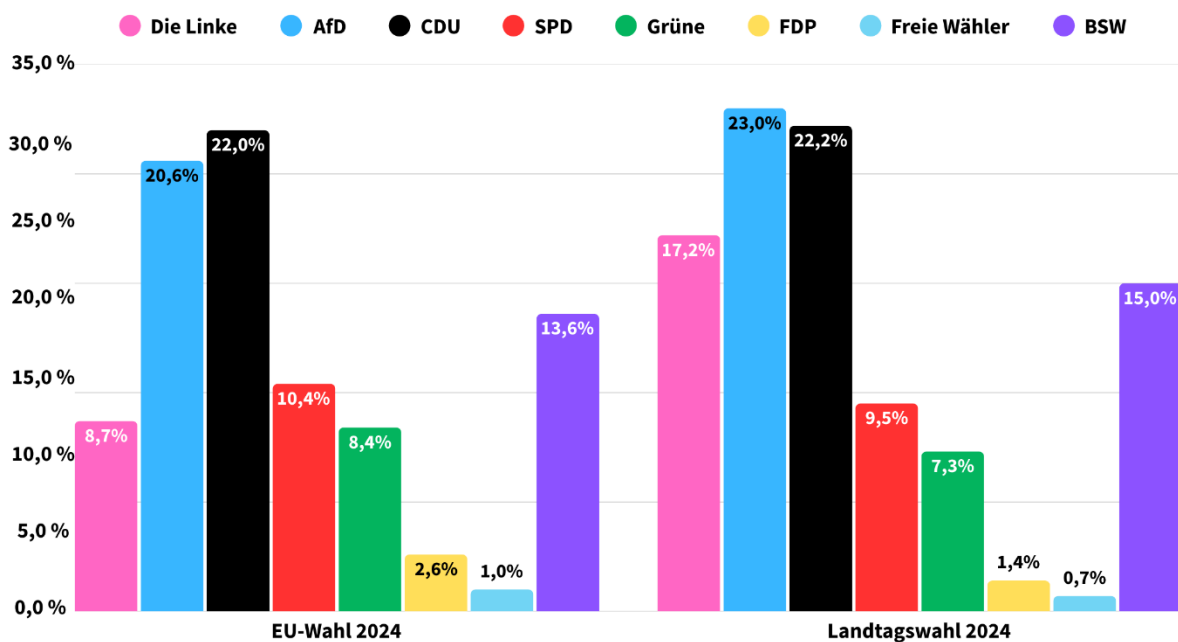


Abbildung 6: Erfurter Landesstimmenergebnisse der Europa- und Landtagswahlen in Thüringen 2024. Eigene Darstellung. Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik (2024d).

Landtagswahl 2024

Bei den Landtagswahlen 2024 lag die Wahlbeteiligung in Erfurt bei 75,2 % (thüringenweit: 73,6 %). Bereits in den letzten beiden Landtagswahlen lag die Wahlbeteiligung in der Landeshauptstadt leicht über dem thüringenweiten Durchschnitt (exemplarisch 2019: Erfurt 67,9 %, Thüringen: 64,9 %). Erfurt ist bei der Wahl des Landesparlaments in 4 Wahlkreise aufgeteilt (siehe 6). Während bei der letzten Landtagswahl Die Linke mit 34,1 % stadtweit die meisten Landesstimmen erreichte, wurde 2024 wie auch landesweit die AfD stärkste Partei. Sie erhielt 23 % der Landesstimmen (2019: 17,8 %) und lag damit knapp vor CDU mit 22,2 % (2019: 16,8 %), Die Linke (17,2 %) und BSW (15 %). Im Stadtergebnis erreichte die SPD 9,5 % (2019: 9,4 %), Die Grünen 7,3 % (2019: 9,7 %), die FDP 1,4 % (vgl. Abbildung 6 & 8).

Während 2019 Die Linke auch bei den Erststimmen als Wahlgewinnerin hervorging, konnte 2024 nur Bodo Ramelow mit 42,4 % im Wahlkreis Erfurt III das Direktmandat vor Dr. Wolfgang Weißkopf von der CDU (23,9 %) und Alexander Claus von der AfD (20 %) erlangen. 2019 hatten Die Linke-Direktkandidat*innen in allen Wahlkreisen der Stadt die meisten Stimmen erhalten. In der Landtagswahl 2024 erlangten die AfD-Kandidaten Sascha Schlösser und Marek Erfurth vor den CDU-Kandidat*innen Michael Hose und Kristina Nordt die Direktmandate in den Wahlkreisen Erfurt I und Erfurt IV. Karola Stange von Die Linke erreichte in Erfurt I mit 19,7 % den 3. Platz, Dr. Steffen Kachel von Die Linke in Erfurt IV mit 13,5 % den 4. Platz. Für Erfurt II zog der CDU-Kandidat Niklas Waßmann ins Thüringer Parlament ein. Mit nur geringem Abstand zueinander erlangten Corinna Herold von der AfD mit 23,7 % und Katja Maurer von Die Linke 23,3 % den 2. und 3. Platz im Wahlkreis.

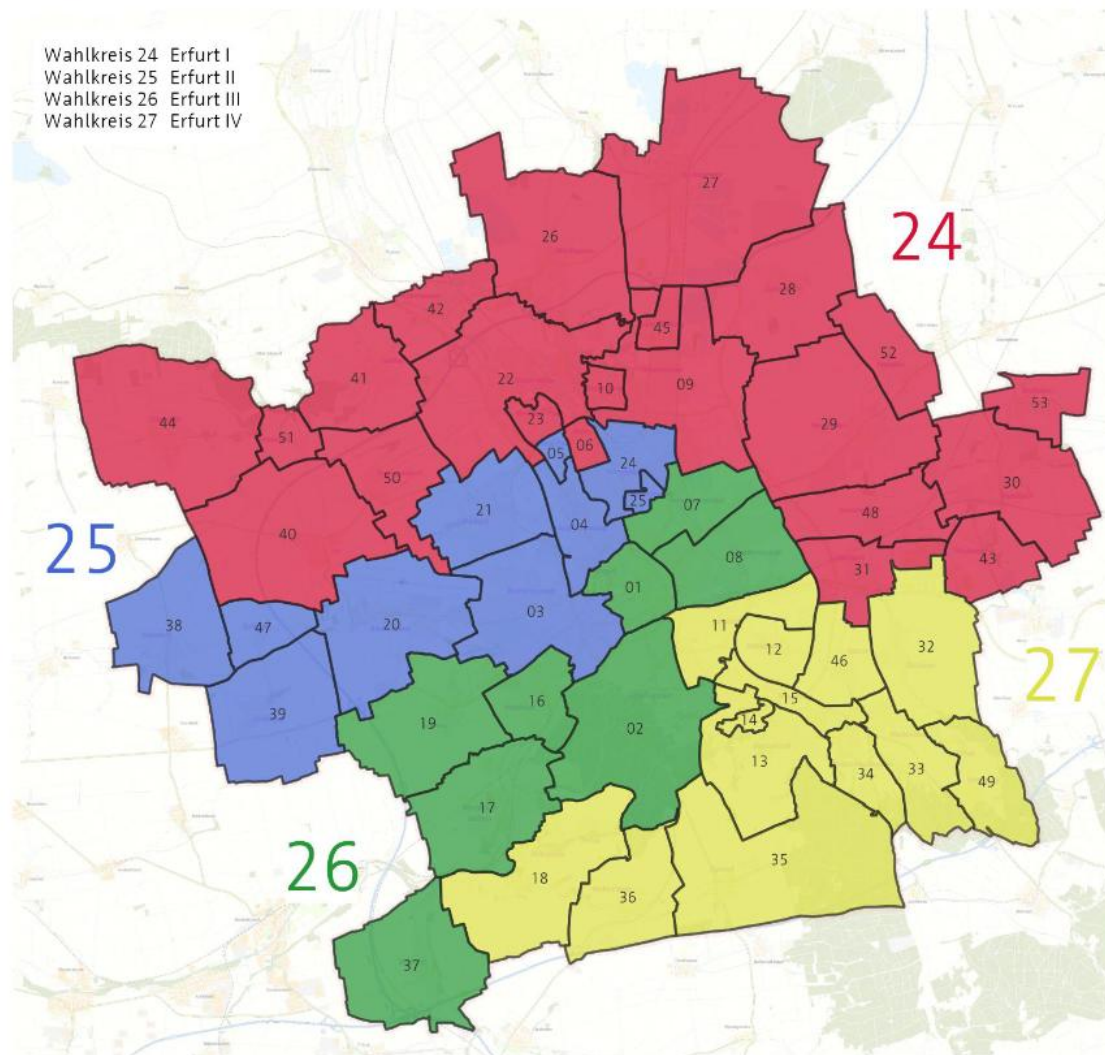


Abbildung 7: Landtagswahlkreise Erfurt 2024, Quelle: Landeshauptstadt Erfurt (2024e).

Die geringsten Stimmenanteile erhielt die AfD in den Innenstadtteilen (19,2 % in Löbervorstadt bis 23,6 % in Krämpfervorstadt), aber auch in einigen dörflichen Stadtteilen wie Linderbach (25,1 %) und Hochheim (25,4 %). Die meisten Stimmen erlangte die AfD in Schwerborn (44,2 %), Dittelstedt (42,7 %), Kühnhausen (42 %), Mittelhausen (41,2 %) und Töttelstädt (40,3 %). Auch in einigen Großwohnsiedlungen erhielt die Partei vergleichsweise hohe Stimmenanteile: Berliner Platz (36,1 %), Rieth (36,5 %), Roter Berg (37,8 %), Moskauer Platz (38,2 %), Herrenberg (40,1 %). Insgesamt bestätigen sich hier die AfD-Hochburgen, die bereits bei Stadtrats- und Europawahlen 2024 besonders hohe Stimmenanteile aufwiesen. Das Wahlverhalten in Erfurt zeigt somit eine hohe Varianz zwischen den einzelnen Stadtteilen. Insgesamt gehört Erfurt in Thüringen zu den Landkreisen/kreisfreien Städten mit stark unterdurchschnittlichen Ergebnissen für die rechtsextreme Partei (vgl. Kamuf und Helmert 2024b), in einzelnen Stadtteilen wird sie jedoch stark überdurchschnittlich gewählt und kann Personenwahlen für sich entscheiden.

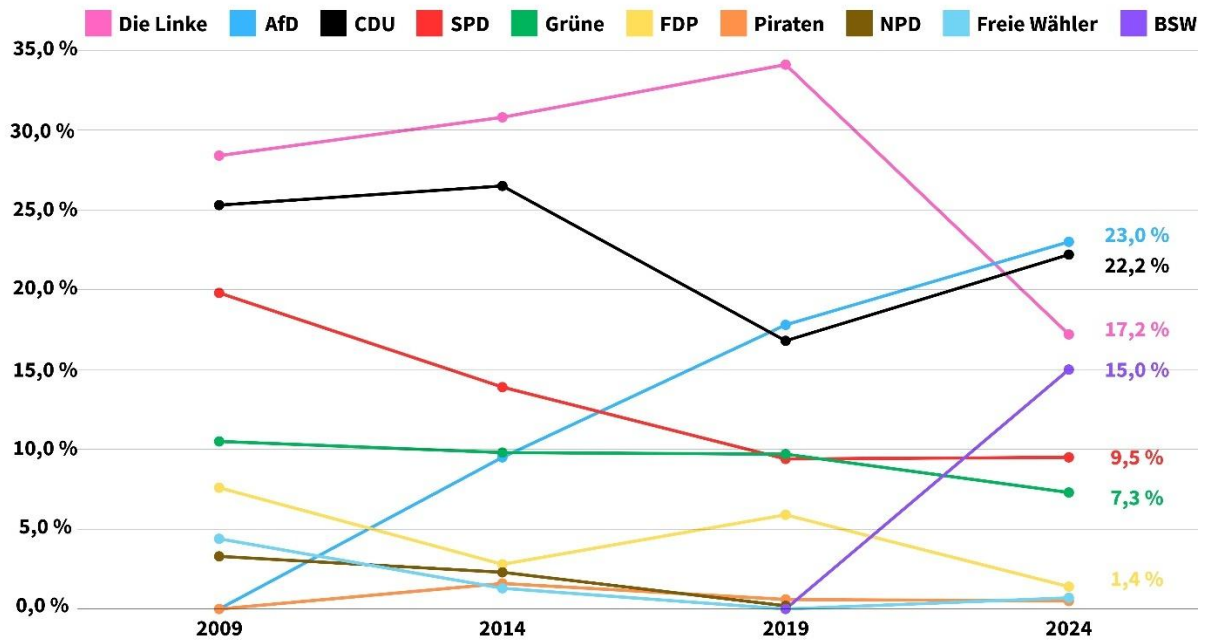


Abbildung 8: Stimmenanteile bei Landtagswahlen in Erfurt (Zeitverlauf 2009 bis 2024), eigene Darstellung. Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik (2024d).

4 Situation des Rechtsextremismus

Die Landeshauptstadt Erfurt ist bei einer Gesamtbetrachtung der rechtsextremen Szene Thüringens ein regionaler Schwerpunkt der extremen Rechten. Aus Kleinen Anfragen im Thüringer Landtag geht hervor, dass sich in Erfurt eine stabile rechtsextreme Szene gebildet hat, die eine Personenstärke mindestens „im unteren dreistelligen Bereich“ aufweist (vgl. Thüringer Landtag 2021, 2023a, 2023d). Dies deckt sich mit Zahlen zivilgesellschaftlicher Organisationen wie ezra und MOBIT. In keiner anderen kreisfreien Stadt bzw. in keinem anderen Landkreis Thüringens wurden laut ezra in den letzten Jahren so viele „rechtsmotivierte Angriffe“ erfasst wie in Erfurt (vgl. ezra 2024b). So kam es in den letzten Jahren zu mehreren rechtsextremen Übergriffen in der Stadt, die von einer großen Brutalität gekennzeichnet waren und deutschlandweit Aufsehen erregten. Dazu zählen bspw. die Attacke in einer Straßenbahn auf einen 17-jährigen Syrer 2021 (vgl. MDR Thüringen 2023b), der Angriff auf drei Männer aus Guinea 2020, wobei einer von ihnen schwer verletzt wurde (vgl. MDR Thüringen 2020) oder der Angriff auf junge Menschen vor der Thüringer Staatskanzlei ebenfalls 2020 (vgl. ezra 2020). Die Chronik der letzten Jahre von MOBIT stützt die Statistik von ezra (MOBIT 2021). Eine detaillierte Betrachtung der Falldokumentationen macht deutlich, dass die genannten Vorfälle nur die Spitze des Eisberges darstellen, wenn es um rechtsextreme Angriffe gegen Geflüchtete, Menschen mit Migrationshintergrund und prodemokratische Akteur*innen und Einrichtungen in Erfurt geht.

Die Situation des Rechtsextremismus wird im Folgenden über die Darstellung rechtsextremer Strukturen und Akteur*innen, ihrer Aktivitäten sowie anhand ihrer lokalen Verankerung aufgezeigt. Außerdem werden rechtsextreme Einstellungs- und Handlungsdimensionen und verbreitete Ungleichwertigkeitsideologien mit ihren öffentlichen Artikulationsformen beschrieben. Laut den interviewten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen haben Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Erfurt Kontinuität. Erscheinungsformen und Strukturen beider Phänomene seien wechselhaft und ständig in Bewegung, aber immer vorhanden. Teilweise konnten durch die eindringliche Intervention der Zivilgesellschaft, unterstützt vom Netzwerk der Partnerschaft für Demokratie (vgl. Kapitel 6) und in Verbindung mit städtischen Behörden rechtsextreme Strukturen zurückgedrängt, Immobilien der Rechtsextremen zurückgewonnen oder der Zuzug und die Etablierung rechtsextremer Akteur*innen in einzelnen Ortsteilen verhindert werden. Dennoch existieren die Personen hinter den (teilweise inzwischen schwachen oder aufgelösten) Strukturen weiter in Erfurt und entfalten ihre Aktivitäten immer wieder neu.

4.1 Formelle Strukturen

4.1.1 Alternative für Deutschland (AfD)

Die AfD wird von der lokalen Erfurter Zivilgesellschaft als die aktuell größte Herausforderung im Bereich rechtsextremer Bewegungen beschrieben. Wie überall in den ostdeutschen Bundesländern hat die AfD auch in Thüringen seit ihrer Gründung einen beachtlichen Aufstieg verzeichnet und konnte sich flächendeckend mit einem festen Wähler*innenpotenzial verankern (siehe Kapitel 3.4). Gegründet wurde die AfD 2013 als „euroskeptische und nationalkonservative“ Partei. Seitdem radikalisierte sie sich und rechtsextreme Tendenzen wurden dominanter (vgl. Arzheimer und Berning 2019). Dies gipfelte darin, dass die Partei inzwischen in Teilen (z. B. der Thüringer Landesverband) vom Verfassungsschutz als „erwiesen rechtsextremistische“ Bestrebung eingestuft wird (vgl. Haensel 2024).

Im Hinblick auf den Radikalisierungsprozess ist insbesondere der Landesverband Thüringen unter Björn Höcke von Bedeutung. Höcke fällt bereits seit Jahren mit völkischen, geschichtsrevisionistischen, antisemitischen und rassistischen Aussagen auf, z. B. als er 2015 am Institut für Staatspolitik von einem europäischen „Platzhaltertyp“ sprach, der den Lebensraum optimal nutzen würde – im Gegensatz zum afrikanischen „Ausbreitungstyp“ (vgl. Steiner und Michelsen 2021). Dies sind biologistisch-rassistische Aussagen, die als Element des völkischen Rassismus gelten (ebd.). Ebenfalls 2015 initiierte u. a. Höcke die „Erfurter Resolution“. Diese wendet sich gegen eine „Anpassung an den etablierten Politikbetrieb“ und setzt sich für eine Parteiprogrammatik des „Widerstands“ ein. Die Resolution gilt als Gründungsdokument des inzwischen aufgelösten „Flügel“, der sich 2015 eng um Höcke formierte (vgl. DER SPIEGEL 2020). Dieser wurde bereits 2020 vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ eingestuft (Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales 2022). Zeitweise galt der „Flügel“ als bedeutendster Personenzusammenschluss innerhalb der AfD und brachte so die Radikalisierung der Partei voran. 2021 wurde der gesamte Thüringer Landesverband als rechtsextrem eingestuft, was auch durch die Dominanz der „Flügel“-Strömung im Landesverband begründet ist (ebd.).

Die AfD ist in Erfurt im Kreisverband Mittelthüringen organisiert. Laut Interviewteilnehmer*innen habe die AfD ihren „Hauptwirkungsbereich“ in Erfurt und einen „umtriebigen Kreisverband“ (Interview 10). In Erfurt schaffte es die Partei in den letzten Jahren mehrfach, Menschen im niedrigen vierstelligen Bereich zu mobilisieren, zuletzt anlässlich ihrer Abschlusskundgebung für den Landtagswahlkampf am 31.08.2024 auf dem Domplatz mit Alice Weidel und Björn Höcke, an der laut Polizeiangaben 1.300 Menschen teilnahmen (MDR Thüringen 2024) – darunter militante Neonazis der Gruppe „Knockout51“ (vgl. democ 2024) und Personen mit dem T-Shirt-Aufdruck „Heimatschutz Thüringen“¹² (vgl. recherche-nord 2024;

¹² Bei diesem Aufdruck kann von einer bewussten Anspielung auf den „Thüringer Heimatschutz“ (THS) ausgegangen werden. Beim THS handelte es sich um „die mitgliederstärkste und militanteste Neonazigruppierung Ostdeutschlands.“ (Bundeszentrale für politische Bildung o. J. Er entstand 1996 unter diesem Namen und fungierte „als wichtige Schnittstelle zwischen der gewaltbereiten Neonazi-Szene und der NPD.“ Unter anderem waren die zentralen Protagonist*innen des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) Mitglieder im THS (ebd.)

Beck 2024). Gegen den Wahlkampfabschluss der AfD protestierten 2.500 bis 3.000 Menschen (vgl. MDR Thüringen 2024). Auch rund ein Jahr zuvor hatte die AfD am 28.10.2023 etwa 1.000 Menschen auf dem Domplatz versammelt, um gegen die Politik der Bundesregierung – insbesondere die Migrationspolitik – zu demonstrieren (vgl. MDR Thüringen 2023c). Die Demonstration startete vor der Staatskanzlei und wurde von den Vorsitzenden der ostdeutschen Landesverbände angeführt, auf die die Jugendorganisation „Junge Alternative“ folgte (vgl. Tagesschau 2023). Auch diese Demonstration wurde von Gegenprotest begleitet, wobei laut Polizei rund 4.000 Menschen dem Aufruf des „Auf die Plätze“-Bündnis und der „Seebrücke“ gefolgt waren (vgl. MDR Thüringen 2023c). Im Zuge des sogenannten „Heißen Herbst“ 2022 marschierte die AfD in Thüringen Seite an Seite mit Rechtsextremen wie Christian Klar, Lutz Bachmann von der „Pegida“-Bewegung oder Martin Kohlmann von den Freien Sachsen (vgl. Wierzioch 2022). Unter dem Motto „Heißer Herbst! Zuerst unser Land! Leben muss bezahlbar sein!“ mobilisierte die AfD Thüringen für einen Demonstrationzug am 21.09.2022 in Erfurt (AfD Thüringen 2022), an dem letztlich 1.400 bis 1.500 Menschen teilnahmen (vgl. Thüringer Landtag 2023c). Eine nähere Einordnung dieses Demonstrationsgeschehens, das Verbindungen mit dem populistisch-heterogenen Protestmilieu der sogenannten Montagsdemonstrationen aufweist (vgl. Koch et al. 2023b), findet in Kapitel 4.4.1 statt.

Besonders im Vorfeld des Wahlkampfes für die Kommunal- und Europawahlen 2024, aber auch im Zuge der Landtagswahlen 2024, entfaltete die Partei eine große Dichte an öffentlichen Auftritten in Erfurt:

„Schaut euch nur an, was im Rahmen des Wahlkampfes an Infoveranstaltungen, Großkundgebungen, Familienfesten, Bürgerdialogen stattfindet. Das übertrumpft quasi jede andere Anzahl von Veranstaltungen, die im Laufe des Wahlkampfes von demokratischen Parteien durchgeführt werden.“ (Interview 10)

Wie bereits im Kapitel 3.4 dargestellt, ging die AfD mit starken Gewinnen aus Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen in Erfurt hervor. Als Erfurter Oberbürgermeister-Kandidaten stellte die Partei den Landtagsabgeordneten und Landessprecher der Partei, Stefan Möller, auf. Dieser kam auf den dritten Platz. Um die Zulassung Möllers gab es im Vorfeld der Wahlen 2024 breite Diskussionen. Kurz vor der Entscheidung der Zulassung aller OB-Kandidat*innen verfasste das Bündnis „Auf die Plätze“ einen mehrseitigen Brief mit zahlreichen Anlagen an den Erfurter Wahlleiter (vgl. Thüringer Allgemeine 2024a). In diesem wurde unter Bezugnahme auf § 24 des Thüringer Kommunalwahlgesetzes die Eignung Möllers für das Amt des Oberbürgermeisters in Zweifel gezogen. Der Paragraph besagt, dass nicht gewählt werden könne, wer nicht „Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Landesverfassung eintritt“ (vgl. Stelle 2024a). Möller sei hingegen Mitglied im als rechtsextrem eingestuften Landesverband der AfD Thüringen und zudem Erstunterzeichner der „Erfurter Resolution“, die später den „Flügel“ der AfD begründete und schließlich dem Verfassungsschutz Anlass zur Beobachtung der AfD gab, so die Verfasser*innen des Briefes. Unterstützt wurde das „Auf die Plätze“-Bündnis von einem weiteren Schreiben der „Omas gegen Rechts“. Der Erfurter Wahlleiter empfahl dem Wahlausschuss auf Grundlage von Einschätzungen des Thüringer Innenministeriums und des Landesamtes für Verfassungsschutz die Annahme des Wahlvorschlages (vgl. Stelle 2024a). Daraufhin ließ der Wahlausschuss Möller am 23. April 2024 mit drei zu zwei Stimmen zur Wahl zu (ebd.) Die Zulassung zur Wahl stieß bei verschiedenen Akteur*innen aus dem demokratischen Spektrum auf Unverständnis (Stelle 2024b).

Bereits im Vorfeld der Kommunalwahlen wurde eine erstarkende AfD als große Herausforderung für die lokale Zivilgesellschaft und Demokratie beschrieben. So berichteten Interviewte u. a. über die Sorge einer erstarkenden AfD im Stadtrat. Die AfD-Stadtratsfraktion habe die Arbeit der demokratischen Fraktionen und ihre Entscheidungen wie die Finanzierung von Projekten bereits in der letzten Legislaturperiode permanent infrage gestellt. Besondere Sorge äußerten die Befragten hinsichtlich der Finanzierung von Projekten (Interview 1 & 2). Die Positionen der AfD hinsichtlich Antidiskriminierungsarbeit oder Migrationsberatung wurden auch im diesjährigen Wahlkampf deutlich, bei dem Kandidat*innen der Partei gegen Erfurter Projekte agitierten (Interview 9). Gleichzeitig berichteten Befragte von einem Verhalten der AfD, das sehr von den anderen Fraktionen abweiche und Auftritten der AfD im Stadtrat, bei denen diese immer wieder kommunalfremden Themen angesprochen habe, um sich zu inszenieren:

„Die AfD kommt jedes Mal mit mehr Equipment gefühlt, um ihre eigenen Abgeordneten zu filmen und hinterher diese Reden auch in den sozialen Medien zu verbreiten. Was dazu führt, dass wir von ihnen auch Reden hören, die teilweise nichts mit Kommunalpolitik zu tun haben, weil es einfach nicht um kommunale Entscheidungsrahmen geht, aber die einfach populistisch sind und dann hinterher in den Medien, also in den sozialen Netzwerken, gut vermarktet werden können in Führungszeichen, um ja sozusagen so eine rechtsextreme Stimmung weiter anzuheizen.“ (Interview 3)

Dass die AfD hierbei nicht auf die Herausforderungen der Stadt Erfurt eingehe, komme nur ungenügend bei den Bürger*innen an bzw. interessiere diese kaum. Dies ist ein thüringenweit zu beobachtendes Phänomen, welches dem Erfolg der Partei nicht entgegensteht.

In einem Interview wurde deutlich, dass die AfD in Erfurt gut vernetzt ist. Zu ihren bevorzugten und regelmäßigen Treffpunkten gehöre der Braukeller am Fischmarkt (vgl. MOBIT 2020). Ihre Wahlparty zur Landtagswahl 2024 feierte die AfD im „Hopfenberg“ in Erfurt unter Abschluss von Medienvertreter*innen (vgl. Mudra 2024).

Junge Alternative (JA)

Der Jungen Alternative (JA), der Jugendorganisation der AfD, wird laut Befragten ebenfalls eine tragende Rolle im Kontext rechtsextremer Strukturen in Erfurt beigemessen (Fokusgruppe). 2024 wurde neben der Landespartei auch die JA Thüringen vom Verfassungsschutz als „erwiesen rechtsextremistisch“ eingestuft (vgl. Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales 2024a). Verfassungsschutz, aber auch zivilgesellschaftliche Beobachter*innen attestieren der JA eine inhaltliche Nähe zu Björn Höcke, „moderatere“ Positionen seien in der Jugendorganisation der AfD sukzessive marginalisiert worden (vgl. ZDF heute 2024).

Mit Vivien Rottstedt und Alexander Töpfer sitzen zwei Mitglieder der JA im Stadtrat und im Jugendhilfeausschuss der Stadt Erfurt (vgl. Hemkentokrax 2024b, Landeshauptstadt Erfurt 2024g). Alexander Töpfer zeigte in den sozialen Medien Zustimmung zu einigen Beiträgen der rechtsextremistischen Gruppierung „Kontrakultur“ aus Erfurt und kommentierte eine Banneraktion der Gruppe nach dem terroristischen Anschlag in Solingen, den Flughafen Erfurt-Weimar in „Remigrationsflughafen“ umzubenennen, mit „Starke Aktion“ (Kontrakultur Erfurt 2024).

4.1.2 „Die Heimat“ (früher Nationaldemokratische Partei Deutschlands - NPD)

2023 hat sich die Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD) in „Die Heimat“ umbenannt (Bundesministerium des Inneren und für Heimat 2024). Die Partei wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz in Gänze als „gesichert rechtsextremistisch“ (vgl. Bundesministerium des Inneren und für Heimat 2024) und vom Bundesverfassungsgericht als dezidiert verfassungsfeindlich eingeordnet (vgl. Bundesverfassungsgericht 17.01.2017, 23.01.2024). Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Januar 2024 bezieht sich konkret darauf, dass die Partei für die Dauer von sechs Jahren von der staatlichen Finanzierung ausgeschlossen ist (vgl. Bundesverfassungsgericht 23.01.2024). Zwar befindet sich „Die Heimat“ spätestens seit dem Bedeutungszuwachs der AfD in einer Phase der personellen und elektoralen Marginalisierung, allerdings ist die Partei nicht völlig in der Bedeutungslosigkeit versunken. In einzelnen Thüringer Landkreisen konnte sie Sitze bei den Kreistagswahlen 2024 erringen (vgl. Kamuf und Helmert 2024a).

In Erfurt erlangte die Partei in der jüngeren Vergangenheit jedoch keine Bedeutung. So konnte sie bei der Europawahl 2024 in Erfurt nur 0,1 % der Stimmen auf sich vereinen (Thüringer Landesamt für Statistik 2024d). Bis 2019 war die Partei im Stadtrat Erfurt mit einem Mandat vertreten. Von 2009 bis 2014 hatte Frank Schwerdt, damals NPD-Landesvorsitzender in Thüringen und stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei mit Kontakten zum NSU, das Mandat im Stadtparlament (Endstation Rechts 2016). Parallel zum elektoralen Bedeutungsverlust der Partei kam es zu persönlichen Konflikten und Übergängen in andere rechtsextreme Strukturen (siehe Kapitel 4.1.3 und 4.1.4).

4.1.3 Der „III. Weg“

Der „III. Weg“ ist eine 2013 in Heidelberg gegründete rechtsextreme Kleinstpartei. Sie begreift sich als radikale Alternative zu „Die Heimat“ und orientiert sich stark an einer völkisch-nationalistischen Ideologie (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2021a).

Mit dem Eintritt der bereits langjährig in Thüringen aktiven Neonazis Enrico Biczysko und Michel Fischer, die zeitweise in anderen rechtsextremen Strukturen organisiert waren, nahmen die Aktivitäten des „III. Weg“ ab 2018 in Erfurt zu (vgl. Budler 2019). Dabei nutzte die Partei die seit 2015 vom Verein „Volksgemeinschaft Erfurt e. V.“ angemieteten Räume im Erfurter Ortsteil Herrenberg in der Stielerstraße 1 (vgl. Kapitel 4.4.1). Zwar wird die Parteistruktur inzwischen als zerfallend beschrieben, zumal Akteur*innen aus der Partei austraten und die „Neue Stärke Partei“ gründeten (vgl. Kapitel 4.1.4), allerdings stellen einzelne Akteur*innen weiterhin eine Gefahr für die Menschen vor Ort dar, zum Beispiel im Erfurter Norden (vgl. MOBIT 2022b). Einzelne Mitglieder traten immer wieder mit Gewaltstraßen in Erscheinung (vgl. Thüringer Landtag 2019).

Einen aktuellen Erfolg konnte der „III. Weg“ bei der Kommunalwahl 2024 in Erfurt erreichen (vgl. Kapitel 3.4): Nick Schwiderski konnte 2024 einen Sitz im Ortsteilrat Wiesenhügel für den „III. Weg“ erlangen (vgl. Landeshauptstadt Erfurt 2024d, S. 3). Ebenso wurde in einem Interview von anhaltenden Mobilisierungserfolgen des „III. Wegs“, gerade bei jungen Jugendlichen berichtet (Fokusgruppe).

4.1.4 „Neue Stärke Partei“ (NSP)

Die „Neue Stärke Partei“ (NSP) ist eine rechtsextreme Kleinstpartei, die 2020 aus dem bereits seit 2015 existierenden Verein „Volksgemeinschaft Erfurt e. V.“ hervorging (vgl. Thüringer Landtag 2023e). Weiterhin führte eine Abspaltung aus dem „III. Weg“ zur Gründung des Vereins und später zur Parteigründung (vgl. MOBIT 2022b). Auch wenn die Partei ihre Bundesgeschäftsstelle im Erfurter Süden kurz nach der Eröffnung wieder schließen musste, konnte die Partei, die gut vernetzt in verschiedene neonazistische Kreise ist, bis 2023 zahlreiche Aktivitäten in Erfurt entfalten (vgl. Hemmerling 2023). Zu einem Mobilisierungshoch kam es 2021, als zu einer Demonstration nach Erfurt 300 Neonazis anreisten (vgl. MOBIT 2022a). Mitglieder des Vereins waren bereits beim „III. Weg“, in der ehemaligen NPD oder bei „Die Rechte“ aktiv (vgl. Thüringer Landtag 2023e) und pflegen teilweise gute Kontakte in diese Strukturen (z. B. Enrico Biczysko, vgl. dazu Maneman 2022). Die NSP löste den Landesverband Thüringen am 27. November 2023 offiziell auf (vgl. Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales 2024b).

4.2 Informelle Strukturen und aktuelle Entwicklungen

Neben den formellen Strukturen und Räumen (vgl. Kapitel 4.4), die teilweise durch die starken Bemühungen der Zivilgesellschaft in Zusammenarbeit mit der Stadt zurückgedrängt werden konnten (vgl. Kapitel 6.42), unternehmen die Akteur*innen rechtsextremer Strukturen immer wieder Etablierungsversuche in verschiedenen Ortsteilen. Davon berichteten zahlreiche Interviewteilnehmer*innen: „All das [die Immobilien] an sich existiert nicht mehr, aber die Akteur*innen sind natürlich trotzdem noch da.“ (Interview 10). Insgesamt wird die Szene der extremen Rechten als „ständig in Bewegung“ (ebd.) beschrieben. Dies wird auch durch die Beobachtung deutlich, wie häufig Rechtsextreme die Strukturen in Erfurt gewechselt oder neue aufgebaut haben. Dabei kommt es auch vor, dass einzelne Strukturen, wie derzeit der „III. Weg“ oder „Die Heimat“, an Bedeutung verlieren. Dennoch gibt es einige informelle Strukturen, die besonders kondensiert mit Aktionen in Erscheinung treten. Diese werden hier kurz vorgestellt.¹³

4.2.1 Rechtsextreme Jugendkultur

Rechtsextremen Akteur*innen ist es in Erfurt immer wieder gelungen, Einfluss auf Jugendliche und junge Erwachsene zu nehmen und diese für ihre Ideologie zu gewinnen bzw. für die rechtsextreme Bewegung zu rekrutieren.

„Es gibt natürlich Zentren, wo man das Gefühl hat, Rechte gehen aktiv auf Jugendstrukturen zu und versuchen Leute abzugreifen und für sich zu gewinnen.“ (Fokusgruppe)

Dies geschah beispielsweise durch Angebote für Kinder und Jugendliche im damaligen sogenannten „Nationalrevolutionären Zentrum“ (siehe Kapitel 4.4.1).

¹³ Eine umfangreiche Übersicht über die Erfurter Neonaziszene bietet das Sondervotum der Abgeordneten Katharina König-Preuss, Sascha Bilay und Christian Schaft zum Untersuchungsausschuss 7/3 des Thüringer Landtages (König-Preuss et al. 2024).

„Auf jeden Fall bekannte Akteur*innen der Szene haben das betrieben und haben dort auch Jugendarbeit gemacht und haben dort glaube ich, auch dann eine Lücke gefunden, insbesondere mit Sportangeboten. Also Kampfsport haben sie da angeboten, aber auch Hausaufgabenhilfe, Nachhilfe, Kinderbetreuung. Da wurden dann Familienfeste angeboten, für deutsche Familien natürlich. Und haben da so eine Lücke gefunden in dem, was es teilweise in diesem Stadtteil schon gibt oder nicht gibt. Ich glaube, das war dann viel, auch eben dieses Sportangebot, was da gezogen hat. Und teilweise haben sie natürlich dann auch dort einfach den Raum gehabt, das zu gestalten, konnten sich anders einrichten, ausstatten jetzt im Vergleich zu den städtischen Jugendeinrichtungen beispielsweise. Und das hat einfach gezogen, hat einfach viele Jugendliche dort auch hingebraht.“ (Interview 2)

Doch auch aktuell berichteten Befragte von den Bemühungen, gezielt Kinder und Jugendliche anzuwerben (Fokusgruppe). Eine dieser Gruppen, die vor allem aus jungen Männern besteht, ist „Kontrakultur“ Erfurt (vgl. Thüringer Landtag 2023b). Diese fungiert als Ableger der Identitären Bewegung und weist personelle Überschneidungen zu der militanten rechtsextremen Kampfsportgruppe „Knockout 51“ aus Eisenach auf (vgl. Hemkentokrax 2024a). Organisiert ist hier besonders ein Personenkreis an jungen Leuten, der mutmaßlich u. a. durch den „III. Weg“ und die NSP mobilisiert werden konnte.

„Sie sind eher mit spontanen, kurzfristigen, vermeintlich öffentlichkeitswirksamen Aktionen engagiert. Die standen aber auch schon mit einem Banner bei den Falken vor dem Büro und haben dort quasi eine indirekte Bedrohung ausgesprochen. Es versammelt sich da gerade eine sehr junge Szene. Da sind auch einige sehr jung und unbekannte Akteur*innen.“ (Interview 10)

In Erscheinung tritt die Gruppe vor allem auf der Plattform Instagram, auf der sie ihre thüringenweiten Aktionen dokumentiert. Immer wieder gibt es Bedrohungen durch „Kontrakultur“, indem diese z. B. Demonstrationen prodemokratischer Akteur*innen beobachten oder dort auftauchen. Überschneidungen von Mitgliedern von „Kontrakultur“ gab es auch zur inzwischen aufgelösten Gruppe „Kollektiv 56“ (vgl. König-Preuss et al. 2024, S. 89). Aktivist*innen vom „Kollektiv 56“ waren in der Vergangenheit an mehreren gewaltsamen Überfällen beteiligt (vgl. ebd., k56 aufdecken 2021). Bedeutender Protagonist von „Kontrakultur Erfurt“ ist Kevin N., gegen den wegen seiner Aktivitäten bei „Knockout 51“ Anklage erhoben wurde (vgl. König-Preuss et al. 2024; Budler 2024). N. gilt als Verbindung zu zahlreichen rechtsextremen Strukturen, u. a. zu „Jungsturm“ und zur „Identitären Bewegung“ (vgl. Hemkentokrax 2024a; König-Preuss et al. 2024). Die Netzwerke seien besonders gefährlich, da ihre Verbindungen ins militante bis ins terroristische Milieu reichen würden (ebd.).

„Jungsturm“ ist eine Hooligan-Gruppierung aus dem Umfeld des FC Rot-Weiß Erfurt (vgl. König-Preuss et al. 2024; EXIF 2021). Mitglieder der Gruppierung wurden 2021 am Landgericht Gera schuldig gesprochen, mehrere Überfälle auf gegnerische Fans des FC Carl-Zeiss Jena durchgeführt zu haben (ebd.). Außerdem sah es das Gericht als erwiesen an, dass es sich beim „Jungsturm“ um eine kriminelle Vereinigung handele (ebd.). Recherchen zeigen, dass auch der bekannte Neonazi-Kader Michel Fischer im Vorfeld der Gründung der Gruppe aktiv war, ebenso war Kevin N. Teil der Gruppierung (ebd.). Fischer war später zusammen mit Enrico Biczysko Wegbereiter der NSP und bis 2022 dessen Vorsitzender (vgl. Budler 2022). Auch wenn es seit den Verurteilungen wenig öffentliche Berichterstattung zu der Gruppierung gab, ist laut einer interviewten Person zu konstatieren, dass „Jungsturm“

„[...] trotz allem immer noch existiert. Vielleicht weniger offensiv, als man das vor einigen Tagen und Haftstrafen wahrgenommen hat. Bestes Beispiel für die Kontinuität in deren Handeln sind die Bilder vom letzten Derby in Jena. Da waren sie quasi nicht nur alleine am Start, sondern hatten dann auch sogar die Unterstützung aus Sofia noch dabei. Das ist eine langjährige Freundschaft von extrem rechten Hooligans.“ (Interview 10)

Charakteristisch sei, dass dieselben Personen in unterschiedlichen Gruppen und Kontexten immer wieder durch Gewaltbereitschaft und rechtsextrem motivierte Straftaten in Erscheinung treten (Interview 10).

4.2.2 Proteste gegen den Moscheebau in Marbach

Bereits seit der Ankündigung 2016, im Erfurter Ortsteil Marbach eine Moschee zu bauen, gibt es anhaltende Proteste gegen den Bau. Anfang 2024 konnte der Bau nach einigen Verzögerungen weitestgehend fertiggestellt werden (vgl. Kulling 2024), doch offiziell eröffnet ist die Moschee weiterhin nicht (vgl. Wassermann 2024). Immer wieder kam es in den letzten Jahren zu verschiedenen Aktionsformen von Gruppen wie dem islamfeindlichen Bündnis „Erfurt zeigt Gesicht“ (vgl. Thüringen24 2018). Dieses Bündnis beteiligte sich auch bei Großdemonstrationen der extremen Rechten in Erfurt (vgl. Wierzioch 2022). Gleichzeitig gibt es Verbindungen zwischen den Akteur*innen der Proteste gegen die Moschee zum populistisch-heterogenen Protestmilieu (vgl. Kapitel 4.3) und zur AfD, wie auch aus dem YouTube-Kanal des Bündnisses hervorgeht (vgl. Erfurt zeigt Gesicht 2024).

„Da gab es noch nie wirklich die Berührungsgänge auch in Erfurt. Die haben wir dann auch immer mal bei den Pandemielegnern in Protesten gesehen. Ich weiß nicht, ob die jetzt noch dabei sind. Das ist zumindest eine Struktur, die sich nie formal gegründet und aufgelöst hat.“ (Interview 10)

Insgesamt kam es zu zahlreichen Gegenprotesten, etwa „Bürgergottesdiensten“, Petitionen, Kundgebungen und Demonstrationen, aber auch Bedrohungen gegen den geplanten Moscheebau (vgl. Thüringen24 2018; Frömmert 2016; Deutsche Welle 2024). Auch der anhaltende Krieg in Nahost trug zur Verstärkung des antimuslimischen Rassismus und der damit einhergehenden Unsicherheit und Bedrohungslage für den Bau bei (vgl. Kulling 2024).

„Das hat ‚Erfurt zeigt Gesicht!‘ gemeinsam mit ‚Ein Prozent‘ gemacht. ‚Ein Prozent‘ hatte sich Unterstützung aus dem Zusammenhang der Identitären Bewegung geholt. Da sieht man dieses ganze sogenannte Vorfeld der Neuen Rechten, wo sich die AfD aber auch in Form von Unterstützung und Personal bedient. Das liegt offen zu Tage und war damals auch schon der Punkt, wo man hätte hingucken können.“ (Interview 10)

An den Protesten gegen den Moscheebau wird deutlich, wie vernetzt die unterschiedlichen Strukturen der rechtsextremen Akteur*innen in Erfurt sind.

4.3 Populistisch-heterogenes Protestmilieu der „Montagsdemonstrationen“

Seit Beginn der Corona-Pandemie finden auch in der Landeshauptstadt Erfurt Demonstrationen statt, die sich unter dem Namen „Montagsdemonstrationen“ in eine bundesweite Protestbewegung einreihen. Die Proteste richteten sich zunächst gegen die Regierungsmaßnahmen zur Einschränkung der Corona-Pandemie. Später fanden die Kundgebungen und Demonstrationen themenoffen statt, z. B. gegen die Waffenlieferungen an die Ukraine im Zuge des russischen Angriffskrieges, gegen die Energie- und Migrationspolitik der Bundesregierung oder im August 2024 gegen das Compact-Verbot (Montagsspaziergang Erfurt 2024).

Bereits im Mai 2020 kam es zu mehreren „Hygiene-Spaziergängen“, die u. a. von der rechtsextremen und islamfeindlichen Initiative „Erfurt zeigt Gesicht“ veranstaltet wurden und an denen Neonazis wie Enrico Biczysko teilnahmen (vgl. MOBIT 2021). Auch die Gruppierungen „Patriotischer Widerstand“, „Querdenken 361“ oder „Studenten stehen auf“ riefen seit 2020 regelmäßig zu Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen auf (ebd.). Dabei schafften es die Demonstrationen und Kundgebungen regelmäßig, Hunderte Teilnehmende zu mobilisieren. Am 23.01.2021 kam es erstmals zu einer Kundgebung mit über 1.000 Teilnehmenden in Erfurt, bei der der sogenannte „Volkslehrer“ Nikolai Nerling anwesend war und die Veranstaltung live streamte (ebd.). Immer wieder waren bei den Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen auch AfD-Mitglieder dabei, wie am 01.06.2021 vor dem Bildungsministerium in Erfurt. An diesem Tag demonstrierten AfD-Landtagsabgeordnete neben Neonazis der NSP gegen die Corona-Maßnahmen (ebd.). Auch im Januar 2022 kam es zu einem Protest mit 1.500 Teilnehmenden gegen die Corona-Maßnahmen (vgl. Zeit online 2022). Dabei wurde auch in Telegram-Kanälen von „Freies Thüringen“ oder „Erfurt zeigt Gesicht!“ aufgerufen (vgl. Debes 2022).

Schlüsselakteur*innen in der Organisation und regelmäßiger Anmelder*innen der Montags-

Demonstrationen in Erfurt waren und sind regelmäßig Akteur*innen aus dem rechtsextremen Milieu, Pandemieleugner*innen und Verschwörungstheoretiker*innen. Auch wenn nicht alle der in Erfurt durchgeführten „Montagsspaziergänge“ als explizit rechtsextreme Demonstrationen oder Kundgebungen gewertet werden können, weisen sie durchaus Verschränkungen zur rechtsextremen Szene auf. In der Vergangenheit fielen Anmelder*innen wie Gitta Kritzmöller auf, die im Rahmen den „Heißen Herbstes“ am 12. November 2022 eine Kundgebung in Erfurt anmeldete, bei der der Geraer Rechtsextremist Christian Klar Mitorganisator war und Redebeiträge von Pegida und „Freie Sachsen“ zu hören waren (vgl. Wierzioch 2022). Dies zeigt die thematische Öffnung des Protestmilieus:

„Also wofür und wogegen die demonstrieren, ist ein buntes Potpourri, aber dort ist der Kern, der übriggeblieben ist. Besonders um die Frau Gitta Kritzmöller, die auch weiterhin fast jeden Donnerstag eine Schilderaktion machen. Da geht es zum Beispiel gegen die NATO und für Frieden und gegen die Globalisierung.“ (Interview 10)

Gitta Kritzmöller ist eine bekannte Rechtsextreme, nahm schon an Netzwerktreffen der damaligen NPD in Eisenach teil und wurde deswegen 2023 ihres Amtes als ehrenamtliche

Schöffin enthoben (vgl. Lenz und Wurster 2024; Wierzioch 2023). Auch sogenannte „Reichsbürger*innen“ (vgl. MOBIT 2023) waren an den Pandemie-Leugnungs-Protesten beteiligt, u. a. ein Erfurter Unternehmer.

„Der Mann ist nicht nur Reichsbürger an sich, sondern war auch in vielfältiger Art und Weise bei all den Protesten rund um Pandemieleugnung und dem, was dann folgte, anwesend. Proteste, die sich wie ein Teppich zu jeweiligen thematischen Angeboten wie über Klimakrise, Energiekrise, Inflation, Kriege, Tattoos etc. ausgerollt haben.“ (Interview 10)

An den Montagsdemonstrationen wird deutlich, wie wenig Abgrenzung zwischen den einzelnen Strukturen – rechtsextremen Kleinstparteien, Montagsspaziergänger*innen, AfD und anderen Strukturen wie „Reichsbürger*innen“ – besteht.

In Bezug auf die Strukturen und Aktivitäten der „Reichsbürger*innen“ in Erfurt ist weniger bekannt als in anderen Regionen Thüringens und Deutschlands, obwohl verhältnismäßig viele Menschen der Szene zugerechnet werden (vgl. Süddeutsche Zeitung 2023). Die Aktivitäten eines Erfurters, der der „Reichsbürger“-Szene zugeordnet wird, wurden jedoch Anfang 2024 öffentlich. Er wurde wegen der mutmaßlichen Bildung einer kriminellen Vereinigung festgenommen (vgl. Süddeutsche Zeitung 2024). Nur in einem der für die vorliegende Studie geführten Interviews wurden „Reichsbürger*innen“ explizit angesprochen:

„Bei Reichsbürgern findet man immer mal Versatzstücke. Es gibt sie auch hier. Das fällt vor allen Dingen [am] Beispiel um Nordstrand auf. Da gibt es die eine oder andere Adresse, wo auch mal was vom Königreich Deutschland steht oder vom Deutschen Reich. Oder es gibt die eine oder andere Flagge. Das sind aber eher partielle Stücke und keine eigene Gruppe oder Wahlkommission.“ (Interview 10)

4.4 Rechtsextreme Räume und Raumnahme

Räume der extremen Rechten und deren Versuche, sich Räume zu nehmen, finden überall in Erfurt statt. Besonders der Erfurter Südosten galt bis 2020 durch die „Kammwegklausen“ und das sogenannte „Nationalrevolutionäre Zentrum“ (vgl. Kapitel 4.4.1) als Hotspot rechtsextremer Aktivitäten. Die Präsenz der Rechtsextremen im Stadtteil habe vermehrt zu Übergriffen auf Menschen mit Migrationshintergrund und Projekte und Personen geführt, die sich gegen die rechtsextremen Strukturen einsetzten. Betroffene aus den jeweiligen Stadtteilen berichteten von verschiedenen Arten der Angriffe, während die rechtsextremen Immobilien im Südosten bestanden. (Interview 1). Gleichzeitig kam und komme es immer noch zu Stickern und Graffiti, die eine Präsenz der extremen Rechten sichtbar werden ließen. Auch wenn gewaltvolle Übergriffe abgenommen hätten, sei diese Form der Raumnahme weit verbreitet:

„Man sieht noch viele Graffiti, Sticker, jetzt seit neuestem ist auch wieder viel Nazi-Kiez und so weiter gesprüht worden.“ (Interview 2)

Dabei ist nicht nur der Erfurter Südosten rechtsextremer Raumnahme ausgesetzt. Auch im Norden der Stadt kam es in der Vergangenheit zu Etablierungsversuchen der extremen Rechten (vgl. Kapitel 4.4.1). Befragte wiesen darauf hin, dass rechtsextreme Aktivitäten und der

Versuch der Raumnahme und Einschüchterung von „Feindbildern“ überall in Erfurt stattfinden und sich nicht nur auf einzelne Ortsteile begrenzen ließe. Wachsamkeit und Beobachtung seien unablässig notwendig, um neueste Entwicklungen mitzubekommen:

„[...] weil man muss immer gucken, wo ziehen die Leute hin. Kriegen sie es hin, eine Immobilie für ein Vereinsheim an Land zu ziehen. Das muss man irgendwie versuchen zu verhindern so schnell wie irgend möglich.“ (Interview 2)

Besonders nach Demonstrationen, auch solche, die nicht explizit als rechtsextrem wahrgenommen würden, wie die Bauernproteste Anfang 2024, würde Strukturen und Dominanzversuche sichtbar.

„Aber wenn man dann hinterhergeht und überall diese Aufkleber sieht, da weiß man, die Vereinnahmung ist definitiv da. Und solche Aufkleber auch von der Jungen Alternative tauchen in bestimmten Bereichen momentan immer wieder auf. Und das ist ja schon auch ein Trick, um sich sichtbar zu machen, um zu zeigen ‚Wir sind hier, wir sind in diesem Gebiet und wir sind einfach da‘. Ich glaube, das soll schon auch gewisse Strukturen sichtbar machen.“ (Interview 3)

„Man merkt schon, dass [sind] so die Randgebiete. Da gibt’s auch offene Graffitis oder so mit Nazi-Kiez und solchen Parolen. Das zieht sich auch in die Andreasvorstadt hoch, also Richtung Uni. Da sind sehr viele Aufkleber von ‚Kontra-Kultur‘, vom ‚III. Weg‘, von der Jungen Alternative und von der ‚Identitären Bewegung‘. Und das zieht sich gerade. Also es verteilt sich in alle Stadtteile.“ (Fokusgruppe)

Auch der in der Neuwerkstraße 47, also in der Innenstadt – unweit der Thüringer Staatskanzlei – ansässige Laden „Trondheim“ besteht seit Jahren. Versuche der Zivilgesellschaft, auch diesen Mietvertrag durch den Vermieter beenden zu lassen, scheiterten (Interview 10). Die im Laden vertriebene Bekleidung der Marke Thor Steinar gilt als Erkennungsmerkmal der extremen Rechten (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2023).

Laut Befragten fehle es an Angeboten und Freizeitbeschäftigung, insbesondere für Jugendliche. In solche Leerstellen würden neonazistische Strukturen bewusst einhaken. Eine funktionierende und sozial gerechte Sozialstruktur sei notwendig, um diesen Trends entgegenzuwirken. Dies sei nicht nur zwingend Aufgabe der Zivilgesellschaft, sondern auch politischer Entscheidungsträger*innen (Interview 10, Fokusgruppe).

4.4.1 „Nationalrevolutionäres Zentrum“ und „Kammwegklausen“ im Erfurter Südosten

Der Erfurter Südosten, insbesondere Herrenberg, avancierte zu einem zentralen Standort rechtsextremer Kräfte in Thüringen: das sogenannte „Nationalrevolutionäre Zentrum“ (vgl. MOBIT 2019). Die Immobilie in der Stielerstraße 1 im Erfurter Ortsteil Herrenberg galt bis 2020 als eine der wichtigsten Neonazi-Immobilien Thüringens, angemietet vom Verein „Volksgemeinschaft Erfurt e. V.“ mit Verbindungen zum „III. Weg“ und zur damaligen NPD (vgl. Kapitel 4.1.3). Mit der Etablierung sozialer Angebote, etwa Kraft- und Kampfsport, Hausaufgabenbetreuung, Musikunterricht für Kinder und Jugendliche, kostenlose Unterstützung bei Amtsgängen oder zuletzt Einkaufshilfen in der Corona-Pandemie und einem

vermeintlich bürgerlichen Auftreten wurden viele Menschen bis in die Mitte der Gesellschaft erreicht (vgl. Schmidtke und Hoffmann 2021). Sukzessive ermöglichte das Jugendlichen einen Einstieg in rechtsextreme Strukturen und ein Gefühl von Eingebundenheit, während Außenstehende unter Druck gesetzt wurden und soziale Alternativangebote Opfer rechtsextremer Angriffe aus dem Umfeld des „Nationalrevolutionären Zentrums“ wurden (ebd.). Diese Mobilisierungsversuche führten durchaus zum Erfolg. Befragte berichteten von der Radikalisierung von Jugendlichen, die sich im Umfeld der Immobilie aufgehalten hätten. Deren Gedankengut habe sich schließlich auch auf den Schulhöfen im Viertel gezeigt (Interview 2).

Auch kam es immer wieder zu rassistischen Angriffen in der Gegend um die ehemalige Kaufhalle, wie 2020, als drei Männer aus Guinea vor dem Gebäude angegriffen und schwer verletzt wurden (vgl. MDR Thüringen 2020). Durch diese Tat sei die Immobilie stark in den politischen Fokus gerückt (Interview 2). Auf die Gewalttat folgte eine bundesweite mediale Berichterstattung über die Immobilie und den Kampf gegen Rechtsextreme im Stadtteil (vgl. Knobloch 2020). Im gleichen Jahr konnte die Immobilie dem rechtsextremen Verein auf Druck der Zivilgesellschaft entzogen werden (vgl. Schmidtke und Hoffmann 2021).

Auch eine zweite rechtsextreme Immobilie, die „Kammwegklause“, die jahrelang Neonazi-Strukturen als zentraler Treffpunkt diente, konnte der extremen Rechten 2020 nach öffentlichem Druck durch Kündigung des Eigentümers entzogen werden und wird von der Stadt Erfurt inzwischen für soziale Zwecke genutzt (vgl. Landeshauptstadt Erfurt 2020). Auch hier spielte die Intervention der Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle. Die „Kammwegklause“ in der Tungerstraße 1, ebenfalls im Erfurter Stadtteil Herrenberg, existierte bereits seit 2013. Jahrelang fanden dort Konzerte und Liederabende der extremen Rechten statt, z. B. von „Kategorie C“ (vgl. MOBIT 2017). 2020 wurde das Mietverhältnis gekündigt.

Obwohl die zwei Immobilien inzwischen nicht mehr in der Hand der extremen Rechten sind und es im Stadtteil „ruhiger“ geworden sei, wissen Interviewte, dass Angehörige der Szene weiterhin im Stadtteil aktiv seien:

„Aber man merkt halt einfach so eine Präsenz, die immer noch da ist und man hat das Gefühl, das könnte auch jederzeit wieder kippen. Es ist halt diffuser geworden, weil die Orte fehlen, wo man es festmachen kann. Aber es ist so ein Gefühl von: ‚Also, es ist hier nichts gut, es ist halt gerade nur ruhig‘.“ (Interview 2)

„Das heißt, du weißt, sie sind hier, leben hier, haben hier Familie und das muss man immer mit beachten, muss aber mit einem offenen Auge auf jeden Fall hier unterwegs sein.“ (Interview 1)

Eine interviewte Person beschrieb die Schwierigkeit, dass bei den Wahlen der Ortsteilräte keine Parteizugehörigkeit vermerkt sei. So wüssten viele Leute nicht, wie die Personen hinter den Namen auf den Stimmzetteln einzuordnen seien. Gleichzeitig bleibe auf der Ebene der Ortsteilräte Abgrenzung zu rechtsextremen Akteur*innen schwierig. Allerdings sei deren Mitarbeit nach der Wahl häufig ohnehin sehr bruchstückhaft (Interview 4).

4.4.2 Bedrohungen und Angriffe auf Zivilgesellschaft

Brutale Angriffe auf Geflüchtete, politisch Engagierte oder Orte demokratischer Kultur fanden in Erfurt regelmäßig statt, ebenso wie Schmierereien und Beschädigungen zivilgesellschaftlicher Projekte (vgl. MOBIT 2021). Diese Angriffe sind eine bewusste und bekannte rechtsextreme Strategie, um politische Gegner*innen einzuschüchtern und um ihre Ideologie umzusetzen. In den 1990ern etwa riefen Neonazis dazu auf „National befreite Zonen“ zu errichten (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2021b).

Besonders im Ortsteil Herrenberg kam es durch die Existenz der beiden von Rechtsextremen genutzten Immobilien „Kammwegklausen“ und „Nationalrevolutionäres Zentrum“ zu Angriffen auf Menschen mit Migrationshintergrund und Projekte vor Ort, wie das Stadtteilzentrum am Herrenberg, welches sich in unmittelbarer Nähe des bis 2020 genutzten Gebäude befand. Schließlich entschloss sich das Stadtteilzentrum, damit an die Öffentlichkeit zu gehen. Über Stadtteilkonferenzen machten die Mitarbeitenden auf die Bedrohungslage aufmerksam, viele Initiativen aus dem Stadtteil solidarisierten sich daraufhin und das Stadtteilzentrum rückte in den Fokus der Politik. Danach ließen die Angriffe nach:

„Also das muss man schon sagen, dass das tatsächlich funktioniert. Solidarität suchen, laut sein und sagen: Nein, das lassen wir uns nicht gefallen. Das funktioniert tatsächlich.“ (Interview 1)

Gleichzeitig berichteten Befragte aber auch, dass die Reaktionen der Anwohner*innen auf die Übergriffe eher verhalten bis passiv gewesen seien. Eine fast „30-jährige Präsenz der Neonazis am Herrenberg“ habe dazu geführt, dass sich viele Anwohner*innen eher leise verhielten: „Und dass man sich nicht traut, viel Haltung zu zeigen.“ (Interview 1)

Darüber hinaus würden die rechtsextremen Aggressor*innen weiterhin im Stadtteil leben und es seien Schutzkonzepte für das Gebäude und die Mitarbeitenden nötig. Auch weiterhin gebe es Schmierereien und rechtsextreme Graffitis im Stadtteil. Besonders als Reaktion auf Aktivitäten der Zivilgesellschaft, wie die großen „Nie wieder ist jetzt“-Demonstrationen Anfang des Jahres, würden rechtsextreme Schmierereien regelmäßig zunehmen (Interview 1).

Auch aus anderen Erfurter Ortsteilen wurde von rechtsextremen Übergriffen berichtet. Besonders im Erfurter Norden um den Ilversgehofener Platz und die Magdeburger Allee sei es in den Jahren 2022/2023 durch den Zuzug rechtsextremer Akteur*innen aus dem Umfeld der NSP zu Übergriffen auf die dort ansässigen subkulturellen Orte wie das AJZ und das Klanggerüst e. V. gekommen (Interview 1). Auch hier konnte ein zivilgesellschaftliches Bündnis „Schöner leben ohne Nazis in Ilversgehofen“ zusammen mit dem Quartiersmanagement erfolgreich gegen die Bedrohungslage angehen und diese zurückdrängen.

„Und die haben es richtig gut hingekriegt, sich da wirklich gut zusammenzuschließen, sich regelmäßig zu treffen, Schutzräume mit Aufklebern zu versehen. Wo können Leute hin, die gerade in Gefahr sind? Und das hat richtig gut funktioniert.“ (Interview 1)

Auch Orte, die sich für Demokratie und Vielfalt einsetzen, werden stadtweit regelmäßig Ziel von Attacken und Angriffen der extremen Rechten. So seien bspw. Bedrohungen des Queeren

Zentrums in Erfurt allgegenwärtig. Besonders vor der Landtagswahl nahm die Verunsicherung zu. Gleichzeitig thematisierten Befragte Bedrohungen gegenüber prodemokratischen Kundgebungen, Demonstrationen und Aktionen. Hier seien rechtsextreme Akteur*innen häufig präsent, z. B. durch Positionierung von Bannern auf den Routen oder durch Mitlaufen von Demonstrationsrouten (Fokusgruppe). Auch das Abfilmen von prodemokratischen Demonstrant*innen durch rechtsextreme Akteur*innen, wie bspw. beim AfD-Wahlkampfabschluss am 31.08.2024 in Erfurt (vgl. democ 2024, recherche-nord 2024), soll bedrohen und einschüchtern. Fast alle Befragten berichteten von Bedrohungen in Form von Beleidigungen und Enthemmungen:

„Mir wurde auch schon in der Straße gesagt: ‚Ich weiß, wo du wohnst, du Zecke. Pass auf‘.“ (Fokusgruppe)

Viele Erfurter*innen seien sich einigen Interviewten zufolge dieser rechtsextremen Bedrohungslage entweder gar nicht bewusst und würden diese häufig verharmlosen. Dementsprechend fühlten sich die Befragten häufig nicht ernst genommen, wenn sie ihre Sicherheitsbedenken angesichts der Bedrohungslage äußern würden, z. B. von Bekannten, aber auch Personen aus dem Arbeitsumfeld. Dies schilderten mehrere Befragte: „Wenn ich ihnen erzähle, dass bei uns an der Tür [eine Drohung] steht: [...] Das ist für sie ganz, ganz weit weg. Sie nehmen das nicht mit, die machen da nichts.“ (Fokusgruppe)

Auch in Kooperation mit den Ordnungsbehörden oder Verantwortlichen der Stadt werde das Thema Sicherheit zumindest teilweise nicht ernst genug genommen. Interessenabwägungen zugunsten der Zivilgesellschaft nehmen einige Befragte als marginal wahr (Fokusgruppe).

Gerade im Vorfeld der Landtagswahlen berichteten Befragte von vermehrten verbalen Bedrohungen, die sich auf die Landtagswahlen und den möglichen Gewinn der AfD bezogen. So sei es bei einer Gedenkfeier auf dem Wenigemarkt in Erfurt für ein Opfer rechtsextremer Gewalt zu einem Vorfall gekommen, bei dem ein Vorbeilaufender queerfeindliche Beleidigungen ausgesprochen habe. Dabei bezog er sich auf die Landtagswahl am 1. September und rief: „Dann ist es hier vorbei für euch“ (Interview 11). Solche Äußerungen zeigen laut Interviewten, wie sich Menschen durch die Wahlerfolge der AfD in ihrer rechtsextremen Ideologie bestätigt sehen.

4.5 Zwischenfazit zur Situation des Rechtsextremismus

Insgesamt werden die Übergänge verschiedener Strukturen der rechtsextremen Szene in Erfurt als fließend beschrieben. Wenn alte Strukturen verschwinden, würden die Protagonist*innen in anderer Zusammensetzung wiederauftauchen. Die rechtsextreme Szene sei ständig in Bewegung:

„Aber wir beobachten, dass, selbst wenn sich die eine Struktur auflöst, es nicht bedeutet, dass es nicht mehr existiert, so wie [Person X] schon gesagt hat. Sondern dass manche wieder bereits existente Strukturen nutzen, um darin neu aufzugehen oder wieder eine Struktur zu finden.“ (Interview 10)

Auch die Corona-Proteste hätten Menschen, von denen Gewalt ausgehe, mobilisiert und die Ausweitung von Gewalt sei „krasser geworden“ (Interview 11). Insgesamt berichteten mehrere Befragte von dem Gefühl der Normalisierung von rechtsextremen Einstellungen und rechtsextremem Verhalten, was sich auch auf die Situation gesellschaftlich marginalisierter Gruppen auswirke.

5 Situation gesellschaftlich marginalisierter Gruppen

Erfurt ist als Thüringer Landeshauptstadt das politische Zentrum des Freistaates und beherbergt den (Haupt-)Sitz zahlreicher Verbände, Vereine, Initiativen, Parteien und Unternehmen. So befindet sich in Erfurt z. B. der Sitz der Jüdischen Landesgemeinde und es finden jährlich die jüdisch-israelischen Kulturtage statt. Erfurt ist bedeutsamer Tourismus-Hotspot und Medienstandort, zudem sorgen eine Universität und mehrere Hochschulen regelmäßig für den Zuzug neuer (internationaler) Studierender und Lehrender. Der Anteil von Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft ist für Thüringen vergleichsweise hoch (vgl. Kapitel 3.1). Es bestehen in Erfurt zahlreiche Beratungs-, Betreuungs- und Freizeitangebote für unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen, die es in ländlicheren Regionen Thüringens nicht gibt und die Erfurt als Wohnort für gesellschaftlich marginalisierte Gruppen attraktiv machen. Gleichzeitig gilt die Landeshauptstadt jedoch auch als Hotspot rechtsextremer Gewalt, als Ort von Marginalisierung und Unsicherheit für verschiedene Bevölkerungsgruppen.

Im folgenden Kapitel soll darauf eingegangen werden, wie sich die Lebenssituation gesellschaftlich marginalisierter Gruppen gestaltet, also beispielsweise für Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchtete, queere oder behinderte Menschen und welche Möglichkeiten es für diese Gruppen in Erfurt gibt, sich in gesellschaftliche und politische Prozesse einzubringen und sich an ihnen zu beteiligen.

5.1 Segregation und Partizipation

Bereits die Zahlen aus dem Erfurter Sozialstrukturatlas 2020 offenbaren starke soziodemografische Unterschiede zwischen einzelnen Stadtteilen (vgl. Kapitel 3.2), was Auswirkungen auf die dort lebenden Bevölkerungsgruppen hat. Sowohl die Daten des Sozialstrukturatlas als auch eine bundesweite Untersuchung machen eine starke räumliche Segregation zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Erfurt sichtbar (vgl. Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt 2020; Rüttenauer 2022). Diese räumliche Segregation spiegelt sich auch in finanziellen, sozialen und strukturellen Bedingungen wider, die die Beteiligungsmöglichkeiten verschiedener Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen und politischen Leben einschränken. Im Jahr 2020 war die Arbeitslosenquote am Berliner Platz mit 13,3 % und im Rieth mit 12,5 % deutlich höher als die stadtweite Quote von 5,2 % (vgl. Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt 2020). Diese Stadtteile gehören zu den Regionen mit den höchsten Anteilen an Zuzug von Geflüchteten seit 2012. Sie gehören zu den sogenannten „Großwohnsiedlungen Nord“, die vor allem aus Plattenbauten bestehen. In den Interviews berichteten Befragte von einem „massiven Unterschied zwischen Platte und Innenstadt“ (Fokusgruppe). Diese räumliche Komponente führe auch zu einer sozialen Segregation, da viele kulturelle Angebote, zivilgesellschaftliches Engagement oder soziokulturelle Angebote eher in einzelnen Teilen der Stadt gebündelt seien. Um an diesen Angeboten teilzunehmen, müssten die Bewohner*innen der „Randgebiete“ zusätzliche finanzielle und zeitliche Kapazitäten auf sich nehmen.

„Man hat am Rand die Platten. Das wird oft thematisiert, aber der ÖPNV, der recht viel kostet, hemmt Leute in die Stadt oder zu Stadtfesten zu gehen, wo es Angebote gibt und Menschen zusammenkommen und sich unterhalten. Die bleiben dann am Rand der Stadt.“ (Fokusgruppe)

Die günstigen Mieten in diesen Stadtteilen bieten Menschen Wohnraum, die einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt sind, etwa Alleinerziehende, Bezieher*innen von sozialen Leistungen oder Geflüchtete. In den Interviews wurde zudem deutlich, dass neben der räumlichen Trennung und damit fehlenden Orten des Austausches die gesellschaftliche Partizipation oder die Teilnahme an zivilgesellschaftlichem Engagement auch durch soziale Faktoren beeinträchtigt sind: Durch die finanzielle Lage oder Erfahrungen von Ausgrenzung und Diskriminierung hätten einzelne Bevölkerungsgruppen vermehrt keine (zeitlichen) Kapazitäten, sich gesellschaftlich zu engagieren.

„Demokratiegefährdende Herausforderung ist ganz klar Segregation in Erfurt. Also das Thema Segregation ist ja hier eine sehr bestimmendes. Wir haben Gebiete in Erfurt, wo konzentriert Menschen leben, die weniger soziales Kapital mitbringen als andere und die einfach auch weniger finanzielles Kapital mitbringen als andere. Und die sich dann entsprechend Wohnraum nur da leisten können, wo sich bestimmte Personengruppen konzentrieren.“ (Interview 3)

Eine Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes von 2020 legte deutschlandweit rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt in Deutschland offen, die auch in Erfurt eine Rolle spielt und Segregationstendenzen auf dem Wohnungsmarkt verstärkt (vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2020). Ein öffentlich gewordener Fall rassistischer Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt in Erfurt wurde 2023 bekannt, nachdem eine Vermieterin Wohnungen auf einem Online-Portal mit dem Zusatz „Familien ohne Migrationshintergrund“ und „Vermietung ausschließlich an Bürger ohne Migrationshintergrund“ anbot (vgl. Thüringer Allgemeine 2023). Rassismus, aber auch andere Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die zu gesellschaftlichem Ausschluss und Marginalisierung führen, wurden in mehreren Interviews (Interview 3, 6, 7, 11, 12 & 13) als zentrale Herausforderung beschrieben. Die Interviewten beziehen sich nicht nur auf dem Wohnungsmarkt, sondern auch auf Schule und Alltag:

„Ich glaube, es fehlt an Berührungspunkten, wo Menschen unterschiedlichster Kulturen und unterschiedlichster Herkunft und was auch immer miteinander in Berührung kommen, außerhalb von einzelnen Blasen. Und mit einzelnen Blasen kann man schon zum einen auch die Wohnorte meinen, wo die Menschen leben, aber eben auch die Sozialräume, in denen sie sich bewegen. Also aus ihren Freundeskreisen oder Arbeitskreisen oder so weiter heraus.“ (Interview 3)

Außerdem äußerten Interviewte den Wunsch nach mehr Sichtbarkeit für die Bedarfe marginalisierter Gruppen sowie die Schaffung von mehr Angeboten für spezifische Bevölkerungsgruppen (Interview 6, 7 & 9).

Zu diesen Bevölkerungsgruppen gehören beispielsweise behinderte Menschen. Zwar gibt es in Erfurt verhältnismäßige Angebote sowie Interessensvertretungen für und von Menschen mit Behinderung, etwa die LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V., der Dachverband der Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen in Thüringen, die Lebenshilfe Erfurt und den Thüringer Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, allerdings wird auch in Erfurt die Barrierefreiheit als Problem beschrieben, ebenso wie die Einbindung der Selbstvertretungen in relevante politische Entscheidungen (Interview 6). Insgesamt seien behinderte

Menschen noch immer in vielen Teilen des gesellschaftlichen Lebens unsichtbar, z. B. in Hinblick auf Arbeitsbedingungen, politische Teilhabe oder Themen wie Gedenkkultur (Interview 6 & 9).

Eine weitere gesellschaftlich marginalisierte Bevölkerungsgruppe bilden Jüdinnen und Juden. Im Hinblick auf jüdisches Leben wurde von Interviewten der Wunsch geäußert, mehr attraktive Lebensumstände für jüdische Menschen in Erfurt zu schaffen, da die Gemeinde überaltert sei und das Fortbestehen jüdischen Lebens in Erfurt beim Wegbleiben junger jüdischer Menschen gefährdet sei. Die Bedingungen in Erfurt seien grundsätzlich gut, es brauche jedoch jüdische Institutionen, z. B. einen jüdischen Kindergarten, Schulen oder jüdische Institutionen wie Cafés und Restaurants, um Erfurt jungen Familien als Wohn- und Lebensort attraktiv zu machen:

„Ein paar Leute aus Israel oder Amerika. Im Prinzip hat [die jüdische Gemeinde] kaum Zugang. Erfurt wird unterschätzt. Aber Erfurt hat ja an sich gute Bedingungen für jüdisches Leben. Es muss mehr gemacht werden. (Interview 7).

5.2 Diskriminierung und Gewalt im Alltag

In mehreren Interviews wurde von Alltagsdiskriminierung gegenüber Angehörigen marginalisierter Gruppen berichtet. Diese Art der Diskriminierung ließe sich laut Befragten nicht nur auf einzelne Stadtteile beziehen. Alltagsdiskriminierung zeige sich durch Beschimpfungen im öffentlichen Nahverkehr, auf offener Straße oder auch durch die Frage, wer welche öffentlichen Orte nutzen solle.

„Also ja, ich finde es erschreckend, wie sehr man sich dran gewöhnt, dass einfach Hitlergrüße gezeigt werden, das auf einmal Heil Hitler gerufen wird, wenn du durch die Innenstadt gehst, mit einer migrantischen oder schwarzen Person.
[Es] ist mir tatsächlich schon mehrmals passiert, dass eine Person neben mir dann ein Luftgewehr als Geste und das Geräusch dazu gemacht hat.“ (Fokusgruppe)

Diskriminierungserfahrungen, z. B. auf offener Straße nähmen veranstaltungsbedingt zu – zum Beispiel, wenn Fußballspiele in der Stadt stattfinden (Fokusgruppe). Häufig fänden auch rassistische Zuschreibungen statt. Eine interviewte Person berichtete von einer Stadtteilkonferenz, bei der sich über laut spielende Kinder, die „irgendwie migrantisch“ seien, beschwert wurde, während man sich „an anderer Stelle [...] daran gar nicht stören“ würde. (Interview 11) Derartige Äußerungen würden stetig rassistische Bilder reproduzieren. Statistiken, z. B. von ezra stützen diese Eindrücke: Rechte, rassistische und antisemitische Gewalttaten sind in Erfurt konstant hoch und die Landeshauptstadt Schwerpunkt dieser Gewalttaten (vgl. ezra 2024b). Besonders fallen dabei rassistisch motivierte Gewalttaten ins Gewicht (vgl. ezra 2024a).

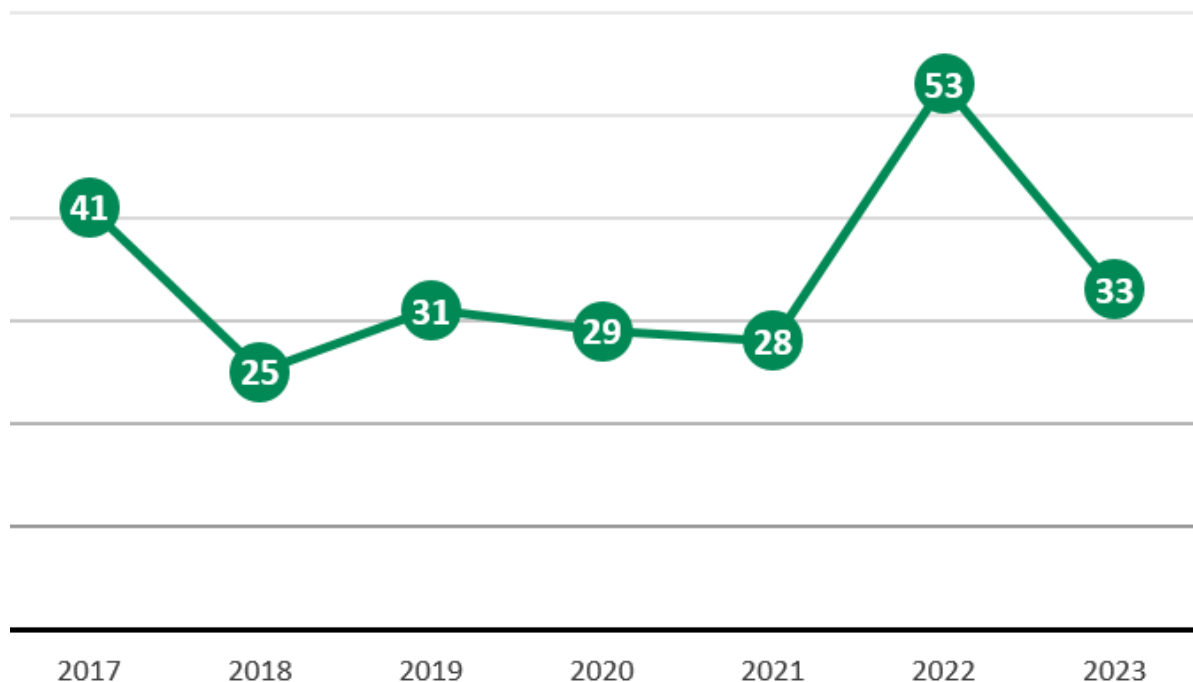


Abbildung 9: Registrierte Fälle rechter, rassistischer, antisemitischer Gewalt in der Stadt Erfurt. Eigene Darstellung. Datenquelle: Statistiken von ezra (2019, 2020, 2021, 2022, 2023b, 2024).

Auch die Frage nach der Nutzung bestimmter öffentlicher Räume thematisierten Interviewte (Interview 11 & 13). Dabei wurde der Anger immer wieder als Ort erwähnt, um den es Konflikte gebe. Der Anger gilt seit 2017 laut einer polizeilichen Einstufung als *gefährlicher Ort*, ebenso die Magdeburger Allee und der Bahnhofsvorplatz sowie angrenzende Straßen in Erfurt (vgl. MDR Thüringen 2023a). Laut Befragten werde der Anger, aber auch der ÖPNV als „überzeichnete Bilder“ produziert, an denen Menschen vor Geflüchteten Angst haben müssten. Tatsächlich seien aber diese besonders gefährdet:

„Ich glaube, dass auch dieser Ort ein gefährlicher Ort für Menschen ist, die von Rassismus betroffen sind oder auch für Menschen, die sich politisch engagieren. Ich laufe jeden Tag über den Anger und nehme zu jeder Tageszeit wahr, dass sich da auch ich würde sagen, so eine rechtsoffene Stadtgesellschaft befindet, die potenziell auch Menschen angreift.“ (Interview 11)

Auch berichteten Interviewte von rassistischen Angriffen im ÖPNV, wie der auf einen 17-jährigen Syrer 2021 (vgl. Kapitel 4). Dies führe laut Befragten dazu, dass Menschen mit Migrationshintergrund Bus oder Bahn zum Teil nicht mehr nutzen wollten, denn diese seien „hier sehr viel mit rassistischer Gewalt und auch Anfeindungen tagtäglich konfrontiert“ (Interview 11).

Neben den dargestellten rassistischen Angriffen äußert sich der weitverbreitete Rassismus in der Erfurter Bevölkerung (vgl. Kapitel 3.3) auch in einer Normalisierung rechtsextremer Narrative:

„Aber was wir so beobachten, aber da würde ich auch für ganz Thüringen sprechen, ist so diese Normalisierung von rechten Narrativen, von Rassismus, von extrem rechter Ideologie, also die eigentlich, würde ich auch sagen, sich nicht mehr in einem Normalisierungsprozess befindet, sondern eigentlich fast schon abgeschlossen ist. Also es ist normal, irgendwie auf einer Bühne Gewaltdrohungen auszusprechen und irgendwie rassistische Erzählungen von sich zu geben und die Leute klatschen.“ (Interview 11)

Doch nicht nur migrantisierte Menschen erfahren Diskriminierung und Angriffe in Erfurt, Befragte berichteten auch von Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen von jüdischen oder queeren Menschen (Interview 7, 9, 10 & 11). Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen verzeichnet für die letzten Jahre einige antisemitische Vorfälle in Erfurt, besonders seit dem 7. Oktober 2023 (vgl. Zielinski 2024). Antisemitismus sei laut einer interviewten Person nicht nur ein Problem des rechtsextremen Milieus, sondern erstrecke sich bis in die Mitte der Gesellschaft. Insbesondere seit dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 haben antisemitische Vorfälle stark zugenommen. Die Reaktionen weiterer Teile der Bevölkerung fallen auch in Erfurt häufig zu gering aus:

„Aber der Optimismus hat natürlich auch gelitten seit dem 7. Oktober. Das hat die Gesellschaft gar nicht gemerkt, wie das [Jüdinnen und Juden] getroffen hat, bis heute. Und diese ganzen Demonstrationen gegen rechts, wo alle so stolz drauf sind. Die meisten haben nicht mal das Thema, den 7. Oktober 2023 erwähnt, also wie man das hinkriegt in Deutschland.“ (Interview 7)

Kurz nach dem 7. Oktober gab es einen Brandanschlag auf die Neue Synagoge. Bei diesem wurden Ausdrücke verbrannt, die an der Synagoge befestigt waren und die sich nach dem Terrorangriff mit Israel solidarisierten (vgl. STERN 2023).

Alltagsdiskriminierung trifft in Erfurt auch queere Menschen. Laut Befragten nehme diese tendenziell zu, was sich auf der Straße, in der Politik, aber auch in öffentlichen Bildungseinrichtungen bemerkbar mache:

„Und was wir merken: in der Bildungsarbeit nimmt es auch zu mit Skeptikern, mit kritischen Tönen und was besonders besorgniserregend ist, gerade im Jugendbereich.“ (Interview 9)

Teilweise werde versucht, strategisch und mit Störverhalten Veranstaltungen, z. B. Workshops an Schulen zu behindern. Gleichzeitig registrieren die vorhandenen Beratungsstellen eine Zunahme an komplexen Beratungsfällen bei zugleich fehlenden Ressourcen und Kapazitäten, diesen Bedarfen gerecht zu werden. Dabei wurde betont, dass es wichtig für die Betroffenen sei, sowohl Beratungsmöglichkeiten zu erhalten als auch sichere Räume zu schaffen, in denen sich von Diskriminierung Betroffene wohlfühlen könnten. Beides sei in Erfurt nicht ausreichend gegeben und Projekte, die sich um diese Themen kümmerten, müssten regelmäßig um die Weiterfinanzierung bangen. Das vermittele Betroffenen auch ein unsicheres Gefühl. Gleichzeitig fehle es an zivilgesellschaftlichen Melde- und Dokumentationsstellen für verschiedene Diskriminierungsformen, wie beispielsweise Queerfeindlichkeit, um diese auch gesamtgesellschaftlich sichtbar zu machen (Interview 9 & 13). Dadurch gebe es

„einfach eine unglaubliche Dunkelziffer, weil es so unglaublich normalisiert ist für viele queere Menschen, mit welcher Alltagsdiskriminierung und teilweise auch Beschimpfungen, Beleidigungen in den Schulkontexten auch in der Öffentlichkeit die Menschen so konfrontiert sind.“ (Interview 9)

Im Februar 2024 wurde im Erfurter Stadtrat die Erarbeitung eines Kommunalen Aktionsplans Antirassismus und Antidiskriminierung beschlossen (vgl. Stadtrat Erfurt 2024). Dieser soll Sofortmaßnahmen gegen Rassismus, zur Förderung von Diversität und zum Abbau von Barrieren für geflüchtete Menschen umfassen. Gleichzeitig beschloss der Stadtrat den Beitritt zur European Coalition of Cities against Racism ECCAR. Im Rahmen einer Bedarfsanalyse soll der Maßnahmenplan erweitert werden und in das fortschreitende Konzept des Aktionsplans einfließen, das im 1. Quartal 2025 erstmals von der Stadtverwaltung vorgelegt werden soll.

Die bisherigen Maßnahmen werden von interviewten Personen jedoch als noch nicht ausreichend beschrieben. Seit März 2024 gebe es beispielsweise den Mängelmelder, um defekte Straßenlaternen, aber auch rechtsextreme Schmierereien schneller bei der Stadtverwaltung zu melden. Dieser funktioniere bisher aber nicht besonders gut, weil etwa Zuständigkeiten bei der Stadt nicht ausreichend geklärt seien: „Ich habe es versucht, aber die Hakenkreuze sind nach wie vor da“ (Fokusgruppe).

Insgesamt betonten die Befragten, dass Rassismus von sehr jungen Menschen bis hin zu alten Menschen und aus allen gesellschaftlichen Schichten ausgehe und er sich auch in Gewalt entlädt: „Rassismus, der sich auch in Gewalt entlädt, ist kein spezifisch extrem rechtes neonazistisches Problem, sondern findet sich überall.“ (Interview 11) Dabei sei es wichtig zu verstehen, dass Abwertungseinstellungen gegenüber einzelnen Gruppen ein gesamtgesellschaftliches Phänomen seien. Rechtsextreme Gewalttäter fühlten sich beispielsweise durch weitverbreitete rassistische Einstellungen in der Bevölkerung zur Gewalt gegen Migrant*innen legitimiert. Tatsächlich zeigen Studien wie der Thüringen-Monitor, dass abwertende Einstellungen gegenüber spezifischen Bevölkerungsgruppen bei einem nicht zu vernachlässigenden Teil der Bevölkerung verfestigt sind (vgl. Kapitel 3.3). Diese Einstellungen würden Interviewten zufolge auch zu tatsächlichen Angriffen führen. Betroffen davon seien verschiedene Bevölkerungsgruppen:

„Es sind nicht immer die Geflüchteten oder diejenigen, die Leute als ‚Zecken‘ zum Beispiel markieren. Sondern das können auch ganz bürgerliche Menschen von der Mitte der Gesellschaft sein. Denn es reicht mittlerweile auch schon nicht rechts auszusehen oder zu sein.“ (Interview 11)

Befragte berichteten darüber hinaus über Diskriminierung und Herausforderungen für marginalisierte Gruppen in öffentlichen Einrichtungen und Behörden, z. B. in der Ausländerbehörde: „Wir haben eine relativ unzugängliche Ausländerbehörde, weil sie einfach personell massiv unterbesetzt ist.“ (Interview 3)

Auch bei der Anmeldung von Demonstrationen würden Befragte unterschiedliche Erfahrungen mit Sicherheitsbehörden machen. Besonders wenn migrantische Gruppen Demonstrationen oder Kundgebungen anmelden würden, werde mehr Präsenz von der Polizei gezeigt (Fokusgruppe). In Anbetracht der geschilderten Situation marginalisierter Gruppen kommt

einigen in Erfurt angesiedelten spezialisierten zivilgesellschaftlichen Anlaufstellen für Betroffene von Diskriminierung besondere Bedeutung zu. Positiv hervorgehoben wurde z. B. die Beratungsstelle EmpowerMensch, welche beim Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerk (thadine e. V.) angesiedelt ist, sowie das Zentrum gegen Gewalt an Frauen Brennessel (Interview 9, 10 & 13). Darüber hinaus haben die thüringenweit agierenden Beratungsstellen MOBIT und ezra ihre Geschäftsstellen in Erfurt und sind damit besonders zugänglich für Betroffene.

6 Situation und Herausforderungen der Zivilgesellschaft

Rechtsextreme Aktivitäten sowie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit blieben und bleiben in Erfurt dank der lokalen Zivilgesellschaft nicht unwidersprochen. Begünstigt durch den Standort als Landeshauptstadt mit einer Universität und mehreren Hochschulen, einer studentischen Szene und dem Sitz vieler Institutionen und Vereine weist Erfurt eine vielfältige und breit aufgestellte Zivilgesellschaft auf, die durch zahlreiche Aktivitäten in Erscheinung tritt und auf eine erfolgreiche Arbeit in den letzten Jahren blicken kann.

6.1 Die Partnerschaft für Demokratie Erfurt

Der Lokale Aktionsplan gegen Rechtsextremismus der Stadt Erfurt / Partnerschaft für Demokratie (PfD) fördert seit 2012 Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit über verschiedene Aktivitäten. Die PfD berät, unterstützt und fördert jährlich Projekte, die sich für Vielfalt und Demokratie einsetzen. Gleichzeitig trägt die PfD dazu bei, die Vernetzung innerhalb der Zivilgesellschaft sowie mit relevanten lokalen Institutionen aus Verwaltung, Politik und Gesellschaft voranzubringen. Darüber hinaus entwirft die PfD selbst Konzepte, die an die lokalen Bedingungen angepasst sind und Demokratieförderung, Demokratiebewusstsein, Toleranz, Vielfalt und Weltoffenheit in Erfurt fördern sollen. Das Programm wird finanziert durch das Bundesprogramm *Demokratie leben!*, das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit *Denk bunt* und durch die Stadt Erfurt.

Die PfD und ihre Netzwerkpartner*innen arbeiteten in der Förderperiode 2020 bis 2024 zu verschiedenen demokratiefördernden Themen, bspw. in den Bereichen der historisch-politischen Bildung, des queeren Empowerments, Aufklärung über Rechtsextremismus, aber auch zum schulnahen Sozialraum oder zu Jugendthemen. Projekte wurden vor allem durch pädagogische Angebote, durch Fortbildungs- und Schulungsangebote, soziokulturelle oder kulturelle Veranstaltungen, Aktionstage, Informationsveranstaltungen oder Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt. Dabei standen die Stärkung von marginalisierten Gruppen, der Abbau von Ungleichwertigkeitsideologien und die Schaffung von Angeboten in verschiedenen Stadtteilen im Fokus.

Projektmsetzende waren bei den Großprojekten vor allem Träger der Fort- und Weiterbildung sowie Vereine aus dem Kultur- und Sozialbereich, aber auch zivilgesellschaftliche Strukturen z. B. aus den jeweiligen Quartieren, die in den Bereichen Kinder und Jugendliche, Kultur oder Beratung sowie zusätzlich im Bereich der Demokratieförderung aktiv sind. Zu den Antragstellenden gehörten auch Vereine, die Schulprojektstage z. B. der politischen Bildung durchführten. Im Bereich Klein- und Jugendprojekte ähnelten die Antragsstellenden denen der Großprojekte, hinzu kamen jedoch Einzelpersonen oder Initiativen und Bündnisse, die in verschiedenen Themenbereichen aktiv sind (Hochschulbereich, Feminismus, Antirassismus).

Zusätzlich zu den bereits genannten Tätigkeitsbereichen ist die PfD in der Jugendbeteiligung aktiv. Dem Gremium Jugendforum als Teil der PfD steht ein Finanzbudget im Rahmen des Jugendfonds zur Verfügung (vgl. Kapitel 7.3). Im Jugendforum können die Jugendlichen selbst entscheiden, welche Kleinprojekte mit dem entsprechenden Geld gefördert werden. Die Projekte müssen von jungen Menschen bis zu einem Alter von 27 Jahren eingereicht und umgesetzt werden. Über die Jugendbeteiligung konnten in den letzten Jahren zahlreiche

und sehr unterschiedliche Projekte umgesetzt werden. Zugleich ist das Jugendforum an den Jugendkonferenzen der Stadt Erfurt beteiligt und Mitglied des Begleitausschusses der PfD. Die Zusammensetzung des Begleitausschusses der PfD zeigt die enge Vernetzung in die Stadt. Das Gremium besteht aus Personen aus den Bereichen Kirche, Vereine, Verbände sowie aus Vertreter*innen aus Bürgerbündnissen und Initiativen, der Stadtverwaltung und -Politik und auch engagierten Einzelpersonen. Zum jährlichen Programm der PfD gehört die Durchführung einer Demokratiekonferenz mit Mitgliedern des Begleitausschusses und weiteren relevanten lokalen Akteur*innen. 2023 stand die Konferenz unter dem Thema „Demokratische Beteiligung benachteiligter junger Menschen.“

Die PfD Erfurt informiert in einer zweiwöchentlichen Sendung bei Radio F.R.E.I. u. a. über aktuelle Themen, Projekte und Hintergründe der PfD Erfurt. Darüber hinaus steht sie im Austausch mit den 21 weiteren Partnerschaften für Demokratie in Thüringen.

6.2 Engagementstrukturen

Die Zivilgesellschaft in Erfurt zeichnet sich durch eine große Anzahl an Vereinen, Verbänden, Institutionen, Initiativen und Gruppierungen sowie Einzelpersonen aus, die in Erfurt angesiedelt sind: „Es ist ein Merkmal der Landeshauptstadt, dass hier natürlich eine Vielfalt auf dem Markt ist“. (Interview 8) Als Landeshauptstadt verfügt Erfurt über eine Vielzahl an professionalisierten und institutionalisierten Akteur*innen. Auch landes- und bundesweit agierende Verbände und Vereine haben ihren Sitz in Erfurt, z. B. die LIGA aus dem Bereich Wohlfahrt, Gewerkschaftsverbände wie der DGB Thüringen oder Umweltverbände wie der BUND Landesverband Thüringen e. V. Neben diesen professionalisierten Strukturen findet sich in der Stadt auch eine Vielzahl an kleinen Vereinen, Initiativen und Gruppierungen. Insgesamt gibt es zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die sich anhand ihrer Größe, Struktur, Professionalität und thematischen Zielsetzung unterscheiden. Viele dieser Akteur*innen haben sich im Vorfeld des Wahljahres 2024 zum landesweiten Netzwerk „Weltoffenes Thüringen“ zusammengefunden, wie ein Blick auf die über 8.000 Unterstützer*innen des Netzwerks zeigt, unter denen sich zahlreiche Erfurter Unternehmen, Vereine und auch Einrichtungen der Kommune finden. Das „Weltoffene Thüringen“ tritt ein für Menschenwürde und –rechte, plurale Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, einen friedlichen Umgang und weiteren vielfaltsbejahenden Positionen (vgl. Weltoffenes Thüringen 2024).

Die Bereiche, in denen zivilgesellschaftliche Akteur*innen in Erfurt aktiv sind, sind ebenso vielfältig wie die Anzahl an Akteur*innen. Zu den thematischen Schwerpunkten gehören Sport, Kinder- und Jugendarbeit, Umwelt- und Naturschutz, Quartiersmanagement, soziokulturelle Angebote, queere und andere Minderheitenrechte, Integration und Migration, Antidiskriminierung- und Antirassismusbearbeitung, Alten-, Jugend- und Sozialhilfe. Neben institutionalisierten Strukturen wie Vereinen, Verbänden und Stiftungen existieren (Aktions-)Bündnisse, selbstverwaltete Räume und Gruppen sowie Selbstorganisationen oder Studierendenprojekte. Viele Beratungsstellen, die für ganz Thüringen zuständig sind, z. B. für queere Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund, haben ihre Geschäftsstelle in Erfurt. Die lokalen Engagementstrukturen erstrecken sich über das gesamte Stadtgebiet, wobei es in einigen Stadtteilen zu einer Ballung von Akteur*innen kommt. So ist beispielsweise der Erfurter Norden für sein subkulturelles Angebot bekannt.

6.3 Fragmentierung und fehlender Raum für Austausch

In den geführten Interviews wurde mehrfach betont, wie gut die lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Bündnisse, Gruppen und Initiativen in relevanten Fragen und zu Ereignissen zusammenarbeiten würden (Interview 1, 9 & 13). Aber auch die in Erfurt breit aufgestellte und diverse Zivilgesellschaft sieht sich mit Herausforderungen konfrontiert. Zwar wird die Zusammenarbeit zwischen Akteur*innen, die untereinander vernetzt sind, als gelungen beschrieben, gleichzeitig gebe es aber keinen Ort, an dem regelmäßig Engagementstrukturen zusammentreffen und sich austauschen könnten. Einzelne Akteur*innen, sogar aus unterschiedlichen Kontexten, würden sich zwar zumeist kennen, richtig institutionalisiert sei dies aber nicht (Fokusgruppe). Daher äußerten mehrere Gesprächspartner*innen den Wunsch nach mehr Vernetzung und Austausch:

„Aber im Gespräch zu bleiben, die Vorteile der Vernetzung zu nutzen, auch Ressourcen auszutauschen und füreinander einzusetzen, das glaube ich, ist auch eine Herausforderung, wie man das effektiver gestalten kann. Und auf der anderen Seite erwarte ich auch vom Land und vom Bund, dass sie gerade solche Aktivitäten weiterhin unterstützen und zunehmend unterstützen.“ (Interview 8)

Zwar werde durch das Quartiersmanagement und die damit zusammenhängenden Stadtteilkonferenzen versucht, in den einzelnen Ortsteilen alle relevanten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zusammenzubringen, zwischen den Stadtteilen und Quartiersmanagements fehle es aber zum Teil an Austausch:

„Oder wo ich auch noch einen Punkt sehe, ist so teilweise auch diese stadtteilübergreifende Vernetzung oder da vielleicht Runde Tische, die irgendwie quasi nicht nur die einzelnen Quartiere im Blick haben, sondern sich da vielleicht auch noch mal austauschen, also zwischen den Quartieren oder einzelnen Stadtteilen. Das wäre auch noch so ein Punkt, wo ich sage, das könnte fehlen, weil ich glaube, teilweise gibt es Sachen und man weiß voneinander nicht.“ (Interview 2)

Besonders die dörflichen Stadtteile werden von Interviewpartner*innen als eher abgeschieden von den restlichen Engagementstrukturen beschrieben, auch wenn es dort traditionellere Vereinsstrukturen gibt, z. B. Sport-, Feuerwehr-, Heimat- und Geschichtsvereine. Darüber hinaus beschrieben einige Interviewte selbstkritisch, wie schwer es sei, auch nicht-akademische nicht-weiße Personen für die eigenen Engagementstrukturen zu gewinnen:

„Und das macht es natürlich auch schwieriger, für besagte marginalisierte Gruppen da reinzukommen, wenn man da die einzige Person ist, die irgendwie nicht weiß, studentisch und im Zweifelsfall westdeutsch ist, die sich hier engagiert in Thüringen. Das ist halt einfach ein Ding.“ (Fokusgruppe)

6.4 Kapazitätsgrenzen und Personenzentriertheit

Trotz der großen Vielfalt an zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zentrieren sich die Aktivitäten auf ein Netzwerk von Personen, die sich überwiegend kennen. Einige Menschen engagieren sich besonders stark, sind Initiator*innen und Organisator*innen von Aktivitäten in

unterschiedlichen Kontexten oder auch Multiplikator*innen. Diese „Schlüsselpersonen“ sind gut vernetzt und verfügen über ein breites Wissen. Dass die Arbeit trotz der großen Zivilgesellschaft dennoch auf relativ wenigen Schultern lastet, wird von den Befragten als Herausforderung gesehen. Als größtes Problem wurden dementsprechend mehrfach personelle Kapazitätsgrenzen genannt:

„Also ich guck so durch den Raum und ich weiß, [ich] kenn‘ fast alle. Weil man sich immer doppelt und dreifach wiedersieht an verschiedenen Tischen, also man kommt immer wieder zusammen und kennt sich. Die linke ehrenamtliche Bubble, engagiert in Erfurt, kann man schon eigentlich aufzählen. Da gibt es nie was, was man neu entdeckt. Also es sind auf jeden Fall personelle Engpässe, sag ich mal.“ (Fokusgruppe)

Diese Bekanntschaften und gemeinsame „Schnittmengen“ würden überwiegend auf informellen Beziehungen beruhen, eine institutionelle Vernetzungsarbeit gebe es wenig (siehe Kapitel 6.3). Insgesamt wiesen Befragte auch darauf hin, das Gefühl zu haben, dass das Engagement der Zivilbevölkerung weniger werde. Dies sei von Jugendlichen bis hin zu älteren Menschen zu beobachten.

„Und ich weiß das auch von meinen Kolleg*innen aus den [...] Jugendverbänden, dass das auch so wahrgenommen wird, dass das quasi jetzt weniger Ehrenamtliche werden und dass auch die Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, immer mehr Aufgaben übernehmen. Also dass sie quasi immens voll sind irgendwie durch Studium, Nebenjob und aber auch das Engagement. Und dass sie dann aber aus einem gewissen Verantwortungsbewusstsein auch immer mehr übernehmen und das schon auch so kommunizieren. Und auch sagen, sie nehmen das auch als Herausforderung, als Hürde wahr, das Engagement weiter auszubauen, weil sie auch an ihre Grenzen kommen.“ (Fokusgruppe)

Dafür wurden in den Interviews verschiedene Gründe geäußert – einerseits die gesellschaftliche Normalisierung rechtsextremer Positionen und die damit zusammenhängende Angst, öffentlich für demokratische Werte einzustehen. Mit dem Schritt, sich öffentlich zu demokratischen Positionen zu bekennen und für diese einzusetzen, machten sich Menschen vulnerabel. Beanstandet wurde dabei der fehlende gesellschaftliche Rückhalt für die aktive Zivilgesellschaft (Fokusgruppe). Außerdem gebe es wenig Anerkennung für demokratisches Engagement. Einzelne Befragten machten dafür einen fehlenden Überblick, in welche Strukturen und politischen Prozesse man sich einbringen kann, verantwortlich (Interview 3). Daneben gebe es auch ein großes Desinteresse an gesellschaftlicher Teilhabe. Oftmals würden Verantwortliche oder Aktive für ihre Aktivitäten kritisiert, ohne dass konstruktive Vorschläge oder Aktionen gemacht würden. Als Ursache hierfür wird vermutet, dass es eine Erwartungshaltung gebe, dass Dinge für die Bürger*innen erledigt würden und gleichzeitig eine Unsicherheit bestehe, sich einzubringen, da hierfür eine gewisse Offenheit nötig sei. Nicht zuletzt wurden Resignation und Mutlosigkeit als weitere Gründe benannt, die durch die Stärkung der AfD noch zunehmen:

„Ich würde auch sagen, ich nehme eine gewisse Resignation wahr bei vielen Leuten. Auch so ja das Gefühl, es lohnt sich nicht, weil sich sowieso nichts ändert oder so eine gewisse Fantasielosigkeit an vielen Stellen. Und was ebenso zu dieser Resignation führt und dass was du eben gesagt hast, dass die Leute die sich engagieren, sich sehr viel engagieren und auch schon so halb wissentlich ins Burnout reinlaufen, die Einschätzung teile ich. Dazu kommt dann auch

noch so eine sehr große Angst vor den Landtagswahlen an vielen Stellen. So Leute die mir seit einem halben Jahr immer sagen, sie sitzen auf gepackten Koffern im Prinzip und gucken, wo sie dann hinziehen, weil sie halt wissen, dass hier ihr Engagement wahrscheinlich so nicht mehr möglich ist oder dass die Projekte dann nicht mehr gefördert werden etc. Also ich glaube, da gibt es sehr viel, irgendwie Angst, sehr wenig positive Aussichten. Und das ist auch, glaube ich, aber kein Raum, in dem Leute sich gerne engagieren im Zweifelsfall, wenn das so die Grundstimmung ist.“ (Fokusgruppe)

Die von den Befragten beschriebenen Herausforderungen decken sich auch mit einer Studie des Stifterverbands zu zivilgesellschaftlichem Engagement in Ostdeutschland. In dieser kommen die Autor*innen zu dem Ergebnis, dass besonders die Bindung von Engagierten eine wesentliche Herausforderung für zivilgesellschaftliches Engagement darstellt. Während die Gewinnung für kurzfristige Aktivitäten eher wenig Probleme darstelle, sei die Sicherung dauerhaften Engagements nur für 22 % der befragten Organisationen einfach. (Kuhn et al. 2024)

Die Frage danach, wo man sich einbringen könne, betreffe laut den Befragten auch viele junge Menschen. Hier wird ein höherer Bedarf gesehen, Angebote im Schulkontext aufzeigen zu können, dies dürfe nicht nur im Freizeitbereich angesiedelt sein.

„[...] also es ist so ein generelles Problem, dass viele Jugendliche auch wenig Engagement zeigen, sich auch aktiv an Initiativen und Co. zu beteiligen. Das ist zwar eine Handvoll, das möchte ich denen auch nicht abreden, aber auf das große Ganze gerechnet, wie viele Jugendliche es in Erfurt gibt. Und dann zum anderen, dass eben auch rechte Weltbilder und rechte Ideen sehr stark kursieren und gerade unter denjenigen, die eben noch nie in Kontakt waren mit Politik, die noch nie in irgendeinem Stadtrat oder Ausschuss saßen und die wirklich nur das gehört haben, was auf Social Media oder whatever unterwegs ist. Und das sind so zwei Dinge, die kombiniert miteinander, eigentlich auch echt gefährlich werden in unserer Einschätzung.“ (Fokusgruppe)

Neben einer Überlastung von Einzelpersonen berichteten auch institutionalisierte Organisationen wie Vereine von struktureller Überlastung. Teilweise gibt es für (marginalisierte) Bevölkerungsgruppen nur eine Anlaufstelle in Erfurt, die für ganz Thüringen zuständig ist und zudem noch mobil arbeitet. Die Nachfrage nach Beratung, Bildungsangeboten oder einem Anlaufpunkt sei aber insbesondere für queere Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung oder Menschen, die weiterer Diskriminierung ausgesetzt sind, gestiegen und zudem komplexer geworden. Alle ratsuchenden Menschen aufzufangen, sie zu beraten oder ihnen Unterstützung anbieten zu können, sei aufgrund der räumlichen, personellen und finanziellen Kapazitäten nicht möglich. Eine Person, die mit der queeren Community arbeitet, schilderte:

„Und wir merken einfach, wir haben eine strukturelle Überlastung, weil es zu wenig Alternativangebote gibt, weil die queere Infrastruktur eben nicht so funktioniert. Die ist eher informell, die ist ganz viel über Ehrenamtsstrukturen, aber auch nur in größeren Gebieten gegeben. Und wir können nicht abdecken, was an Anfragen an uns herangetragen wird.“ (Interview 9)

Mit Kapazitätsgrenzen hätten demnach nicht nur ehrenamtliche, sondern auch hauptamtliche Strukturen zu kämpfen. Diese Herausforderung, die mit unsicheren Förderungsbedingungen verknüpft wird, wird u. a. wie folgt beschrieben:

„Alle im Verein angestellten Personen arbeiten projektbasiert und dadurch zeitlich befristet. Die Förderung einer Struktur wird von vielen Fördermittelgebern nicht unterstützt. Es werden „nur“ Gelder bereitgestellt, die einen direkten Impact mit der entsprechenden Zielgruppe haben. Das macht die langfristige Planung schwierig. Oftmals sind die Phasen der Projektmittelakquise- und Abrechnung länger als die eigentliche Projektdurchführung.“ (Interview 12)

Projekte und Orte, die beispielsweise Beratungsangebote oder Anlaufstellen für Menschen aus marginalisierten Gruppen bieten würden, stünden immer wieder unter dem Druck, ihre Förderung zu verlieren oder gekürzt zu bekommen.

Dieser Druck und die Förderlogiken führten letztlich auch dazu, dass die Vereine ihren eigenen Zielen nicht gerecht werden und einzelne Tätigkeitsfelder nur begrenzt bedienen könnten. Hinzu kämen begrenzte räumliche Kapazitäten. Dies wurde in mehreren Interviews genannt (Interview 9, Fokusgruppe):

„Leider können nicht alle Anfragen bedient werden. Das liegt vor allem an den limitierten Ressourcen. Was fehlt, sind vor allem die räumlichen Kapazitäten. Der Verein bräuchte einen eigenen Sportplatz und Räume für Veranstaltungen, Workshops etc.“ (Interview 12)

6.5 Sicherheit von Engagierten

Gerade durch die erstarkende AfD und die Normalisierung rechtsextremer Positionen und Taten ist auch das Thema Sicherheit stärker in den Fokus der lokalen Zivilgesellschaft gerückt. So halte laut Interviewten sowohl die Angst vor staatlichen Repressionen von als „links“ wahrgenommenen Engagements Menschen davon ab, sich prodemokratisch zu engagieren, als auch die Angriffe rechtsextremer Akteur*innen auf die demokratische Zivilgesellschaft (vgl. Kapitel 4.4.2). Damit zusammenhängend wurde geäußert, dass bei der Vernetzung inzwischen mehr darauf geachtet werde, keine Klarnamen zu verwenden. Das erschwere die Vernetzung von Gruppen und Organisationen jedoch und mache eine Mitwirkung für Außenstehende schwerer zugänglich. Institutionelle Vernetzung werde dadurch auch erschwert. Zudem benötige antifaschistische Arbeit Repräsentation, um sie gesellschaftlich anschlussfähig zu machen. Auf der anderen Seite mache genau diese Repräsentation angreifbar.

Mehrere Befragte berichteten zudem, dass sie sich mit ihren Sicherheitsbedenken und Angriffen alleingelassen fühlen. Eine Befragte aus einem Ortsteil, in dem es vermehrt zu Angriffen gegen zivilgesellschaftliche Strukturen kam, gab an, dass es kaum Reaktionen aus der Politik gegeben habe. Zwar gebe es Solidarität nach solchen Vorfällen von verschiedenen Seiten, von den politisch Verantwortlichen noch zu wenig: „Ich habe mal den Innenminister gefragt, nachdem er das 10. Mal gesagt hatte ‚Wir müssen harte Kante zeigen.‘ Wie er das definiert? Und das konnte er irgendwie nicht beantworten.“ (Interview 1) Dies führe sogar dazu, dass Menschen „mit der Überlegung spielen, das Bundesland zu verlassen, weil es immer unsicherer wird“ (Interview 9).

„Und da habe ich manchmal das Gefühl, es wird sehr viel auf die Zivilgesellschaft übertragen. Viel soll die Zivilgesellschaft regeln, was eigentlich Aufgabe der Politik ist. Das ist nicht nur beim Thema Rechtsextremismus so, das ist auch beim Klimawandel so. Ja, wir müssen die Zivilgesellschaft da immer aufstellen und Haltung haben, aber das ist auch manchmal gar nicht möglich, weil es einfach viel zu gefährlich ist. Und dann muss Politik was machen. Das ist das, was ich vorhin gemeint habe. Die demokratischen Parteien, die müssen zusammenarbeiten, wenn wir Rechtsextremismus in unseren Parlamenten verhindern wollen.“ (Interview 9)

6.6 Zusammenarbeit und Umgang mit der Stadtverwaltung

Gerade beim Thema Sicherheit, aber auch in anderen Angelegenheiten spielt die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Erfurt mit ihren Ämtern und Behörden und der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle. Die Stadt ist zum Beispiel mit der Versammlungsbehörde für den Schutz und die Ermöglichung von Demonstrationen zuständig. Ebenso unterstützt sie durch das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ das Quartiersmanagement in einzelnen Stadtteilen sowie die Mobilisierung von Teilhabe und ehrenamtlichem Engagement (vgl. Soziale Stadt Erfurt 2024). Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Zivilgesellschaft kann sich also im besten Fall gegenseitig stärken und unterstützen.

Zivilgesellschaftliche Akteur*innen äußerten sich in der Befragung unterschiedlich in Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Stadt Erfurt. Einerseits wurden positive Beispiele genannt, etwa die Zurückdrängung von Neonazi-Strukturen im Erfurter Südosten und im Norden (vgl. Kapitel 4.4.1). So wurde 2014 das Stadtteilzentrum am Herrenberg etabliert, welches soziale und kulturelle Projekte für Kinder und Jugendliche anbietet. Als weitere Maßnahme wurde das Quartiersmanagement Südost im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ ins Leben gerufen. Dies waren wichtige Schritte, um den Angeboten der extremen Rechten im Stadtteil etwas entgegenzusetzen. Gleichzeitig gab es seit Bestehen der „Kammwegklausen“ und später des „Nationalrevolutionären Zentrums“ Proteste von Bürgerinitiativen und Antifaschist*innen. Auch forderte eine antifaschistische Initiative den Vermieter der Kammwegklausen auf, den Mietvertrag zu beenden (Antifaschistische Koordination Erfurt 2014). Die Stadt Erfurt griff ein und verhandelte seit 2015 mit dem Vermieter über einen Gebäudetausch, da dieser nicht bereit war, den Mietvertrag zu beenden. 2020 konnte die „Kammwegklausen“ schließlich durch das Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und Kommune geschlossen werden (Schmidtke und Hoffmann 2021). Im Fall der von der NSP genutzten Räumlichkeiten am Herrenberg kam es vor allem durch den Druck der Zivilgesellschaft auf die das Gebäude besitzende Immobilienfirma schließlich zur Kündigung des Vertrags. Auch die Kooperation mit der Stadtverwaltung werteten Interviewte als positiv (Interview 2 & 4). Eine ähnlich erfolgreiche Zusammenarbeit lässt sich im Erfurter Norden beobachten. Hier kam es nach einem Zuzug von Neonazis neben zivilgesellschaftlichen Aktionen zu einer Austauschrunde aus Quartiersmanagement, Stadtverwaltung und Polizei. Auch hier konnte die Angriffsserie letztlich durch das Zusammenwirken der verschiedenen Akteur*innen gedämpft werden (Interview 2). Darüber hinaus sei laut Interviewten die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung sehr abhängig von einzelnen Personen in den jeweiligen Positionen:

„Wir haben aber auch besonders mit der Versammlungsbehörde, teils [...] gute Kooperation erlebt. Ich glaube, das hängt auch manchmal bisschen an den Personen. Du meinstest vorhin,

man kennt sich auch an der Stelle. Da funktioniert es an einigen Stellen auch ganz gut. Das ist einfach auch sehr unterschiedlich an einigen Stellen.“ (Fokusgruppe)

Befragte berichteten von einer gelingenden Zusammenarbeit, wenn man sich persönlich kenne und die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen Verwaltungsabläufe und die korrekten Ansprechpersonen kennen:

„Und dann gibt es durchaus das, was wir beobachten, Stellen, die dazu bereit sind, uns zu unterstützen, wenn wir denn konkret wissen, was wir brauchen. Das heißt, von welcher Stelle wir welche Gelder brauchen, von wo wir welche Informationen brauchen, wenn man sich denn auskennt und die Infrastruktur und die Verwaltungsstrukturen begriffen hat. Dann ist es durchaus so, dass da Antworten kommen. Dass das auch gefördert und votiert wird, was an Anträgen eingereicht und Aktionen vorgeschlagen wird. Aber es ist überhaupt nicht so, dass es Ansprechpersonen gibt, die einem helfen, Projekte sinnvoll umzusetzen. Das ist, denke ich, der Gap, der Kooperationen wahnsinnig schwer macht.“ (Fokusgruppe)

Insgesamt wurde der Wunsch nach klaren Ansprechpersonen und klar erkennbaren Zuständigkeiten der jeweiligen Ämter und Personen, die es bei der Stadtverwaltung gibt, mehrfach geäußert (Interview 2, Fokusgruppe). Damit würden auch die Hürden für die engagierte Zivilgesellschaft herabgesetzt, sich zu engagieren. Dabei sei eine erhöhte Transparenz und leichtere Zugänglichkeit entscheidend. Ein*e Interviewpartner*in schlug vor, sich an Jena zu orientieren, wo „zum Beispiel die Stadtratsarbeit oder auch die Stadtratsbeschlüsse durch die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit immer hinterher noch mal öffentlich in den sozialen Medien gezeigt“ werde (Interview 3). Dies sei u. a. wichtig, da auch der Stadtrat Entscheidungen treffe, die nach außen kommuniziert und erklärt werden müssten.

Gleichzeitig gab es von zivilgesellschaftlicher Seite viel Kritik: Teilweise würden den Engagierten Steine in den Weg gelegt (Interview 9, Fokusgruppe). Insgesamt wird sich ein unterschiedenes Vorgehen gegen rechtsextreme, rassistische, antisemitische, queergefeindliche oder sexistische Vorfälle gewünscht. Zum Beispiel schilderte eine Befragte den Eindruck, dass rechtsextreme Gruppen häufig mit linken Gruppierungen gleichgestellt würden, obwohl „sie ein ganz anderes Level haben an Gefährdungsmöglichkeit oder an Gewaltanwendungen“ (Fokusgruppe). Auch erfahre zivilgesellschaftliches Engagement nicht immer die Unterstützung, die es verdiene:

„Ich beschreibe es mal an einem Beispiel. Als es am 20.01.2024 eine Großdemonstration in Erfurt gab und der ganze Domplatz voller Schnee war, war es unmöglich, die Ordnungsbehörde davon zu überzeugen, dass sie den Domplatz vom Schnee frei räumen. [...] Ich glaube, dass es Handlungsspielräume im Umgang mit diesen vielen genannten Strukturen gibt, die noch nicht gut ausgeschöpft sind.“ (Interview 10)

Insgesamt wurde der Stadtverwaltung in Hinblick auf den Verwaltungswillen, die Zivilgesellschaft zu unterstützen, rechtsextreme und menschenfeindliche Ideologien zu erkennen und diesen entgegenzutreten oder interne Abläufe und Strukturen zu etablieren, die bspw. rassismussensibel oder queersensibel sind noch viel „Luft nach oben“ (Interview 10) attestiert. Dabei sei auch der Personalmangel in der Stadtverwaltung ein enormes Problem (Interview 1), unter dem aber nicht die Zivilgesellschaft leiden dürfe. So wurde beispielsweise kritisiert, dass das Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt mit wenig Engagement in

der Stadtverwaltung umgesetzt werde (Interview 9). Gleichzeitig berichteten Befragte immer wieder, dass sie das Gefühl hätten, die Stadt verschließe ihre Augen vor rechtsextremen Tendenzen. Damit zusammenhängend wurde ein besonders drängendes Problem deutlich: Zivilgesellschaftliche Akteur*innen beschrieben vielfach das Gefühl, dass Verantwortlichkeiten auf sie abgewälzt würden, z. B. das Monitoring rechtsextremer und menschenfeindlicher Ideologien. Hier würden laut Befragten zivilgesellschaftliche Akteur*innen zwar in Zusammenarbeit mit der Stadt an der Lösung städtischer Herausforderungen beteiligt. Die Verantwortung für die Beobachtung solcher Tendenzen sowie das Erarbeiten von Lösungskonzepten dürfe aber nicht primär bei der Zivilgesellschaft liegen, hier müsse die Stadt einen größeren Anteil übernehmen (Interview 9, 10 & 11, Fokusgruppe).

Insgesamt wird deutlich: Die Zivilgesellschaft wünscht sich eine klarere Positionierung der Stadt und auch des Stadtrates, eine größere Anerkennung ihrer Leistung und ihres Engagements und gleichzeitig keine Überschätzung ihrer Ressourcen.

Die Art und Weise der Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft müsse aber besser abgestimmt sein – auch bezogen auf das Thema Sicherheit zivilgesellschaftlicher Akteur*innen. Zudem wünschen sich sowohl zivilgesellschaftliche als auch Akteur*innen der Verwaltung, dass mehr über die Zusammenarbeit geredet wird, über gegenseitige Erwartungen, über Ressourcen und über die geeigneten Partner*innen und Ansprechpersonen bei Problemen (Interview 2). Diese „Herausforderungen“ könnten „effektiver“ gestaltet werden (Interview 8).

Auch vom Stadtrat wird sich eine klarere Positionierung gewünscht, gerade in Hinblick auf den Umgang mit der rechtsextremen AfD:

„In der Vergangenheit hat der Stadtrat meines Erachtens immer wieder in wichtigen Situationen auch Position bezogen. Das ist in den vergangenen Jahren etwas zurückgegangen, warum auch immer. Das hat, glaube ich, unterschiedliche Gründe, weil man natürlich auch durch eine bestimmte Aufmerksamkeit den anderen eine bestimmte Plattform bieten möchte. Das wird sich vielleicht auch durch die Wahlen jetzt noch mal ein bisschen verschieben und vielleicht auch noch mal herauskristallisieren, dass man dort politisch stärker wieder Statements aufbringen muss.“ (Interview 8)

Außerdem wurde mehr Engagement seitens der Stadt Richtung Zivilgesellschaft gewünscht: „Was mir manchmal noch fehlt oder wo wir lange drüber geredet haben, sind so die Demokratie-Stellen in den Quartieren selbst, vor allen Dingen betroffener Quartiere wie der Herrenberg.“ (Interview 1). Viele Strukturen würden Aufgaben übernehmen, für die sie ursprünglich gar nicht angedacht gewesen seien. Hier wird von einer Befragten mehr Selbstevaluierung der Kommune gefordert, da dies schnell zur Überbelastung von ehrenamtlichen Strukturen und den dahinterstehenden Personen führe (Interview 2). Viel Arbeit fände „on-top“ zur eigentlichen Arbeit statt und sei eine Zusatzbelastung, die außerdem wichtigen Themen und Entscheidungen vor Ort, z. B. wenn es um die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strukturen vor Ort gehe, nicht gerecht werde (Interview 2).

Eine Befragte schilderte ihren Eindruck: „Wenn man eine bestimmte Herausforderung hat, weiß man manchmal nicht, wen in der Stadtverwaltung muss ich denn da jetzt ansprechen? Und die müssten mehr in die Netzwerke gehen“ (Interview 1). Viel mehr müsste der Umgang

mit Ressourcen besser evaluiert und eingeschätzt werden. Dabei müsse auch gefragt werden, ob die gerade zuständige Struktur die Aufgabe gut mache oder was sie brauche, um die Aufgabe noch besser ausführen zu können oder ob ggf. eine andere Struktur vielleicht besser geeignet sei (Interview 2).

6.7 Finanzielle Ressourcen

Um zivilgesellschaftliches Engagement aufrechtzuerhalten, ist eine dauerhafte Finanzierung von Vereinen, Projekten und Veranstaltungen elementar. Zivilgesellschaftliches Engagement braucht Räume, um sich zu entfalten, Mitarbeiter*innen mit langfristigen Jobausichten und Zeit, um sich zu etablieren. Doch die Finanzierung von zivilgesellschaftlichem Engagement reicht häufig nicht aus, um genügend Personal zu finanzieren. Viele Vereine und Projekte müssen jedes Jahr neue Förderanträge stellen, die von politischen Mehrheitsverhältnissen abhängig sind. Vor diesem Problem stehen auch wichtige Erfurter Akteur*innen:

„Und was natürlich immer gewünscht ist, ist eine strukturelle Sicherung der Förderung, also dass es einfach da klare Angaben gibt, wie gefördert wird. Und ich glaube, was generell immer auch ein Thema ist, ist halt auch immer die Länge der Förderung. Und dass eben dieses eine Jahr und dann muss man wieder schauen im nächsten Jahr usw., also einfach längere Perioden von Förderung und rechtzeitige sichere Zusagen. Das sind auf jeden Fall Bedarfe, die mit in dieses Bedürfnis von Sicherheit reingehen bzw. es ja nicht nur so ist – Bedürfnis klingt so, als wäre es zwar schön – aber es ist halt eigentlich eine Grundvoraussetzung von guter Arbeit, dass man der auch nachgehen kann, weil man eben verbindlich dann wiederum auch Zusagen treffen kann.“ (Interview 2)

Vielen Projekten und Institutionen fällt es schwer, unter den beschriebenen Bedingungen „gute Arbeit zu machen“ bzw. ihren eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. So wurde von Problemen berichtet: einer hohen Fluktuation an Mitarbeitenden wegen der unsicheren Arbeitsbedingungen, Qualitätsverlust wegen zu wenig Personal und Stundenumfang, ausfallende Veranstaltungen, weil man diese am Jahresende ohne Zusicherung der Finanzierung nicht planen könne und Versorgungslücken (Interview 2, 3, 9 & 10, Fokusgruppe). Gleichzeitig gibt es die Befürchtung, dass sich diese Herausforderungen unter einer erstarkenden AfD noch verschärfen werden (vgl. Kapitel 3.4).

„[...] und wer weiß, wie sich so was dann im Nachgang nach den Wahlen oder den Einflussmöglichkeiten auch auf kommunaler Ebene entwickelt. Wenn sich da plötzlich Tore öffnen, auch für die AfD. Denn das wird auch so weitergehen, dass da die Angriffe auf diejenigen geschehen, die das Geld bereitstellen und diejenigen, die das Geld bekommen, um ihre Projekte umzusetzen.“ (Interview 10)

Ein großer Anteil der Förderung kommunaler Projekte ist von Bundesprogrammen wie *Demokratie leben!*, Landesprogrammen wie *Denk bunt* oder der Stadt Erfurt abhängig. Die Programme sind zeitlich begrenzt und oft von politischen Rahmenbedingungen abhängig, was die Nachhaltigkeit der Projekte einschränkt. Hier sind dauerhafte und sichere Strukturen zur Förderung des Engagements angeraten, wie dies bspw. in Form eines Demokratiefördergesetzes auf Bundes- oder Landesebene möglich wäre.

6.8 Normalisierung rechtsextremer Positionen und Nicht-Positionierung der Bevölkerung

Als besonders schwerwiegende Herausforderung für die lokale Zivilgesellschaft wurde immer wieder genannt, dass sich zu wenige Menschen ehrenamtlich engagieren und prodemokratisch positionieren (vgl. Kapitel 6.4). Einerseits würden viele Erfurter Akteur*innen die Augen vor rechtsextremen Positionen verschließen, andererseits würden sich viele Vereine und Organisationen nicht klar nach außen zu Demokratie, Menschenrechten und Weltoffenheit bekennen. Besonders auf Stadtteilebene bestehe die Herausforderung, einen Minimalkonsens im eigenen Wirkungskreis zu erreichen, der rechtsextreme oder rassistische Meinungen ausschließe. Dabei spiele insbesondere der Umgang mit der AfD und AfD-Wähler*innen eine zentrale Rolle:

„Und es wird auch die größte Herausforderung sein, miteinander zu diskutieren, wie man weiter mit der AfD umgeht. Schließt man die aus Diskussionen [aus] oder nicht? Lädt man sie mit ein? Lädt man sie aus? Ich glaube, das wird noch mal eine Herausforderung sein.“ (Interview 1)

„Also ich sage mal, die Diskussion spielt unterschwellig schon lange eine Rolle. Also gerade für diese extrem Rechte, extremistische Kleinstparteien – die Neue Stärke Partei – gab es einen absoluten Konsens darüber, dass die nicht Teil der Stadtteil-Konferenz sind.“ (Interview 3)

So sei es wichtiger denn je, ein Leitbild zu erarbeiten, welches auch die Positionierung gegenüber rechtsextremen Einstellungsmustern enthalte. Dafür sei es notwendig, auch sehr unterschiedliche Standpunkte miteinander zu diskutieren. Besonders das Thema Gendern hat in der Vergangenheit bei verschiedenen Akteur*innen zu Konflikten geführt (Interview 1 & 2).

Dazu wurde der Bedarf geäußert, sich mehr untereinander zu vernetzen, verschiedene Sichtweisen auszutauschen und voneinander zu lernen.

„Ich glaube, man muss die Jugend gerade mit Wissen stärken, mit Argumenten stärken. Nicht nur die Jugend, sondern auch allgemein. Ich glaube, dass bei der Aussage "Ich bin unpolitisch" meinen sie eigentlich, dass sie parteipolitisch nicht unterwegs sind. Weil, was ist politisch? Alles ist politisch. Ich glaube, dieses Verständnis braucht es wieder, dieses antifaschistische solidarische Handeln miteinander füreinander eintreten. Da braucht es ganz viel Wissen. Und da müssen Projekte weiter gefördert und weitreichender organisiert werden.“ (Fokusgruppe)

6.9 Handlungsbedarfe aus Sicht der lokalen Zivilgesellschaft

Politik, Verwaltung und Strafverfolgungsbehörden

In den Interviews wurde vermehrt der Wunsch geäußert, dass sich alle demokratischen Akteur*innen auf kommunalpolitischer Ebene stärker für einen demokratischen Grundkonsens

und gegen rechtsextreme Akteur*innen und Meinungen positionieren. Rechtsextremen Akteur*innen hingegen sollte so wenig Bühne geboten werden wie möglich.

Einige Befragte äußerten den Wunsch nach mehr Kontaktstellen zu Polizei und Strafverfolgungsbehörden, die sensibel mit Zivilgesellschaft und marginalisierten Gruppen umgehen. Dazu bedürfe es einer strukturierten begleitenden Bildungsarbeit schon während der Ausbildung von Polizeianwärter*innen.

Ebenso wurde mehrfach geäußert, dass es strukturelle Sicherung und Verbindlichkeiten von Förderungen brauche, ebenso wie rechtzeitige Informationen über Förderbedingungen und -änderungen.

„Also Sicherheit und Verbindlichkeit sind auf jeden Fall Bedarfe und [...] als dann das mit dem Bundeshaushalt war, war es natürlich auch gut zu wissen, dass die Stadt zum Beispiel hinter den Projekten steht. Also es ist ja momentan so, dass die Stadt diese vorübergehende Finanzierung übernimmt, bis Bescheid und [...] das Geld vom Bund da sind und quasi in die Bresche springt. Und ich glaube, das ist auch ein wichtiger Punkt, dass man halt weiß, dass eben Verwaltung bzw. Entscheidungsträger und -trägerinnen hinter den Projekten stehen und diese auch mittragen und in dem Sinne dann auch mit verteidigen oder unterstützen über so Unsicherheiten, die dann ja manchmal auch wirklich an Bund oder Land oder so hängen, quasi mittragen und das halt weiter ermöglichen.“ (Interview 2)

Lokale Strukturen

Auch die lokalen Institutionen, bspw. Vereine, Unternehmen und Kirchen, sollten sich stärker in Bereichen der Demokratieförderung, Diversität und Integration einbringen als bisher. So seien auch Arbeitgeber*innen in der Verantwortung für ihre Mitarbeitenden und sollten dementsprechende Angebote, z. B. für Demokratie- und Medienkompetenz anbieten oder organisieren. Nicht nur die Qualifikation der Mitarbeitenden im Arbeitsgebiet sei wichtig, sondern auch die Frage, was es für das Unternehmen bedeute, wenn Arbeitnehmer*innen antidemokratische Ansichten vertreten und wie sich das auf das Unternehmen auswirken könne (Interview 3).

Soziale Integration und Bildung

Die räumliche Segregation und die damit zusammenhängende soziale Segregation werden von den Befragten als große Faktoren für die Entstehung von gesellschaftlichen Herausforderungen gesehen. Gerade dort, wo es wenige soziale Angebote und damit die Möglichkeit der gesellschaftlichen Integration gebe, können sich rechtsextreme Einstellungen verfestigen und entstehen. Rechtsextreme Akteur*innen könnten hier ohne Gegenmacht Angebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene schaffen. Gerade in den sozialstrukturell benachteiligten Ortsteilen bedarf es besonderer Integrationsanstrengungen – durch Freizeitangebote, Bildungs- und Betreuungsangebote und einer Verbesserung der ökonomischen Situation der Bewohner*innen. Auch Integrationsangebote für Migrant*innen müssten intensiviert werden. Dazu seien auch genügend Schulplätze sowie ausgebildete Pädagog*innen notwendig, um Kinder mit Migrationshintergrund frühzeitig zu unterstützen (Interview 1 & 3).

Gleichzeitig diene die Integration von Migrant*innen dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, denn die Themen Migrationspolitik und Zuwanderung sind entscheidende Mobilisierungsfaktoren rechtsextremer Akteur*innen. Dazu brauche es Orte der Begegnung und Interaktion (Interview 3). Ebenso müssten die vorhandenen hauptamtlichen Strukturen, wie bspw. die Quartiersmanagements in den Stadtteilen, in denen viele Menschen mit Migrationshintergrund leben, personell und finanziell besser ausgestattet sein. Nur so könnten die Bedarfe verschiedener Bevölkerungsgruppen erfasst werden (Interview 11).

Bedarf nach Informationen, Austausch und Vernetzung vor Ort innerhalb der Zivilgesellschaft und Stadt

Vielfach wurde der Wunsch nach zentraler Vernetzung und Austausch geäußert. Dies betrifft sowohl die Zivilgesellschaft untereinander wie die Einberufung eines Rundes Tisches oder eines Bürger-Tischs. Ein bestehendes Bündnis gegen Rechtsextremismus, welches auch Zivilgesellschaft und Verwaltung zusammengebracht habe, sei inzwischen inaktiv (Interview 8). Vorstellbar sei auch ein Netzwerk von Bündnissen. Dazu müssten jedoch Koordinierung, Strukturierung und Aufgabenverteilung klar geregelt und mit Ressourcen gewährleistet sein.

Die Austauschrunden innerhalb der Quartiere bzw. Stadtteile wurde zwar als gelungen beschrieben, der Austausch zwischen den Stadtteilen sei aber verbesserungswürdig. Dabei könnten auch Informationen ausgetauscht werden, die stadtteilübergreifend relevant seien, wie der Austausch über die Präsenz rechtsextremer Akteur*innen sowie gelungene Handlungsoptionen dagegen (Interview 2 & 3).

Außerdem komme es in Erfurt zu einer *Blasenbildung* von Engagierten. Dabei sei besonders ein Austausch zwischen dem innerstädtischen Engagement und den äußeren Ortsteilen notwendig. Dort gibt es auch Engagement, welches aber häufig nicht mit dem Engagement in der Innenstadt verknüpft sei. Ein Bedarf wurde dahingehend geäußert, alle Ortsteile mit den jeweiligen Bürgermeistern und Ortsteilräten in bestehende oder zukünftige Netzwerke einzubeziehen. Dabei sollten diese vor allem dabei unterstützt werden, sich auch für demokratische Grundstrukturen und demokratische Bildungsangebote vor Ort einzusetzen (Interview 8). Zu einem Austausch zwischen Stadtteilen komme es nur informell auf persönlicher Ebene und selten institutionalisiert (Interview 2, 3 & 6). Auch marginalisierte Personen, die sich ohnehin schon nicht sichtbar fühlten, sollten an solchen Austauschrunden beteiligt werden, um einen formellen Rahmen zu schaffen, in dem sie ihre Bedarfe formulieren können.

7 Ressourcenanalyse

7.1 Orte für Engagement

Erfurt als Landeshauptstadt und größte Stadt Thüringens verfügt über eine Vielzahl an Möglichkeiten und Orten für Engagement. Dabei spielt auch die Anzahl der Studierenden sowie die Existenz großer Institutionen wie Museen, politischer Institutionen, Bildungsstätten u. v. m. eine Rolle.

Orte und Strukturen von Engagement erstrecken sich über die ganze Stadt. In einzelnen Stadtteilen bündeln Quartiersmanagement und Stadtteilzentren Aktivitäten, vernetzten zivilgesellschaftliche Akteur*innen wie Wohnungsgesellschaften, soziale Einrichtungen, Sozialarbeiter*innen, Jugendhäuser, Vertreter*innen von Schulen und Kindergärten, „also alle, die in irgendeiner Art und Weise etwas mit dem Sozialraum zu tun haben“ (Interview 4). Diese Akteur*innen kommen durch Stadtteilkonferenzen miteinander in Kontakt, gleichzeitig dienen die Einrichtungen des Quartiersmanagements den Menschen als Anlaufstelle für mögliches Engagement und Informationen. Das Quartiersmanagement organisiert bspw. Runde Tische, organisiert Stadtteilstefen, Kunst- und Beteiligungsprojekte, schafft Projekte und Angebote für Kinder und Jugendliche und kann über einen Förderfonds finanzielle Ressourcen an Projekte von Bewohner*innen verteilen. Das Quartiersmanagement wird von den Befragten als große Ressource für die Stadtteile und für Erfurt insgesamt wahrgenommen. Sie ermöglichen in die Quartiere vernetzend hineinzuwirken, problematischen Entwicklungen vor Ort entgegenzuwirken und Engagementstrukturen zu bündeln. Gleichzeitig sei mit dem Quartiersmanagement ein „kurzer Draht“ (Interview 4) zur Stadtverwaltung und damit eine wichtige Schnittstelle zwischen Kommune und Zivilgesellschaft zwischen Ortsteil und zentraler Verwaltung gegeben. Auch Stadtteilzentren wirken in die Stadtteile hinein und sind Orte des gebündelten Engagements. Diese organisieren bspw. Nachbarschaftsprojekte und erreichen damit neue Zielgruppen. Auch diese Arbeit wird als wertvolle Ressource beschrieben, besonders für „abgeschnittene Stadtteile“:

„Ansonsten habe ich das Gefühl, dass es sehr, sehr gut angenommen ist. Es ist immer was los [...]. Und es engagieren sich wirklich viele Leute. Also wenn man einmal das Bein in der Tür hat bei den Menschen, dann engagieren sie sich total gern.“ (Interview 1)

Auch zivilgesellschaftliche Vereine, Verbände, Initiativen oder Gruppen nutzen soziokulturelle Angebote, um ihren Wirkungsbereich zu erweitern bzw. verknüpfen kulturelle Angebote mit politischen Inhalten. In einigen Stadtteilen lassen sich besonders viele Projekte und Vereine verorten. So bündelt sich besonders im Erfurter Norden ein breites Angebot subkultureller Aktivitäten, wie Klanggerüst e. V., das Alternative Jugendzentrum AJZ, das Kino und das Café Schambrowski, der Nordbahnhof und andere. Durch die Zusammenarbeit zwischen soziokulturellen Projekten und anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen konnte so im Norden die Zurückdrängung rechtsextremer Strukturen erreicht werden (vgl. Kapitel 6.6).

Darüber hinaus gibt es zahlreiche landeszentrale Einrichtungen, die in ganz Thüringen wirken, aber ihren Sitz in Erfurt haben. Häufig genannt wurden zum Beispiel das „Queere Zentrum“, welches seit 2021 besteht und als Beratungs-, Bildungs-, und Begegnungsstätte vor allem in Erfurt agiert. Besonders hervorgehoben wurde seine zentrale Bedeutung in Bezug

auf die Bündelung von Engagement. Viele Initiativen und Gruppen würden sich hier treffen, Aktivist*innen des Queeren Zentrums seien an vielfältigen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten beteiligt. Dabei werden auch Angebote für mehrfach marginalisierte Personen geboten und gegeben. Gleichzeitig bietet das Queere Zentrum Ehrenamtlichen Räume und eine Anlaufstelle für ihr Engagement (Interview 9, 10 & 11, Fokusgruppe).

Darüber hinaus gibt es in Erfurt eine große Breite an Institutionen der historischen, kulturellen oder politischen Bildung, Erinnerungsorte wie Topf & Söhne, Migrant*innenorganisationen, die Jüdische Landesgemeinde oder der Ausländerbeirat der Stadt Erfurt und viele weitere.

7.2 Ehrenamtliches Engagement und Zusammenarbeit der Initiativen

In Erfurt fanden verstärkt vor der Landtagswahl 2024, aber auch bereits im Vorfeld der Kommunal- und Europawahlen sowie Anfang 2024 zahlreiche Großdemonstrationen prodemokratischer Akteur*innen statt. Nach der Veröffentlichung der Correctiv-Recherchen Anfang Januar 2024 kam es deutschlandweit zu zahlreichen Demonstrationen. Auch in Erfurt konnten 9.000 Menschen im Zuge der „Nie wieder ist jetzt“-Demonstration auf dem Domplatz mobilisiert werden (vgl. Omas gegen Rechts Erfurt e. V. 2024). Einen Tag vor der Kommunalwahl kamen unter dem Motto „Demokratie verteidigen“ 1.000 Menschen zu einer Demonstration in Erfurt zusammen (vgl. dpa 2024a). Im Zuge der Landtagswahlen demonstrierten am 25.08.2024 fast 7.000 Menschen in Erfurt gegen Rechtsextremismus (vgl. dpa 2024b) und eine Woche später protestierten 3.000 Menschen gegen den Wahlkampfabschluss der AfD Thüringen auf dem Domplatz (vgl. Der Tagesspiegel 2024). So lässt sich allein für das Jahr 2024 ein großes Mobilisierungspotenzial für Erfurt erkennen, welches von breiten zivilgesellschaftlichen Bündnissen getragen wird. Besonders das „Auf die Plätze“-Bündnis war häufig Organisator der Großdemonstrationen in Erfurt:

„Ich glaube, was für Erfurt im Hinblick auf eine positive Bestandsaufnahme hinsichtlich der bestehenden, unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Strukturen spricht, sind so Sachen wie das „Auf die Plätze“-Bündnis. Das gibt es mittlerweile seit fast zehn Jahren und wird bald Jubiläum feiern können.“ (Interview 10)

„Es gibt zivilgesellschaftliche Bündnisse, die auch durchaus in der Lage sind, eine relativ gute Zahl an Menschen zu mobilisieren.“ (Interview 11)

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Omas gegen Rechts, das Erfurter Netzwerk für kulturelles Leben (ENkL e. V.) und Fridays for Future waren in der Vergangenheit wiederholt (Mit-)Veranstalter*innen von großen Demonstrationen und Kundgebungen. Die Zusammenarbeit zwischen den Akteur*innen wird als gelungen beschrieben und sie kann viele Menschen mobilisieren. Diese Organisationen veranstalten nicht nur Demonstrationen und Protestkundgebungen, sondern auch zahlreiche andere Aktionen, z. B. im Bereich Gedenkkultur, soziokulturelle Veranstaltungen, Diskussionsformate oder zielgruppenspezifische Aktionen.

Gleichzeitig kommt es dort, wo sich neonazistische Strukturen etabliert haben oder versuchen sich zu etablieren, häufig zu einer gelungenen Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und städtischen Akteur*innen. So konnte auf Druck der Zivilgesellschaft jedoch auch in Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement und anderen städtischen Akteur*innen die Präsenz der rechtsextremen Akteur*innen im Erfurter Südosten verringert werden. Ein weiteres Beispiel dieser Zusammenarbeit lässt sich für Ilversgehofen konstatieren. Auch hier konnten durch eine Zusammenarbeit aus zivilgesellschaftlichem Bündnis, Quartiersmanagement und Stadt rechtsextreme Akteur*innen daran gehindert werden, sich zu sehr auszubreiten und Immobilien anzumieten (Interview 10). Dazu beigetragen hat auch das Projekt "Kommunales Konfliktmanagement" (KoKoMa), das zur Bearbeitung und Prävention von Konflikten von 2021 bis 2024 als Angebot im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!" umgesetzt wurde. Dieses wurde in den Interviews als sehr hilfreich und unterstützend in der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Zivilgesellschaft beschrieben. Das KoKoMa-Projekt bot z. B. nach Situationen auf Demonstrationen, die die Zivilgesellschaft als Bedrohung wahrgenommen habe, einen Austauschort zwischen Ordnungsbehörde und zivilgesellschaftlich Engagierten (Interview 10).

Auch die PfD wird positiv hervorgehoben. Hier sei ein Ort, an dem zivilgesellschaftliches Engagement explizit unterstützt werde:

„Und ich kann nur sagen, dass es auch immer wieder schön ist zu sehen, welche Antragstellungen es aus den unterschiedlichsten Bereichen der Stadtgesellschaft gibt. Ganz egal, ob das aus dem schulischen oder außerschulischen Milieu oder aus dem migrantischen Bereich kommt. Da entwickelt sich viel. Und das bleibt hoffentlich auch der Fall.“ (Interview 10)

Ebenso verfügt Erfurt über eine große Anzahl an Anlaufstellen für verschiedene Bevölkerungsgruppen, etwa Mitglieder verschiedener Religionsgemeinschaften. Darüber hinaus existieren in der Stadt einige spezialisierte Beratungsangebote für Betroffene von Diskriminierung, die es in einer solchen Form nicht thüringenweit gibt (vgl. Kapitel 5).

7.3 Jugend

Die junge Generation wird die Zukunft von Erfurt in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wesentlich mitbestimmen. Daher wurden junge Menschen in verschiedenen Interviews als wichtige Ressource für demokratisches Engagement beschrieben. Positiv hervorgehoben wurde die bestehende Verbands- und Vereinsstruktur der Jugendarbeit in Erfurt:

„Da nehme ich schon wahr, dass es in Erfurt eine sehr große Trägervielfalt gibt, die, finde ich eine große Pluralität von Werten auch darstellt. Und das ist auch wirklich ein großes Alleinstellungsmerkmal auch in Thüringen.“ (Fokusgruppe)

Dabei führe die breite Trägervielfalt dazu, dass sich die Jugendarbeit um zahlreiche Themen wie religiöse Vielfalt, politische Ökologie und Nachhaltigkeit kümmern könne. Gleichzeitig sei die Förderung in Erfurt bereits gut aufgestellt und im Gegensatz zu vielen anderen zivilgesellschaftlichen Projekten jeweils durch einen fünfjährigen Plan gesichert, auch wenn „Potenzial nach oben auf jeden Fall da ist“ (Fokusgruppe). Auch der bestehende Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Erfurt wurde als positiv hervorgehoben.

In Erfurt besteht seit 2017 die Selbstbeteiligungsstruktur *BÄMM!* für Jugendliche (BÄMM Erfurt 2024). Diese geht zurück auf die Satzung zur Beteiligung junger Menschen in der Landeshauptstadt (Landeshauptstadt Erfurt 2024h) und erfasst als Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen deren Standpunkte, beschließt Anträge im Interesse der Kinder und Jugendlichen, die dann wiederum an Verwaltung und Politik herangetragen werden, veranstaltet gemeinschaftlich durchgeführte Jugendkonferenzen und entsendet Vertreter*innen zu verschiedenen (überregionalen) Gremien (Landeshauptstadt Erfurt 2023a). BÄMM! wird von den Interviewteilnehmenden sehr positiv bewertet und vor allem die eigenständige Arbeitsweise hervorgehoben: „Die Stadt Erfurt hat ein Selbstbeteiligungsgremium für Jugendliche, das auch sehr eigenständig arbeiten kann und darf. Und das ist aus meiner Sicht schon mal positiv auch im Vergleich mit anderen Landkreisen.“ (Fokusgruppe)

Wie bereits in der letzten Situations- und Ressourcenanalyse von 2012 für Erfurt hervorgehoben, sehen sich noch immer die Jugendeinrichtungen der Stadt v. a. im Bereich Demokratie- und Toleranzerziehung in der Verantwortung (Quent und Baumann 2012, S. 35). Dieses Engagement sollte genutzt werden, um Angebote für junge Menschen zu schaffen und deren Einbindung in relevante gesellschaftliche Prozesse aufrechtzuerhalten. Dazu ist eine personelle und finanzielle Ausstattung der Jugendeinrichtungen erforderlich.

7.4 Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung

Als Schnittstelle zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und der Stadt agieren unterschiedliche in der Verwaltung verankerte Strukturen wie Beauftragte für unterschiedliche Bereiche. KoKoMa (siehe Kapitel 7.2) trage zum Austausch zwischen Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft bei, um über Konflikte, Lösungs- und Präventionsansätze im Bereich Rechtsextremismus und Vielfaltsförderung zu sprechen. Ziel sei es, Wissen auszutauschen, über Zuständigkeiten, Strategien und Kommunikationswege zu beraten, einen gemeinsamen Handlungskoffer auszuarbeiten und aufzubauen und zukünftige Konflikte präventiv zu bearbeiten. Erwähnt wurde hier bspw. der unzureichende Umgang mit rechtsextremen Bedrohungen gegenüber einer prodemokratischen Demonstration durch das Ordnungsamt. Auch wenn der Austausch nicht immer zufriedenstellend ablief, habe das Instrument des Zusammenkommens mithilfe von KoKoMa durchaus Potenzial (Interview 1 & 10, Fokusgruppe).

Beispiele für eine erfolgreiche Zusammenarbeit sind die Positionierung der Stadt im Vorfeld der Landtagswahlen 2024 auf Anregung des „Auf die Plätze“-Bündnisses. Dabei wurde u. a. mit den Plakaten „Lieber ohne Hass“ und der Schaltung auf den Road-Side-Screens geworben. Ebenso gibt es eine regelmäßige Zusammenarbeit mit der Kulturdirektion. So ist eine kostenlose Plakatierung an den 36 „Kulturlitfaßsäulen“ im Stadtgebiet möglich, außerdem beteiligen sich am stadtweiten Projekt „Gold statt Braun“ rund um den 8. Mai zivilgesellschaftliche und kommunale Akteur*innen. Weitere Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen Kommune und Zivilgesellschaft sind die Interkulturelle Woche, der Tag gegen Rassismus oder die neu gegründete AG Stolpersteine (Interview 14). Auch mit Programmen wie dem 2024 neu gestarteten „Erfurter Nachteulen“ nimmt die Stadt zivilgesellschaftliche Bedarfe wahr (Landeshauptstadt Erfurt 2024c).

8 Handlungsempfehlungen

Erfurt ist durch eine verhältnismäßig junge und internationale Stadtbevölkerung geprägt. Dies hat besonders mit Zuzugsbewegungen zu tun, die durch gute Ausbildungs- und Studienbedingungen ausgelöst werden. Gleichzeitig spielt in Erfurt Segregation eine große Rolle. Diese ist verantwortlich für soziale und räumliche Barrieren innerhalb der Stadt. Die starke Segregation spiegelt sich auch in großen Unterschieden der sozioökonomischen Bedingungen wie Arbeitslosigkeit oder Mietpreisen wider, ebenso im Wahlverhalten in den einzelnen Stadtteilen. Auch gibt es Stadtteile wie den Erfurter Südosten und Norden, in dem demokratiefeindliche und rechtsextreme Bestrebungen durch eben diese sozioökonomischen Bedingungen auf einen besonderen Nährboden treffen und sich leichter ausbreiten und verankern. Diesen Tendenzen wird in Erfurt bereits begegnet – z. B. durch Quartiersmanagement und Stadtteilzentren. So konnten in der Vergangenheit bereits Erfolge erzielt werden beim Zurückdrängen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Doch verschiedene Herausforderungen bleiben strukturell bestehen, hinzu kommen die massiven Wahlerfolge der rechtsextremen AfD (vgl. Kapitel 4.1.1) im Superwahljahr 2024, die mit einer gesellschaftlichen Normalisierung rechtsextremer Positionen einhergehen, die sich auch auf der Verhaltens- und Einstellungsebene zeigt. Das stellt kommunale Verantwortungsträger*innen und die Zivilgesellschaft vor neue Herausforderungen und Anpassungen ihrer Arbeit.

Im Folgenden werden einige Handlungsempfehlungen, die sich aus der Situations- und Ressourcenanalyse ableiten, skizziert. Diese sind nach verschiedenen Teilbereichen bzw. Zielgruppen geordnet und stellen weniger einen fertigen Maßnahmenkatalog, sondern vielmehr eine Diskussionsgrundlage für die Zivilgesellschaft, die Kommunalverwaltung und –politik dar. Dabei wird auch Bezug genommen auf bisher unveröffentlichte Handlungsempfehlungen aus dem Projekt „Kommunales Konfliktmanagement“ (KoKoMa) Erfurt (vgl. Kapitel 7.2).

8.1 Zivilgesellschaft

In der Stadt Erfurt existiert eine gut ausgebaute, untereinander überwiegend gut vernetzte Zivilgesellschaft, die an ihre erfolgreiche Arbeit in den letzten Jahren anknüpfen kann. So konnten in den letzten Jahren viele wichtige Orte geschaffen werden, die dazu beitragen, zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken, zu fördern und diesem Raum zu geben.

Um die Zivilgesellschaft weiter zu stärken, ist die Unterstützung der Kommune unerlässlich. Hier wurde vielfach der Bedarf geäußert, eine regelmäßige und funktionierende Vernetzung zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Stadtverwaltung zu etablieren, die einen stetigen Austausch über aktuelle Herausforderungen, Verantwortlichkeiten, Bedarfe aufnehmen kann. Zwar gibt es dafür bereits verschiedene Gremien wie den Begleitausschuss der PfD oder andere Vernetzungen, diese bieten aber nicht allen Strukturen Raum zusammenzutreffen. Dabei wurde in den Interviews deutlich, dass auch kleineren zivilgesellschaftlichen Strukturen zugehört werden sollte, da diese spezifisches Wissen besitzen (vgl. Kapitel

6.4). Hierfür könnte entweder eine neue Schnittstelle zwischen Stadt/Verwaltung und Zivilgesellschaft geschaffen oder vorhandene gestärkt werden. Fragen, die im Rahmen einer solchen Vernetzung geklärt werden sollten, sind:

- Was sind jeweils Aufgaben der Zivilgesellschaft, der Politik und der Verwaltung?
- Wer kann was leisten?
- An wen muss man sich bei Herausforderungen bei der Stadtverwaltung wenden?
- Welche Stelle hilft, Projekte sinnvoll umzusetzen?

Viele engagierte Akteur*innen aus hauptamtlichen und ehrenamtlichen Kontexten kennen sich und sind in mehreren Initiativen, Gruppen oder Vereinen gleichzeitig aktiv. Dennoch gibt es oft keinen institutionalisierten Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen. Dabei spielt auch die Größe der Stadt und die Segregation der einzelnen Stadtteile eine große Rolle. So existieren zwar in den einzelnen Ortsteilen viele Angebote, die Vernetzung untereinander wird aber noch als ausbaubar beschrieben. Daher sei eine Art „Runder Tisch“, z. B. nach Vorbild des Jenaer „Runden Tisch für Demokratie“, bei dem Zivilgesellschaft und kommunale Verwaltung regelmäßig zusammen kommen, auch in Erfurt wünschenswert. Dabei sollte diese Akteursrunde stadtweit agieren, sich immer in unterschiedlichen Stadtteilen treffen und somit auch die Stadtteile und die damit zusammenhängenden Quartiersmanagements untereinander vernetzen. Eine hauptamtliche Struktur könnte diese Akteursrunde anregen und koordinieren, damit ehrenamtliche Akteur*innen nicht überfordert werden. Auch KoKoMa empfiehlt den Ausbau der Vernetzung „der für die Bearbeitung von Konflikten relevanten Akteur:innen“ (KoKoMa i. E., S. 2). Beide Vernetzungsansätze könnten miteinander verbunden werden.

Wichtig ist, dass sich alle teilnehmenden Akteur*innen einem demokratischen Grundkonsens für gemeinsame Ziele verpflichten. Besonderer Blick sollte dabei auch auf die Einbeziehung der Erfurter Randbezirke und Dörfer gelegt werden. Zu diesen Regionen besteht wenig Austausch. Ebenso wurde explizit der Bedarf geäußert, sich bei den Akteurstreffen um die Teilnahme marginalisierter Gruppen zu bemühen, um mehr über deren Bedarfe zu erfahren und diese einbeziehen zu können.

Viele zivilgesellschaftliche Akteur*innen sind in ihrem jeweiligen Wirkungskreis mit der gesellschaftlichen Normalisierung rechtsextremer Positionen konfrontiert. Hier ist Unterstützungsbedarf nötig. Dazu könnten Workshops für Initiativen, Vereine und andere Gruppen nützlich sein, die das Ziel verfolgen, Leitbilder mit demokratischen Grundwerten für die Zusammenarbeit in einem Stadtteil zu verfassen. Ebenso wurde der Bedarf geäußert, wieder mehr Argumentationstrainings gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Äußerungen durchzuführen. So werden der lokalen Zivilgesellschaft Instrumente an die Hand gegeben, sich gegen rechtsextreme Einflussnahme zu behaupten und dieser im eigenen Engagementsbereich frühzeitig entgegenzuwirken.

Gleichzeitig spielte das Thema eigene Sicherheit und Sicherheit von Mitstreiter*innen eine relevante Rolle in den Interviews und in der Fokusgruppe. So äußerten mehrere Befragte die Sorge vor der Zunahme rechtsextremer Gewalt, die es auch jetzt schon gebe und durch viele Beispiele in den Interviews belegt wurde. Die Strafverfolgungsbehörden und auch die Kommune nehme dieses Thema allerdings nicht ernst genug (vgl. 4.4.2). Daher wurde der Bedarf

an Schutzkonzepten geäußert. (vgl. Kapitel 4.4.2) Die Übergriffe müssten von den Strafverfolgungsbehörden auch deutlich konsequenter verfolgt werden. Möglicherweise könne hierzu ein behördlicher Maßnahmenkatalog geschaffen werden, der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar ausweist, zeitlich realistische Ziele steckt sowie Selbstverpflichtungen enthält. Ein ähnliches Instrument schlägt die Steuerungsgruppe von KoKoMa mit „sektor- und fachbereichsübergreifenden Handlungsleitfaden, [entwickelt] in Zusammenarbeit von Verwaltung, Polizei und Zivilgesellschaft“ für akute Konfliktlagen vor (KoKoMa i. E., S. 6).

Insgesamt entfaltet die Zivilgesellschaft eine Fülle an Aktivitäten in der ganzen Stadt. Allerdings sind diese Aktivitäten, der damit verbundene Kampf gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Weltoffenheit für viele Erfurter*innen noch nicht sichtbar genug. Hier sollte die Zivilgesellschaft dringend an Konzepten arbeiten, ihre Arbeit stärker nach außen darzustellen. Dabei könnten relevante lokale Medien genutzt werden, in denen sich regelmäßig jeweils eine Initiative oder Gruppe vorstellt. Auch eine Art „Markt der Möglichkeiten“ in den sozialen Medien, in denen sich Akteur*innen vorstellen, könnte etabliert werden. So könnten auch neue Zielgruppen erschlossen werden und mehr Menschen auf die wichtige Arbeit für die Demokratie aufmerksam gemacht werden. Denn die derzeit engagierten Personen sind teils bereits an ihrer Überlastungsgrenze angekommen und könnten durch neue Engagierte entlastet werden (vgl. Kapitel 6.4).

8.2 Umgang kommunaler Institutionen und der Öffentlichkeit

Der in Erfurt zu verzeichnenden rechtsextremen Raumnahme (vgl. Kapitel 4.4) muss entgegengetreten werden, um Betroffene zu schützen und die demokratische Kultur in der Stadt zu bewahren. Dazu bedarf es klarer Haltung der Erfurter Akteur*innen, kommunalen Verantwortungsträger*innen und der politischen Mandatsträger*innen.

Die lokale Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Bestandteil der lokalen, aber auch überregionalen und bundesweiten Demokratie. Hier werden Aktionen umgesetzt, die marginalisierte Bevölkerungsgruppen bestärken und demokratische Werte mit Leben füllen. Die Arbeit lastet auch in Erfurt dennoch auf verhältnismäßig wenigen Schultern, viele Aktive sind in mehreren Funktionen engagiert. Ein Grund für die Überlastung ist auch, dass zivilgesellschaftliche Akteur*innen häufig das Gefühl haben, Aufgaben zu übernehmen, die über ihre Ressourcen hinausgehen. Hier kann die Verwaltung durch strukturelle Unterstützung die Zivilgesellschaft entlasten. Dazu gehört auch eine klare Verantwortlichkeit bzgl. Zuständigkeiten. (vgl. Kapitel 6.6)

Gleichzeitig müssen auch Räume geschaffen werden, in denen Zivilgesellschaft agieren kann. Diese Räume sollten stadtweit verteilt, mit Infrastruktur ausgestattet und niedrigschwellig verfügbar sein. Nur wenn es Räume gibt, wo diskutiert und geplant werden kann, kann die Zivilgesellschaft ihr volles Potenzial entfalten. (vgl. Kapitel 6.7)

Ehrenamtliches Engagement braucht auch Anerkennung. Dabei sollte es nicht nur um symbolische Wertschätzung gehen, sondern auch materielle und finanzielle Vorteile für Engagierte geben. Eine Befragte brachte vergünstigten oder kostenlosen ÖPNV für engagierte Jugendliche ins Gespräch. Auch verminderte Eintrittsgelder bei beliebten Einrichtungen oder

Gutscheine könnten eine Überlegung sein, um Anreize für Engagement zu schaffen (Fokusgruppe).

8.3 Soziale Teilhabe und Integration

Um allen Bevölkerungsgruppen soziale Teilhabe zu ermöglichen, sind ebenso weitere Anlaufstellen wie Quartiersmanagements oder Stadtteilzentren erforderlich, um die Herausforderungen in den stark segregierten Stadtteilen zu erfassen und gezielt Angebote zu schaffen. Hierbei sollte ein Fokus auf den Zielgruppen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund liegen, um ihre gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten zu erhöhen. Die Angebote sollten mit dem Lernort Schule abgestimmt sein. (vgl. Kapitel 5.1)

Auch sollten Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innenverbände stärker in die aktive Demokratiearbeit einbezogen werden. Arbeitgeber*innen haben eine Verantwortung für ihre Angestellten und sollten sich daher bemühen, auch an der Arbeit z. B. Angebote in Form von Workshops anzubieten, die Argumentationstraining gegen Rechtsextremismus, Themen von Ungleichheit etc. behandeln. Hier kann das bereits bestehende Netzwerk „Weltoffenes Thüringen“ einbezogen werden und in Erfurt noch stärker Aktivitäten entfalten. Bspw. könnten die hier vertretenen Unternehmen aus Erfurt gezielt für demokratiefördernde Aktivitäten angesprochen werden. (vgl. Kapitel 6.2)

Um soziale Teilhabe für alle Bevölkerungsschichten in Erfurt zu ermöglichen, sollten regelmäßig zugängliche, konsumfreie oder zumindest konsumarme Veranstaltungen gefördert werden. Hier sind Zivilgesellschaft und Kommune gleichermaßen gefragt. Beispielsweise könnte zum Stadtfest oder anderen stadtbekannten Veranstaltungen der ÖPNV kostenlos angeboten werden. So könnten alle Menschen auch aus den Gebieten außerhalb der Innenstadt an den Veranstaltungen teilnehmen.

8.4 Bildung

Als weiterer Punkt zur Förderung der demokratischen Kultur in Erfurt wurden in den Interviews immer wieder Bedarfe nach Bildungsangeboten benannt. (vgl. Kapitel 6.9) Dies betrifft bspw. klassischen Workshops und Seminare zu rechtsextremen Strukturen und Argumentationstrainings gegen rechtsextreme Positionierungen. Diese wurden sowohl für die zivilgesellschaftlichen Strukturen selbst, als auch für Jugendliche im Allgemeinen als notwendig erachtet. Dafür stehen bereits zahlreiche Angebote zur Verfügung, z. B. vom Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit „DenkBunt“ (vgl. Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport o. J.). Diese sollten verstetigt und ausgeweitet werden. KoKoMa empfiehlt im Themenkomplex Prävention auch Schulungen und Formate des Wissenstransfers für Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung. Thematisch sollten diese bspw. Konflikte, Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus beinhalten (KoKoMa i. E., S. 7).

Darüber hinaus wurde auch der Bedarf nach Workshops und Begleitung für interne Abstimmungen innerhalb der zivilgesellschaftlichen Netzwerke und Initiativen benannt, die bspw. die gemeinsame Entwicklung eines Leitbilds zum Ziel haben. (vgl. Kapitel 6.8)

8.5 Politik: Bund, Länder und Kommunen

In Erfurt gibt es viele Strukturen, Projekte und Räume, die wichtige Arbeit leisten und auf erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre zurückblicken können. Diese Projekte dürfen nicht abgebaut werden, im Gegenteil müssen sie erhalten bleiben und langfristig ausgebaut werden. Als essenziell für eine starke Zivilgesellschaft wird die finanzielle Absicherung sowohl hauptamtlicher als auch ehrenamtlicher Strukturen beschrieben. Dies ist besonders die Aufgabe der Politik von Bund, Ländern und Kommunen. Dabei sollte die staatliche Förderung langfristig stattfinden und die Förderung wesentlicher Projekte und Institutionen in Regelstrukturen überführt werden. So können die Angebote langfristig und nachhaltig gestaltet werden. Eine Möglichkeit, Demokratiearbeit langfristig zu sichern, besteht darin, von der derzeitigen Projektförderung abzurücken und langfristiges Engagement durch Demokratiefördergesetze auf Bundes- oder Landesebene abzusichern. Außerdem sollten Antragstellung und Abrechnung von Förderprogrammen so einfach wie möglich gestaltet werden, um die Kapazitäten und Ressourcen für die inhaltliche Arbeit verfügbar zu machen, die heute häufig in der Projektverwaltung gebunden sind. (vgl. Kapitel 6.4)

Gleichzeitig muss es weiterhin gesichert finanzierte Anlaufpunkte und Beratungsstellen für marginalisierte Gruppen geben. Darüber hinaus gibt es den Bedarf am Ausbau zivilgesellschaftlicher Melde- und Dokumentationsstellen für verschiedene Diskriminierungsformen, zum Beispiel für queerfeindliche Vorfälle. (vgl. Kapitel 5.2) Die zivilgesellschaftliche Dokumentation kann dabei helfen, den Graubereich der alltäglichen Diskriminierung zu erhellen und so das Ausmaß zu bestimmen.

9 Literaturverzeichnis

- AfD Thüringen (2022): Instagram-Post vom 09.09.2022. Online verfügbar unter <https://www.instagram.com/p/CiS6QyeNfj8/?hl=de>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2020): Rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Online verfügbar unter https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Umfragen/umfrage_rass_diskr_auf_dem_wohnungsmarkt.pdf?__blob=publicationFile&v=4, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Antifaschistische Koordination Erfurt (2014): Brief der [ake] an den Eigentümer der Kammwegklausen. Online verfügbar unter https://erfurtnazifrei.wordpress.com/wp-content/uploads/2014/02/brief_kammwegklausen_web.pdf, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Arzheimer, Kai; Berning, Carl C. (2019): How the Alternative for Germany (AfD) and their voters veered to the radical right, 2013–2017. In: *Electoral Studies* 60, S. 102040. DOI: 10.1016/j.electstud.2019.04.004.
- Autor:innenteam MOBIT (2021): Die Neonaziszene in Thüringen: Strukturen, Pande-mieleugnung und Immobilien. In: ezra, MOBIT, KomRex und IDZ (Hg.): Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen. Fakten und Analysen 2020. Erfurt/Jena (Thüringer Zustände, 2020), S. 66–78.
- BÄMM! Erfurt (2024): BÄMM! – Beteiligungsstruktur für junge Menschen in Erfurt. Online verfügbar unter: <https://baemm-erfurt.de/>, zuletzt geprüft am 21.10.2024.
- Beck, Kilian (2024): Militante Rechte bei AfD-Abschlusskundgebung mit Höcke in Thüringen. In: *Frankfurter Rundschau*, 03.09.2024. Online verfügbar unter <https://www.fr.de/politik/bjoern-hoecke-afd-demo-erfurt-thueringen-wahl-neonazis-nu-rechtsextremismus-zr-93277762.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Best, Heinrich; Niehoff, Steffen; Salheiser, Axel; Vogel, Lars (2017): Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORs 2017. KomRex. Jena. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/2330/tm-2017-mit-anhang.pdf>, zuletzt geprüft am 25.10.2024.
- Best, Heinrich; Vogel, Lars (2022): Was messen und wie messen wir, wenn wir ‚Rechtsextremismus‘ messen? Eine Validierung auf der Grundlage des Thüringen-Monitors. In: Andreas Beelmann und Danny Michelsen (Hg.): Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration. Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS, S. 27–58.
- Budler, Kai (2019): „Der III. Weg“ expandiert in Erfurt. In: *Endstation Rechts*, 01.03.2019. Online verfügbar unter <https://www.endstation-rechts.de/news/der-iii-weg-expandiert-erfurt>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Budler, Kai (2022): „Neue Stärke Partei“ verliert Vorsitzenden. In: *Endstation Rechts*, 19.09.2022. Online verfügbar unter <https://www.endstation-rechts.de/news/neue-staerke-partei-verliert-vorsitzenden>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.

- Budler, Kai (2024): Neue Anklagen im „Knockout 51“-Komplex. In: *Endstation Rechts*, 19.09.2024. Online verfügbar unter <https://www.endstation-rechts.de/news/neue-anklagen-im-knockout-51-komplex>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2024): Verfassungsschutzbericht 2023. Online verfügbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb2023-BMI24018.pdf?__blob=publicationFile&v=10, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Bundesverfassungsgericht (17.01.2017): Kein Verbot der NPD wegen fehlender Anhaltspunkte für eine erfolgreiche Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele. Pressemitteilung Nr. 4/2017. Online verfügbar unter <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-004.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Bundesverfassungsgericht (23.01.2024): Die Partei Die Heimat (vormals NPD) ist für die Dauer von sechs Jahren von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen. Pressemitteilung Nr. 9/2024. Online verfügbar unter <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/bvg24-009.html>, zuletzt geprüft am 21.10.2024.
- Bundeszentrale für politische Bildung (o. J.): Thüringer Heimatschutz. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500817/thueringer-heimatschutz/>, zuletzt aktualisiert am 17.02.2023, zuletzt geprüft am 08.10.2024.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2021a): Der Dritte Weg. In: *Bundeszentrale für politische Bildung*, 23.06.2021. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500824/der-dritte-weg/>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2021b): National befreite Zone. In: *Bundeszentrale für politische Bildung*, 23.06.2021. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500795/national-befreite-zone/>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2023): Thor Steinar. In: *Bundeszentrale für politische Bildung*, 17.02.2023. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500816/thor-steinar/>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Carl, Casjen (2023): Ermittlungen zu mutmaßlichen Übergriffen am Theater: Erfurter Rathausspitze bremst Gleichstellungsbeauftragte. In: *Thüringer Allgemeine*, 21.10.2023. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/article239848617/Ermittlungen-zu-mutmasslichen-Uebergriffen-am-Theater-Erfurter-Rathausspitze-bremst-Gleichstellungsbeauftragte.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Debes, Martin (2022): „Ganz normale Bürger“: Zwischen den Linien bei der Corona-Demo in Erfurt. In: *Thüringer Allgemeine*, 31.01.2022. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article401511903/corona-demo-protest-erfurt-polizeieinsatz-normale-buerger.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.

- Decker, Oliver; Weißmann, Marliese; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin. Online verfügbar unter <https://library.fes.de/pdf-files/do/07504-20120321.pdf>, zuletzt geprüft am 08.11.2024.
- democ (2024): Putin, Frieden, Vaterland: AfD-Wahlkampfabschluss in Erfurt. Online verfügbar unter <https://democ.de/artikel/afd-wahlkampf-erfurt/>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- DER SPIEGEL (2020): Beobachtung durch Verfassungsschutz: Das ist der AfD-„Flügel“. In: *DER SPIEGEL*, 12.03.2020. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-das-ist-der-fluegel-a-084fac0e-30cc-48e4-a859-034d78fb8ba3>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Der Tagesspiegel (2024): Demonstrationen: Tausende protestieren gegen AfD und Rechtsruck in Erfurt. In: *Der Tagesspiegel*, 31.08.2024. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/demonstrationen-tausende-protestieren-gegen-afd-und-rechtsruck-in-erfurt-12292106.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Deutsche Welle (2024): Eingeschüchtert und angefeindet: Moscheeneubau in Ostdeutschland. YouTube. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=Xr3HlmpPBHo>, zuletzt geprüft am 12.11.2024.
- Dieckmann, Janine; Knospe, Markus; Kaiser, Marie (2022): Situations- und Ressourcenanalyse als Grundlage für die Überarbeitung des „Jenaer Stadtprogramms gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz“. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/SR_JENA_aF_120722.pdf, zuletzt geprüft am 08.11.2024.
- dpa (2024a): Demonstrationen: Hunderte Menschen bei Demos vor Kommunalwahlen. In: *Die Zeit*, 25.05.2024. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/news/2024-05/25/hunderte-menschen-bei-demos-vor-kommunalwahlen>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- dpa (2024b): Demonstrationen: Tausende demonstrieren in Erfurt gegen Rechtsextremismus. In: *Die Zeit*, 25.08.2024. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/news/2024-08/25/zunaechst-ueberschaubares-interesse-an-demo-in-erfurt>, zuletzt geprüft am 13.11.2024.
- Endruweit; Günter; Trommsdorff, Gisela; Burzan; Nicole (2014): Wörterbuch der Soziologie. Konstanz, München: UVK-Verlagsgesellschaft mBH mit UVK/Lucius.
- Endstation Rechts (2016): NPD-Vize Frank Schwerdt ist tot. In: *Endstation Rechts*, 24.10.2016. Online verfügbar unter <https://www.endstation-rechts.de/news/npd-vize-frank-schwerdt-ist-tot>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Erfurt.de – das offizielle Stadtportal der Landeshauptstadt Thüringens (2024): Fraktionen des Erfurter Stadtrates. Online verfügbar unter <https://www.erfurt.de/ef/de/rat-haus/stadtrat/fraktionen/index.html>.
- Erfurt zeigt Gesicht: Erfurt zeigt Gesicht (2024). Online verfügbar unter https://www.youtube.com/channel/UCA_nAn2O4ifm3LPUhAA3zJQ, zuletzt geprüft am 11.11.2024.

- EXIF (2021): Fußball bleibt Fußball, Politik bleibt Politik? – die Entpolitisierung des «Jungsturm» vor Gericht. Online verfügbar unter <https://exif-recherche.org/?p=6999>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- ezra (2020): Nach brutalem rechten Angriff vor der Thüringer Staatskanzlei in Erfurt machen die Betroffenen und Zeug*innen deutlich: „Wir fühlten uns nach den ersten Medienberichten wie Täter*innen“. ezra. Online verfügbar unter <https://ezra.de/nach-brutalem-rechten-angriff-vor-der-thueringer-staatskanzlei-in-erfurt-machen-die-betroffenen-und-zeuginnen-deutlich-wir-fuehlten-uns-nach-den-ersten-medienberichten-wie-taeterinnen/>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- ezra (2021): Pressemappe Jahresstatistik 2020. Online verfügbar unter https://ezra.de/wp-content/uploads/2021/04/Pressemappe_ezra_Jahresstatistik-2020_oHnr.pdf, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- ezra (2022): Pressemappe Jahresstatistik 2021. Online verfügbar unter https://ezra.de/wp-content/uploads/2022/04/Pressemappe_ezra_Jahresstatistik2021.pdf, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- ezra (2023): ezra Jahresstatistik 2022. Pressemappe. Online verfügbar unter <https://ezra.de/wp-content/uploads/2023/04/Pressemappe-Jahresstatisti-2022.pdf>, zuletzt geprüft am 25.10.2024.
- ezra (2024a): Chronik rechter Vorfälle. Online verfügbar unter <https://ezra.de/chronik/>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- ezra (2024b): Jahresstatistik 2023. Unabhängiges Monitoring zu rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen. Online verfügbar unter https://ezra.de/wp-content/uploads/2024/04/2024-04-10_ezra_WEB_Jahresstatistik-2023_Pressemappe.pdf, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Flick, Uwe (2011): Methoden-Triangulation in der qualitativen Forschung. In: Uwe Flick (Hg.): Triangulation. Eine Einführung. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Qualitative Sozialforschung, 12), S. 27–50.
- Frömmert, Michael (2016): Genug Unterschriften für Petition: Moschee in Erfurt könnte Landtag beschäftigen. In: *Thüringer Allgemeine*, 05.10.2016. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article222002769/Genug-Unterschriften-fuer-Petition-Moschee-in-Erfurt-koennte-Landtag-beschaeftigen.html>, zuletzt geprüft am 12.11.2024.
- Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2009): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. 3., überarb. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Lehrbuch).
- Grande, Brigitte; Grande, Edgar; Hahn, Udo (Hg.) (2021): Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke. Bielefeld: transcript (Edition Politik, Band 111). Online verfügbar unter <https://library.open.org/bitstream/id/a420b77b-e44a-4acb-937f-4a7d1ac32341/9783839456545.pdf>.
- Haensel, Patricia (2024): Wo gelten AfD und Junge Alternative als gesichert rechtsextrem, und was bedeutet das? In: *RedaktionsNetzwerk Deutschland*, 26.08.2024. Online verfügbar unter <https://www.rnd.de/politik/wo-gelten-afd-und-junge-alternative-als-gesichert-rechtsextrem-und-was-bedeutet-das-BEOYLLR67FCABBNQ6ESSRUZJWM.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.

- Häußermann, Hartmut (2007): Segregierte Stadt. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/stadt-land/stadt-und-gesellschaft/64391/segregierte-stadt/>, zuletzt geprüft am 08.11.2024.
- Helbig, Marcel; Jähnen, Stefanie (2019): Wo findet ‚Integration‘ statt? Die sozialräumliche Verteilung von Zuwanderern in den deutschen Städten zwischen 2014 und 2017. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Berlin (WZB Discussion Paper, P 2019-003). Online verfügbar unter <https://www.econs-tor.eu/handle/10419/200141>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Hemkentrax, Johanna (2024a): Das Netzwerk „Knockout 51“ - Ein Prozess und seine Folgen. In: *MDR*, 01.07.2024. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/west-thueringen/wartburgkreis/knockout-einundfuenfzig-neonazis-eisenach-kampfsport-gruppe-100.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Hemkentrax, Johanna (2024b): AfD-Jugend „Junge Alternative“: Bürgerlich auftreten, rechtsextreme Ideologie verbreiten. In: *MDR Thüringen*, 16.07.2024. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/afd-ja-junge-alternative-rechts-extremismus-102.html>, zuletzt geprüft am 04.11.2024.
- Hemmerling, Axel (2023): Thüringen: Rechtsextreme „Neue Stärke Partei“ aus Erfurt im Visier der Behörden. In: *MDR*, 08.01.2023. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/neue-staerke-partei-rechtsextrem-verein-100.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Internationale Hochschule (2024): Dein Studium an der IU. Online verfügbar unter <https://www.iu.de/>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Jessen, Ralph; Reichardt, Sven; Klein, Ansgar (Hg.) (2004): Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jüdische Allgemeine (2023): Brandanschlag von libyschen Asylbewerbern auf Neue Synagoge. Online verfügbar unter: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/brandanschlag-von-libyschen-asylbewerbern-auf-neue-synagoge/>, zuletzt geprüft am 08.11.2024
- k56 aufdecken (2021): Neonazi-Überfall auf das AJZ in Erfurt bleibt straffrei. In: *Antifaschistisches Infoblatt*, 12.07.2021. Online verfügbar unter <https://antifainfoblatt.de/aib130/neonazi-ueberfall-auf-das-ajz-erfurt-bleibt-straffrei>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Kamuf, Viktoria; Helmert, Cornelius (2024a): „Blaues Auge“ statt „Blauer Welle“? Kurzanalyse zu den Kommunalwahlen 2024 in Thüringen. Unter Mitarbeit von Janine Patz und Axel Salheiser. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Wahlen_2024/WEB_IDZ_Kurzanalyse_Kommunalwahlen_Thueringen_2024.pdf, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Kamuf, Viktoria; Helmert, Cornelius (2024b): Massive rechtsextreme Landnahme in Thüringen. Kurzanalyse zur Thüringer Landtagswahl am 1. September 2024. Unter Mitarbeit von Axel Salheiser, Christoph Richter, Maik Fielitz und Fabian Klinker. Hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter <https://www.idz->

- jena.de/fileadmin/user_upload/Wahlen_2024/_8_Kurzanalyse_Landtagswahlen_Thueringen_2024.pdf, zuletzt geprüft am 08.11.2024.
- Knobloch, Sven (2020): mittendrin: Kampf gegen Rechtsextremisten im Erfurter Stadtteil Herrenberg. Hg. v. Tagesschau. Tagesschau. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-772033.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Koch, Matthias; Miehle, Marius; Beelmann, Andreas (2023a): Topografie 2021/2022: Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen. KomRex. Jena. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/2945/topografie-2021-2022.pdf>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Koch, Matthias; Miehle, Marius; Beelmann, Andreas (2023b): Topografie 2023: Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen. Forschungsbericht · Förderperiode 2023. Hg. v. KomRex. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/4994/topografie-2023.pdf>.
- Koch, Matthias; Miehle, Marius; Beelmann, Andreas (2024): Topografie 2023: Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/4994/topografie-2023.pdf>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Kommunales Konfliktmanagement (KoKoMa) Erfurt (i. E.): Handlungsempfehlungen der Steuerungsgruppe KoKoMa.
- König-Preuss, Katharina; Bilay, Sascha; Schaft, Christian (2024): Sondervotum zum Untersuchungsausschuss 7/3.
- Kontrakultur Erfurt (2024): Instagram Beitrag vom 24.08.2024. Online verfügbar unter https://www.instagram.com/p/C_D9FwrtxCr/?img_index=1, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Kröger, Kathleen (2024): Aktion in Erfurt: „Der Umgang der Stadt Erfurt mit der Causa Montavon ist ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen“. In: *Thüringer Allgemeine*, 30.01.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/lokales/erfurt/article405637330/aktion-in-erfurt-der-umgang-der-stadt-erfurt-mit-der-causa-montavon-ist-ein-schlag-ins-gesicht-der-betroffenen.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Kubitschek, Götz (2017): Selbstverharmlosung. In: *Sezession* 76, S. 26–28. Online verfügbar unter <https://sezession.de/59584/selbstverharmlosung>, zuletzt geprüft am 08.11.2024.
- Kuhn, David; Schubert, Peter; Tahmaz, Birthe (2024): VIELFÄLTIG. LOKAL. VERNETZT. Unternehmerisches und zivilgesellschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Stifterverband. Online verfügbar unter https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/ostdeutschland_vielfaeltig_lokal_vernetzt.pdf, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Kulling, Christopher (2024): Moschee in Erfurt: Situation spitzt sich zu – „Wie an einem Nasenring durch die Arena gezogen“. In: *Thüringen24*, 03.01.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringen24.de/erfurt/article300280697/moschee-in-erfurt-situation-spitzt-sich-zu-wie-an-einem-nasenring-durch-die-arena-gezogen-a.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.

- Küpper, Beate; Berghan, Wilhelm; Rees, Jonas (2019): Aufputschen von rechts: Rechtspopulismus und seine Normalisierung in der Mitte. In: Andreas Zick, Beate Küpper und Wilhelm Berghan (Hg.): Verlorene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn: J. H. W. Dietz, S. 173–202.
- Landeshauptstadt Erfurt (o. J.): Wohnungs- und Haushaltserhebung 2022. Online verfügbar unter <https://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/daten/umfragen/whe/143580.html>, zuletzt geprüft am 08.11.2024.
- Landeshauptstadt Erfurt (2020): Engagement in der Tungerstraße – Jugendhaus und Streetwork ziehen ein. Online verfügbar unter <https://www.erfurt.de/ef/de/service/aktuelles/pm/2020/136527.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Landeshauptstadt Erfurt (2023a): 12. Vollversammlung des Erfurter Schülerparlaments. Online verfügbar unter <https://www.erfurt.de/ef/de/service/aktuelles/am/2023/145773.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Landeshauptstadt Erfurt (2023b): Kampagne für Zivilcourage und gegen Diskriminierung gestartet. Online verfügbar unter <https://www.erfurt.de/ef/de/service/aktuelles/pm/2023/145649.html>, zuletzt aktualisiert am 11.11.2024, zuletzt geprüft am 22.10.2024.
- Landeshauptstadt Erfurt (2024a): Bevölkerung in Stadtteilen. Online verfügbar unter <https://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/daten/bevoelkerung/stadtteile/index.html>, zuletzt aktualisiert am 22.08.2024, zuletzt geprüft am 22.08.2024.
- Landeshauptstadt Erfurt (2024b): Entwicklung des Erfurter Stadtgebietes. Online verfügbar unter <https://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/daten/stadtgebiet/index.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Landeshauptstadt Erfurt (2024c): „Erfurter Nachteulen“ starten erste Flugversuche. Online verfügbar unter <https://www.erfurt.de/ef/de/service/aktuelles/pm/2024/148613.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Landeshauptstadt Erfurt (2024d): Ortsteil-/Ortschaftsratswahl 26.05.2024. Endgültiges Ergebnis. Online verfügbar unter https://www.erfurt.de/mam/ef/rathaus/wahlen/ergebnisse/otrat/2024/2024-05-28_ergebnisse_otr.pdf, zuletzt geprüft am 04.11.2024.
- Landeshauptstadt Erfurt (2024e): Nächste Landtagswahl. Online verfügbar unter <https://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/wahlen/land/aktuell/index.html>, zuletzt aktualisiert am 04.10.2024, zuletzt geprüft am 04.10.2024.
- Landeshauptstadt Erfurt (2024f): Stadtratsmitgliederwahl 2024 – Ergebnisse. Online verfügbar unter <https://www.erfurt.de/ef/146915>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Landeshauptstadt Erfurt (2024g): Jugendhilfeausschuss. Online verfügbar unter https://bu-ergerinfo.erfurt.de/bi/kp0040.php?__kgrnr=106&, zuletzt geprüft am 12.11.2024.
- Landeshauptstadt Erfurt (2024h): Satzung zur Beteiligung junger Menschen in der Landeshauptstadt Erfurt vom 14. März 2017. Online verfügbar unter <https://www.erfurt.de/mam/ef/rathaus/stadtrecht/5/5.070.pdf>, zuletzt geprüft am 12.11.2024.
- Lenz, Miriam; Wurster, Tim (2024): Rechtsextreme und Reichsbürger: In mindestens elf Fällen waren verfassungsfeindliche Schöffen im Amt. In: *correctiv.org*, 05.06.2024. Online verfügbar unter <https://correctiv.org/aktuelles/justiz-polizei/2024/06/05/mindestens-elf-verfassungsfeindliche-schoeffen-rechtsextreme-reichsbuerger/>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.

- Maneman, Thilo (2022): Neonazi-Angriff in Erfurt: Prozess gegen zehn Tatverdächtige gestartet. Hg. v. Belltower News. Online verfügbar unter <https://www.belltower.news/neonazi-angriff-in-erfurt-prozess-gegen-zehn-tatverdaechtige-gestartet-143455/>, zuletzt geprüft am 11.10.2024.
- Mayring, Philipp (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 13. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz.
- MDR Kulturdesk (2024a): Erfurt: Gutachten bestätigt Rechtsverstöße am Theater. In: *MDR*, 18.01.2024. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/theater-gutachten-machtmissbrauch-rechtsverstoesse-kultur-news-100.html>, zuletzt geprüft am 12.11.2024.
- MDR Kulturdesk (2024b): Erfurt: Außerordentliche Kündigung von Intendant Montavon beschlossen. In: *MDR*, 31.07.2024. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/theater-montavon-kuendigung-stadtrat-kultur-news-100.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- MDR Thüringen (2020): Nach Angriff am Erfurter Herrenberg: Debatte um Rechtsextremismus. In: *MDR*, 08.08.2020. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/herrenberg-rechtsextremismus-100.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- MDR Thüringen (2023a): „Gefährliche Orte“ in Thüringen: Diese vier Gebiete stuft die Polizei ein. In: *MDR*, 14.05.2023. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/eisenach-erfurt-gefaehrliche-orte-polizei-kriminalitaet-100.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- MDR Thüringen (2023b): Straßenbahn-Attacke auf minderjährigen Syrer in Erfurt muss neu verhandelt werden. In: *MDR*, 19.07.2023. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/strassenbahn-angriff-attacke-syrer-urteil-bgh-100.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- MDR Thüringen (2023c): AfD-Kundgebung und Gegenaktionen: Tausende Menschen demonstrieren in Erfurt. In: *MDR*, 28.10.2023. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/demonstration-kundgebung-afd-gegendemo-100.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- MDR Thüringen (2023d): Scharfe Kritik an Erfurts Oberbürgermeister nach Entlassung der Gleichstellungsbeauftragten. In: *MDR*, 05.11.2023. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/gleichstellung-kuendigung-bausewein-witzmann-100.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- MDR Thüringen (2024): Vor der Wahl: Tausende demonstrieren in Erfurt - Fotos des Tages | MDR.DE. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/demonstrationen-afd-wahlkampf-gegendemo-bilder-100.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- MOBIT (2017): Nach den rechten Häusern sehen. Immobilien der extrem rechten Szene in Thüringen. MOBIT. Erfurt. Online verfügbar unter https://mobit.org/Material/MOBIT_Nach%20den%20rechten%20H%C3%A4usern%20sehen_2018.pdf, zuletzt geprüft am 04.11.2024.
- MOBIT (2019): Dokumentation der extrem rechten Aktionen rund um die Immobilie am Erfurter Herrenberg. MOBIT. Online verfügbar unter <https://mobit.org/dokumentation-extrem-rechte-aktionen-erfurt-herrenberg/>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.

- MOBIT (2020): AfD-Stammtisch im Erfurter Braukeller. MOBIT. Online verfügbar unter <https://mobit.org/angriff/afd-stammtisch-im-erfurter-braukeller/>, zuletzt geprüft am 04.11.2024.
- MOBIT (2021): Chronik extrem rechter Aktivitäten in Thüringen. MOBIT. Online verfügbar unter <https://mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen/>, zuletzt geprüft am 04.11.2024.
- MOBIT (2022a): Im Blick – Thüringens extrem rechte Szene. Online verfügbar unter <https://mobit.org/im-blick-1/>, zuletzt aktualisiert am 07.11.2022, zuletzt geprüft am 13.11.2024.
- MOBIT (2022b): Jahresrückblick 2022. MOBIT. Online verfügbar unter <https://mobit.org/jahresrueckblick-2022/>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- MOBIT (2023): Die „Reichsbürger“-Szene in Thüringen – Ein Überblick. Online verfügbar unter <https://mobit.org/reichsbuerger-in-thuringen/>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Montagsspaziergang Erfurt (2024): Matthias. Ansprache für den Frieden. Youtube. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=IMLwwfCPtrQ>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Mudde, Cas; Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017): Populism. A Very Short Introduction. New York: Oxford University Press.
- Mudra, Kai (2024): Wahlsieger AfD schirmt sich vor der Öffentlichkeit ab. In: *Thüringer Allgemeine*, 01.09.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article407147003/wahlsieger-afd-schirmt-sich-vor-der-oeffentlichkeit-ab.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Omas gegen Rechts Erfurt e. V. (2024): Demonstration in Erfurt gegen die Politik der Rechten: Nie wieder ist jetzt! Online verfügbar unter <https://omas-gegen-rechts-erfurt.de/demonstration-in-erfurt-gegen-die-politik-der-rechten-nie-wieder-ist-jetzt>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Online-Topografie (2024): Topografie des Rechtsextremismus in Thüringen - KomRex - Uni Jena. KomRex. Online verfügbar unter <https://storymaps.arcgis.com/collections/8ea87c8fdc404cc5ae5ae0b3b9e7e144>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Quartiersmanagement Erfurt-Südost (2024): Modellvorhaben Südost. Online verfügbar unter <https://www.mein-suedost.de/modellvorhaben-suedost/>, zuletzt aktualisiert am 12.03.2024, zuletzt geprüft am 22.08.2024.
- Quartiersmanagement Magdeburger Allee (2023): Programm » Quartiersmanagement Magdeburger Allee. Online verfügbar unter <https://www.sozialestadt-erfurt.de/programm/>, zuletzt aktualisiert am 15.12.2023, zuletzt geprüft am 10.11.2024.
- Quent, Matthias; Baumann, Marie (2012): Situations- und Ressourcenanalyse für den Lokalen Aktionsplan der Stadt Erfurt. Problemaufriss 2012. Erfurt. Online verfügbar unter <https://lap-erfurt.de/wp-content/uploads/2012/09/Problemaufriss-Endfassung.pdf>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Quent, Matthias; Schulz, Peter (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH (Edition Rechtsextremismus). Online verfügbar unter https://www.researchgate.net/publication/320149284_Rechtsextremismus_in_lokalen_Kontexten_Vier_vergleichende_Fallstudien.

- recherche-nord (2024): Wahlkampfabschluss der AfD in Thüringen. Online verfügbar unter <https://recherche-nord.com/gallery/2024.08.31.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Reiser, Marion; Küppers, Anne; Brandy, Volker; Hebenstreit, Jörg; Vogel, Lars (2024): Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräemangel. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORs 2023. KomRex. Jena. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/3454/tm2023.pdf>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Richter, Christoph; Salheiser, Axel (2021): Erkennen, vernetzen, gemeinsam gestalten. Demokratischer Zusammenhalt im Spannungsfeld zwischen kommunaler Unterstützung und latenter Bedrohung. Situations- und Ressourcenanalyse für den Ilm-Kreis. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/LPfD-Ilm-Kreis-SR_Analyse_final_Onlineversion.pdf, zuletzt geprüft am 08.11.2024.
- Rüttenauer, Tobias (2022): Muster ethnischer Segregation in Deutschland – Ein Vergleich anhand räumlicher Segregationsmaße. In: Hanno Kruse und Janna Teltemann (Hg.): Differenz im Raum. Sozialstruktur und Grenzziehung in deutschen Städten. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS (Research), S. 71–109. Online verfügbar unter https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-35009-3_3.
- Sauer, Birgit (2017): Transformationen von öffentlich und privat: Eine gesellschafts- und affekthoeretische Perspektive auf Geschlechterdemokratie. In: *Bulletin Texte / Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien / Humboldt-Universität zu Berlin* (43), S. 12–29. DOI: 10.25595/2064.
- Schmidtke, Franziska; Hoffmann, Lukas Benedikt (2021): „Ich traue mich nicht mehr auf die Straße“ – Neonazistischer Alltag im Erfurter Herrenberg und seine Bekämpfung. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise. Jena, S. 98–107.
- Soziale Stadt Erfurt (2024): Programm. Online verfügbar unter <https://www.sozialestadterfurt.de/programm/>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Stadtrat Erfurt (2024): Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 07.02.2024. Online verfügbar unter <https://buengerinfo.erfurt.de/bi/getfile.php?id=889743&type=do>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt (2020): Sozialstrukturatlas 2020 der Stadt Erfurt. Erfurt. Online verfügbar unter https://www.erfurt.de/mam/ef/service/media-thek/publikationen/2020/sozialstrukturatlas_2020.pdf, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt (2021a): Erfurter Statistik. Bevölkerungsprognose bis 2040 (Kommunalstatistische Hefte, 113). Online verfügbar unter https://www.erfurt.de/mam/ef/service/mediathek/publikationen/2021/bevolkerungsprognose_bis_2040_heft_113.pdf, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt (2021b): Statistik zu Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Online verfügbar unter <https://www.erfurt.de/ef/de/leben/fuer/migranten/ratgeber/108757.html>, zuletzt geprüft am 12.11.2024.

- Steiner, Felix; Michelsen, Danny (2021): Die AfD in Thüringen: Völkischer Nationalismus als Programm. In: ezra, MOBIT, KomRex und IDZ (Hg.): Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen. Fakten und Analysen 2020. Erfurt/Jena (Thüringer Zustände, 2020), S. 79–87.
- Stelle, Markus (2024a): Wahlausschuss lässt AfD-Kandidat Möller trotz Zweifeln zur Erfurter OB-Wahl zu. In: *Thüringer Allgemeine*, 23.04.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/article242163792/Erfurter-Wahlausschuss-ringt-mit-Entscheidung-zu-AfD-Kandidat.html>, zuletzt geprüft am 04.11.2024.
- Stelle, Markus (2024b): Erfurter Grüne nennen Zulassung von AfD-Kandidat Möller skandalös. In: *Thüringer Allgemeine*, 24.04.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/article242174840/Erfurter-Grüne-nennen-Zulassung-von-AfD-Kandidat-Moeller-skandaloese.html>, zuletzt geprüft am 25.10.2024.
- STERN (2023): Feuer vor Erfurter Synagoge: Mehrere antisemitische Vorfälle in Deutschland. In: *STERN.de*, 12.11.2023. Online verfügbar unter <https://www.stern.de/panorama/feuer-vor-erfurter-synagoge--mehrere-antisemitische-vorfaelle-in-deutschland-34192074.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Süddeutsche Zeitung (2023): Etwa 1000 „Reichsbürger“ in Thüringen. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-etwa-1000-reichsbuerger-in-thueringen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230601-99-898863>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Süddeutsche Zeitung (2024): Mutmaßliche Rädelsführer der "Reichsbürger" festgenommen. Online verfügbar unter https://www.zeit.de/news/2024-05/24/mutmassliche-raedelsfuehrer-der-reichsbuerger-festgenommen?utm_source=chatgpt.com, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Sumner, William Graham (1906): *Folkways: a study of the sociological importance of usages, manners, customs, mores, and morals*. Boston: Ginn and Company.
- Tagesschau (2023): AfD-Kundgebung und Gegendemos: Die Fotos des Tages aus Erfurt. *tagesschau.de*. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/regional/thueringen/mdr-afd-kundgebung-und-gegendemos-die-fotos-des-tages-aus-erfurt-100.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Tagesschau (2024): Thüringen-Wahl: Wer wählte was? Analyse von Infratest dimap. *Tagesschau*. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH/umfrage-werwas.shtml>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Thüringen24 (2018): Anti-Moschee-Protest in Erfurt: „Eine neue Qualität der Bedrohung“ – Reaktionen der Politik. In: *Thüringen24*, 03.09.2018. Online verfügbar unter <https://www.thueringen24.de/erfurt/article215240471/anti-moschee-aufzug-in-erfurt-eine-neue-qualitaet-der-bedrohung.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Thüringer Allgemeine (2023): Erfurter Immobilienunternehmen rudert nach Rassismusvorwurf zurück. In: *Thüringer Allgemeine*, 08.06.2023. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article238629281/Erfurter-Immobilienunternehmen-rudert-nach-Rassismusvorwurf-zurueck.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.

- Thüringer Allgemeine (2024a): Erfurter Bündnis fordert Ausschluss von AfD-Kandidat Möller von der OB-Wahl. In: *Thüringer Allgemeine*, 22.04.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/article242157244/Erfurter-Buendnis-fordert-Ausschluss-von-AfD-Kandidat-Moeller-von-der-OB-Wahl.html>, zuletzt geprüft am 04.11.2024.
- Thüringer Allgemeine (2024b): Erfurts neuer OB Horn: Ich stehe zu meinem Wort in Sachen Witzmann. In: *Thüringer Allgemeine*, 16.07.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/lokales/erfurt/article406813532/erfurts-neuer-ob-horn-ich-stehe-zu-meinem-wort-in-sachen-witzmann.html>, zuletzt geprüft am 13.11.2024.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2024a): Thüringer Daten. Tabellen und Übersichten. Online verfügbar unter <https://statistik.thueringen.de/datenbank/default2.asp>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2024b): Thüringer Tourismus 2023: 9,9 Millionen Gäste-Übernachtungen. Vor-Corona-Niveau noch nicht wieder erreicht. Online verfügbar unter https://statistik.thueringen.de/presse/2024/pr_037_24.pdf, zuletzt geprüft am 04.11.2024.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2024c): Thüringer Tourismus im 1. Halbjahr 2024. Zahl der Gästeübernachtungen steigt um 2,2 Prozent. Online verfügbar unter https://statistik.thueringen.de/presse/2024/pr_242_24.pdf, zuletzt geprüft am 04.11.2024.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2024d): Wahlen in Thüringen. Europawahl 2024 in Thüringen - endgültiges Ergebnis. Online verfügbar unter https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/WAHL.asp?wahlart=EW&wJahr=2024&zeigeErg=WK&auswertung=1&wknr=051&gemnr=&terrKrs=&gemteil=000&buchstabe=&Langname=&wahlvorschlag=&sort=&druck=&XLS=&anzahlH=0&Nicht_existierende=&x_vollbildDatenteil=&optik=&aktual=&ShowLand=&ShowWK=&ShowPart=, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2024e): Wahlen in Thüringen. Stadtratswahl 2024 in Erfurt - endgültiges Ergebnis. Online verfügbar https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=KW&wJahr=2024&zeigeErg=WK&auswertung=5&wknr=051&gemnr=&terrKrs=&gemteil=000&buchstabe=&Langname=&wahlvorschlag=&sort=&druck=&XLS=&anzahlH=-1&Nicht_existierende=&x_vollbildDatenteil=&optik=&aktual=&ShowLand=&ShowWK=&ShowPart=, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Thüringer Landtag (2019): Partei „Der III. Weg“ (Der Dritte Weg) und Kampfsport. Drucksache 6/7158. Online verfügbar unter https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/70990/partei_der_iii_weg_der_dritte_weg_und_kampfsport.pdf, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Thüringer Landtag (2021): Neonazi-Szene in der Stadt Erfurt. Drucksache 7/3941. Online verfügbar unter https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/82903/neonazi_szene_in_der_stadt_erfurt.pdf, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Thüringer Landtag (2023a): Neonazi-Szene in der Stadt Erfurt - 2021. Drucksache 7/7280. Online verfügbar unter https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/90874/neonazi_szene_in_der_stadt_erfurt_2021.pdf, zuletzt geprüft am 11.11.2024.

- Thüringer Landtag (2023b): Rechtsextreme Gruppierung „Kontrakultur“ aus Erfurt. Drucksache 7/7480. Online verfügbar unter https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/91420/rechtsextreme_gruppierung_kontrakultur_aus_erfurt.pdf, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Thüringer Landtag (2023c): Versammlungslagen im Zusammenhang mit dem sogenannten Heißen Herbst in Thüringen. Drucksache 7/8090. Online verfügbar unter https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/92804/versammlungslagen_im_zusammenhang_mit_dem_sogenannten_heissen_herbst_in_thueringen.pdf, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Thüringer Landtag (2023d): Neonazi-Szene in der Stadt Erfurt - 2022. Drucksache 7/8674. Online verfügbar unter https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/94109/neonazi_szene_in_der_stadt_erfurt_2022.pdf, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Thüringer Landtag (2023e): „Neue Stärke Partei“ in Thüringen. Drucksache 7/9085. Online verfügbar unter https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/95035/neue_staerke_partei_in_thueringen.pdf, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (o. J.): DenkBunt. Angebot. Online verfügbar unter <https://denkbunt-thueringen.de/fortbildung/angebot/>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (2022): Verfassungsschutzbericht 2021. Freistaat Thüringen. Pressefassung. Online verfügbar unter https://verfassungsschutz.thueringen.de/fileadmin/Verfassungsschutz/VSB_2021.pdf.
- Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (2024a): Presseinformation 01/2024 „Junge Alternative Thüringen“ als erwiesen rechtsextremistische Bestrebung eingestuft. Online verfügbar unter <https://verfassungsschutz.thueringen.de/informationen-fuer-die-medien>, zuletzt geprüft am 18.10.2024.
- Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (2024b): Verfassungsschutzbericht 2023. Freistaat Thüringen. Pressefassung. Online verfügbar unter https://verfassungsschutz.thueringen.de/fileadmin/Verfassungsschutz/Oeffentlichkeitsarbeit/Verfassungsschutzbericht_2023.pdf, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Topografie des Rechtsextremismus in Thüringen (2024): Karten zum Projektbericht 2023. Online verfügbar unter <https://storymaps.arcgis.com/collections/7f17cad1ca7c41a1924eebc36023a7c1?item=1>, zuletzt geprüft am 13.01.2025.
- Touristinformation Erfurt (o. J.): Erfurt Altstadt. Online verfügbar unter <https://erfurt-touristinformation.de/cms/erfurt-tourist-info-stadtfuehrung/erfurt-altstadt/>, zuletzt aktualisiert am 26.02.2016, zuletzt geprüft am 24.08.2024.
- Treidl, Johanna; Wagenschwanz, Lisa; Müller, Lars; Salheiser, Axel (2023): Situations- und Ressourcenanalyse für den lokalen Aktionsplan der Stadt Weimar. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Bericht_Situations-und_Ressourcenanalyse_Weimar_final.pdf, zuletzt geprüft am 08.11.2024.
- Wassermann, Sylvia (2024): Verhindert die AfD die erste Moschee Thüringens? Deutsche Welle. Online verfügbar unter <https://www.dw.com/de/deutschland-verhindert-die-afd-die-erste-moschee-th%C3%BCringens/video-70156581>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.

- Web-App (2024): Topografie des Rechtsextremismus in Thüringen - KomRex - Uni Jena. KomRex. Online verfügbar unter <https://fsujenagiscience.maps.arcgis.com/apps/insistant/sidebar/index.html?appid=5fc3e3dfdf684ce6893ee09b7a304550>, zuletzt geprüft am 04.11.2024.
- Weltoffenes Thüringen (2024): Unterstützen. Online verfügbar unter <https://thueringen-weltoffen.de>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Wetzel, Holger (2023): Mystery-Umfrage enthüllt: So ticken die Erfurter. In: *Thüringer Allgemeine*, 12.10.2023. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/article239780017/Mystery-Umfrage-enthueellt-So-ticken-die-Erfurter.html>, zuletzt geprüft am 08.11.2024.
- Wetzel, Holger (2024a): Bausewein schlägt Spitzenkandidatur für Wagenknecht-Bündnis aus und will Erfurter OB bleiben. In: *Thüringer Allgemeine*, 22.01.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/article241482010/Bausewein-schlaegt-Spitzenkandidatur-fuer-Wagenknecht-Buendnis-aus-und-will-Erfurter-OB-bleiben.html>, zuletzt geprüft am 04.11.2024.
- Wetzel, Holger (2024b): Erfurter OB-Kandidat Andreas Horn gibt zehn schnelle Versprechen ab. In: *Thüringer Allgemeine*, 17.05.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/article242359114/Erfurter-OB-Kandidat-Andreas-Horn-gibt-zehn-schnelle-Versprechen-ab.html>, zuletzt geprüft am 13.11.2024.
- Wierzioch, Bastian (2022): Das sind die Organisatoren der Großdemo in Erfurt. In: *MDR*, 12.11.2022. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/demo-landtag-organisatoren-afd-100.html>, zuletzt geprüft am 08.10.2024.
- Wierzioch, Bastian (2023): Landgericht Erfurt setzt rechte Aktivistin als Schöffin ein. In: *MDR*, 14.01.2023. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/amtsgericht-rechte-schoeffin-100.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- ZDF heute (2024): Junge Alternative Thüringen gesichert rechtsextremistisch. In: *ZDFheute*, 23.05.2024. Online verfügbar unter <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/junge-alternative-thueringen-gesichert-rechtsextrem-100.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Zeit online (2022): Demonstrationen: 1500 Menschen protestieren in Erfurt gegen Corona-Politik. In: *Die Zeit*, 23.01.2022. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/news/2022-01/22/1500-menschen-protestieren-in-erfurt-gegen-corona-politik>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Zick, Andreas; Küpper; Beate (Hg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: J. H. W. Dietz Nachf. GmbH.
- Zielinski, Susanne (2024): Antisemitische Vorfälle in Thüringen 2023. Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/RIAS_Thueringen/Antisemitische_Vorfaelle_Rias_Thueringen_2023.pdf, zuletzt geprüft am 11.11.2024.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Adaptiertes Analyseschema nach Quent und Schulz (2015), Dieckmann et al. (2022) und Treidl et al. (2023).	13
Abbildung 2: Prognosegebiete der Stadt Erfurt in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung, Darstellung der Stadtverwaltung. Landeshauptstadt Erfurt (2021), S. 9.....	17
Abbildung 3: Planungsräume der Jugendarbeit in Erfurt, Darstellung der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Erfurt (2020), S. 25.....	19
Abbildung 4: Aktuelle Zusammensetzung des Erfurter Stadtrats. Eigene Darstellung. Datenquelle: Erfurt.de 2024.	24
Abbildung 5: Stimmenanteile bei Stadtratswahlen in Erfurt (Zeitverlauf 2009 bis 2024), eigene Darstellung. Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik (2024e).....	25
Abbildung 6: Erfurter Landesstimmenergebnisse der Europa- und Landtagswahlen in Thüringen 2024. Eigene Darstellung. Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik (2024d).	27
Abbildung 7: Landtagswahlkreise Erfurt 2024, Quelle: Landeshauptstadt Erfurt (2024e)...	28
Abbildung 8: Stimmenanteile bei Landtagswahlen in Erfurt (Zeitverlauf 2009 bis 2024), eigene Darstellung. Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik (2024d).	29
Abbildung 9: Registrierte Fälle rechter, rassistischer, antisemitischer Gewalt in der Stadt Erfurt. Eigene Darstellung. Datenquelle: Statistiken von ezra (2019, 2020, 2021, 2022, 2023b, 2024).	48

Anhang

Anhang 1: Basisleitfaden für die Expertise-Interviews

Begrüßung & Informationen zur Aufzeichnung des Gesprächs

Bereich Arbeitsfelder und Aktivität des Vereins

1. Bitte beschreiben Sie kurz die Aktivitäten Ihrer Organisation und Ihre Rolle und darin.
2. Welche Tätigkeiten oder Aktivitäten plant Ihre Organisation aktuell in Erfurt?

Bereich Netzwerk

3. Mit welchen anderen zivilgesellschaftlichen Vereinen oder Initiativen in Erfurt arbeiten Sie häufig zusammen oder tauschen Sie sich aus?
 - Ggf. Nachfrage: Mit welchen zivilgesellschaftlichen Vereinen oder Initiativen könnten Sie sich zukünftig eine stärkere Zusammenarbeit vorstellen?

Bereich Zusammenarbeit Verwaltung, Partizipation und Beteiligungsmöglichkeiten

4. Wie nehmen Sie die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung wahr?
5. Inwieweit haben Sie in Ihrer Organisation das Gefühl, sich in politischen Entscheidungen, die die Stadt betreffen, einbringen zu können?

Bereich Bedrohungen & Herausforderungen

6. Was sind die größten Herausforderungen für die Arbeit Ihrer Organisation im Moment?
7. Wo sehen Sie lokal spezifische Entwicklungen von demokratiefeindlichen und vielfaltsablehnenden, rechtsextremen Tendenzen und Strukturen in den letzten 5 Jahren?
 - Was gab es da für konkrete Vorfälle, Kampagnen, Aktionen, Veranstaltungen, Provokationen, Konfrontationen?
8. Um welche Inhalte, Themen und Debatten geht es da konkret?
9. Wer sind dabei die stadtsspezifischen Akteur*innen?
10. Wenn Sie an verschiedene Fälle denken, wie schätzen Sie die Situation im Vergleich zu anderen Städten z. B. Jena oder Weimar ein?
 - Wie würden Sie die aktuelle Lage in Erfurt bezüglich Bedrohungen durch rechtsextreme Akteur*innen beschreiben?
11. Wie sieht es innerhalb Erfurts aus, welche lokalen Schwerpunkte gibt es?
12. Vor welchen sozialen Herausforderungen steht Erfurt? (Demographische Entwicklungen, Ambivalenzen des Stadtimages)
13. Wie reagiert die Bevölkerung nach Ihrer Wahrnehmung auf z. B. rechtsextreme Raumergreifungsstrategien (im Stadtbild), Einschüchterungsversuche und Gewalt? (Zustimmung, Ablehnung, Widerspruch, Duldung, Gewöhnung, Ignoranz, Bagatellisierung, Ohnmacht, Resignation)
14. Wie reagiert die Kommunalpolitik?

Bereich Potenziale und Bedarfe

15. Wie bewerten Sie die Kooperation der verschiedenen Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Kommunen und Lokalpolitik in Bezug auf die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen in dem Bereich?

16. Welche Strategien, Ansätze, Strukturen gib es, welche braucht es noch?
17. Welche demokratiestärkenden Potenziale sehen Sie in Erfurt, die aktuell vielleicht noch nicht genügend erkannt oder ausgeschöpft werden?
18. Welche Lernprozesse gibt es aus der Vergangenheit?
19. Was bräuchten Sie, um die Arbeit in Ihrer Organisation besser gestalten zu können?
20. Gibt es in der gemeinsamen Arbeit gegen demokratiefeindliche, vielfaltsablehnende und rechtsextreme Tendenzen Konflikte und Dissens?

Weitere Kontakte und Informationen.

Impressum

Eine Studie des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena im Auftrag der Partnerschaft für Demokratie (PfD) Erfurt.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Demokratie **leben!**

Freistaat
Thüringen



Ministerium
für Soziales, Gesundheit,
Arbeit und Familie



Thüringer Landesprogramm
für Demokratie,
Toleranz und Weltoffenheit

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMBFSFJ, des BAFzA oder des TMSGAF dar. Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Autor*innen:

Cornelius Helmert, Rosa Sondermann, Lisa Wagenschwanz, Tom Böhme

Lektorat:

Susanne Haldrich

Herausgeber:

Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung
Dezernat Soziales, Bildung und Jugend | Stabstelle Projektmanagement
E-Mail: lap@erfurt.de
Tel.: 0361 655-1701 | Fax: 0361 655-1709
Internet: www.erfurt.de
Titelfoto: © MOBIT (Mobile Beratung in Thüringen e.V.)



In Zusammenarbeit mit:

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena
In Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung
Tatzendpromenade 2a | 07745 Jena
www.idz-jena.de



In Trägerschaft:

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12 | 10115 Berlin
<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de>
Redaktionsschluss: 30.11.2024



